Corporate Governance

Kurzberichterstattung des Bundesrates über die Erfüllung der strategischen Ziele der verselbst-ständigten Einheiten des Bundes im Jahr 2020

Inhalt

Verselbständigte Einheiten (zuständiges Departement)

ETH-Bereich (WBF) 5
RUAG Holding AG (VBS) 9
Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA (EFD) 12
Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV (WBF) 16
Swisscom AG (UVEK) 19
Schweizerische Bundesbahnen SBB AG (UVEK) 22
Schweizerische Post (UVEK) 26
Skyguide AG (UVEK) 30
Schweizerisches Nationalmuseum SNM (EDI) 33
Pro Helvetia (EDI) 37
Schweizerisches Heilmittelinstitut Swissmedic (EDI) 41
Institut für Geistiges Eigentum IGE (EJPD) 45
Institut für Metrologie METAS (EJPD) 49
Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde RAB (EJPD) 52
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung SIR (EJPD) 56
Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB (WBF) 59
Swiss Investment Fund for Emerging Markets SIFEM AG (WBF) 63
Identitas AG (WBF) 67
Innosuisse – Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (WBF) 70
Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI (UVEK) 74

Vorwort

Im Zeitraum vom 19. März bis 23. Juni 2021 hat der Bundesrat die Berichterstattung über die Erfüllung der strategischen Ziele im Geschäftsjahr 2020 durch die bundeseigenen Unternehmen und Anstalten zu Handen der Eidgenössischen Räte verabschiedet. Mit der vorliegenden Sammlung der Kurzberichte legt er die wichtigsten Informationen zu Zielerreichung und Geschäftsgang öffentlich auf.

Gegenstand der Berichterstattung sind die verselbständigten Einheiten des Bundes, die nach Artikel 8 Absatz 5 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes über strategische Ziele gesteuert und kontrolliert werden (SR *172.010*). Dazu zählen Dienstleister am Markt wie die Swisscom AG oder die RUAG Holding AG, Anstalten mit Monopolcharakter wie der ETH-Bereich oder die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV, aber auch Einheiten der Wirtschafts- und Sicherheitsaufsicht wie die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA oder die Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB. Insgesamt umfasst das Portfolio der verselbständigten und vom Bund beherrschten Einheiten 20 Unternehmen und Anstalten.

Die Kurzberichterstattung des Bundesrates nimmt in der Corporate Governance des Bundes, d.h. im eignerpolitischen System von Steuerung und Kontrolle eine wesentliche Bedeutung ein. Mit ihr legt der Bundesrat Rechenschaft darüber ab, inwiefern die verselbständigten Einheiten die jeweils für vier Jahre festgelegten strategischen Ziele mit Blick auf ihren Versorgungsauftrag und ihre unternehmerischen Leistungen erfüllt haben. Im Verbund mit weiteren Elementen der Berichterstattung trägt er so dazu bei, dass die eidgenössischen Räte die parlamentarische Oberaufsicht in der Eignerpolitik des Bundes wahrnehmen können und in der Lage sind, bei Bedarf auf die Steuerung und Kontrolle Einfluss zu nehmen.

Die vorliegenden Kurzberichte liefern für jede verselbständigte Einheit die wichtigsten Informationen in kompakter und standardisierter Form: Nach einer Gesamtwürdigung fassen die Berichte die Erfüllung der strategischen Ziele zusammen und halten abschliessend die wichtigsten Entscheide des Bundesrats zum Ergebnis des Geschäftsjahres 2020 fest. Eine Kennzahlen-Box liefert dazu einen Überblick über die wichtigsten Leistungsindikatoren je Einheit.

Im Juli 2021

ETH-Bereich

Internet: www.ethrat.ch

Sitz: Zürich/Bern (ETH-Rat)

Rechtsform: Anstalten des Bundes

(ETH Zürich, EPFL, PSI, WSL, EMPA, EAWAG)

ETH-Rat: M. O. Hengartner (Präs. seit 1.2.2020), B. Krasna (Präs. a.i. bis 31.1.2020), J. Mesot, M. Vetterli, G.-L. Bona, K. Becker van Slooten, M. Bürki, B. Fasana, B. Haering, S. Gasser, C. Leister

Geschäftsführer: M. Kaeppeli

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle Bern

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze*

Die Institutionen des ETH-Bereichs haben die strategischen Ziele in ihren Kerngebieten Lehre, Forschung und Wissens- und Technologietransfer (WTT) erfüllt.

In der Lehre zeugt die erneut gestiegene Anzahl an Studierenden und Doktorierenden von der Attraktivität der beiden ETH. Aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen bauten die beiden ETH innovative und insbesondere digitalisierte Formen der Lehre weiter aus.

Forschende des ETH-Bereichs leisteten im Berichtsjahr wichtige Beiträge zur Bewältigung der COVID-19 Pandemie. Mit der Forschung in den Bereichen Energie und Digitalisierung trägt der ETH-Bereich zur Erreichung der Legislaturziele bei. Die beiden ETH bestätigten ihre Spitzenplätze in internationalen Hochschulrankings.

Im Bereich des WTT fördern die Institutionen Unternehmertätigkeiten in vielfältiger Weise. Mit dem Betrieb von kostenintensiven Forschungsinfrastrukturen leisten sie ausserdem einen substantiellen Beitrag zur Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz.

Die Gesellschaft erhält regelmässig Einblick in die Forschungsaktivitäten der Institutionen. Letztere fördern auch das Interesse von Schülerinnen und Schülern für MINT-Fächer.

Die Institutionen sind national wie auch international gut vernetzt und pflegen Zusammenarbeiten mit Partnern aus der Wissenschaft genauso wie aus dem öffentlichen und privaten Sektor.

Die Drittmittelerträge verblieben in der Grössenordnung des Vorjahres. Das Ziel der Erweiterung der Finanzierungsbasis ist noch nicht erfüllt.

Die Institutionen sind attraktive Arbeitgeberinnen. Massnahmen zum Schutz vor Mobbing und sexueller Belästigung sowie Diskriminierung und die Bestrebungen, den Frauenanteil zu erhöhen, haben aus Sicht des Bundesrats noch zu wenig Wirkung gezeigt.

Kennzahlen	**2020**	2019
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**3 680**	3 676
Reingewinn (Mio. CHF)	**41**	140
Verlustvortrag (Mio. CHF)	**-93**	-82
Alle Reserven (Mio. CHF)	**2 489**	2 429
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**6 592**	6 371
Eigenkapitalquote in %	**37,7**	15,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**20 107**	19 440
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Forschungsbeiträge, -aufträge und wissenschaftliche Dienstleistungen (Mio. CHF)	**774**	779
Schenkungen und Legate (Mio. CHF)	**142**	92
Anzahl Studierende/Doktorierende[1]	**35 235**	33 642
davon Frauen in %	**32,0**	31,7
ProfessorInnen (Vollzeitstellen)	**855**	831
Technischer Deckungsgrad PUBLICA	**107,9**	105,6
Ökonomischer Deckungsgrad PUBLICA	**88,9**	87,3
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**2 355**	2 373
Unterbringungsbeitrag (Mio. CHF)	**244**	244
Studiengebühren, Weiterbildung (Mio. CHF)	**50**	48

[1] Inkl. Studierende in Weiterbildungsstudiengängen

* Strategische Ziele: www.sbfi.admin.ch > Hochschulen > Hochschulen des Bundes (ETH-Bereich) > Strategische Ziele des Bundesrates für den ETH-Bereich

A. Zielerreichung 2020

1. Strategische Schwerpunkte

1. Lehre: Der ETH-Bereich bietet eine im internationalen Vergleich erstklassige, forschungsbasierte und für die Studierenden attraktive Lehre an.

Im Berichtsjahr setzten sich die Entwicklungen der Vorjahre fort. Der Zuwachs an Studierenden und Doktorierenden an den ETH war mit 4,7 Prozent (2019: +3,4 %) besonders hoch. Ende 2020 studierten 35 235 Personen an den ETH. Dies hat wiederum eine leichte Verschlechterung des Betreuungsverhältnisses zur Folge. Den grössten Zuwachs verzeichnet wieder das Fachgebiet Informatik- und Kommunikationstechnologie (+12,4 %; 2019: +10,5 %); dies kann zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Informatikberufen beitragen.

Nur leicht erhöht hat sich bei den Studierenden und Doktorierenden im Berichtsjahr der Anteil an Frauen auf 32,0 Prozent (+0,3 Prozentpunkte) und an ausländischen Staatsangehörigen auf 47,7 Prozent (+0,2 Prozentpunkte).

Aufgrund der zeitweise kompletten Einstellung des Präsenzunterrichts mussten die beiden ETH innovative und insbesondere digitalisierte Formen der Lehre und Betreuung weiter ausbauen, welche auch künftig ins Studienangebotsportfolio Eingang finden sollen. Neue Studienangebote richten sich nach den Bedürfnissen der Gesellschaft und sind vermehrt interdisziplinär ausgerichtet.

2. Forschung: Der ETH-Bereich wahrt seine internationale Spitzenposition in der Forschung.

Forschende der Institutionen des ETH-Bereichs haben teilweise ihre Forschungsaktivitäten innert kürzester Frist auf die Bekämpfung der Pandemie ausgerichtet. So entwickelte beispielsweise eine Forschergruppe der beiden ETH das Datenübertragungsprotokoll, das für die SwissCovid App verwendet wird.

Die Energieforschung wird nach Abschluss der *Swiss Competence Centers for Energy Research* (SCCERs) dauerhaft im ETH-Bereich verankert. In den drei weiteren strategischen Fokusbereichen «Datenwissenschaften», «Advanced Manufacturing» und «Personalisierte Gesundheit und dazugehörige Technologien» wurden grosse Fortschritte erreicht, etwa im Bereich des 3D-Drucks.

Die beiden ETH konnten sich während der gesamten Strategieperiode auf den vorderen Plätzen in internationalen Hochschulrankings etablieren. Die Einwerbung von kompetitiv vergebenen Drittmitteln (SNF, Innosuisse, EU-FRP) stagniert. 2020 belief sich diese auf 460 Millionen Franken (2019: 461 Mio.; -0,2 %). Zudem erlangte der ETH-Bereich 40 ERC-Grants unterschiedlicher Kategorien (2019: 46, -15 %). Weiter gewannen mit Rudolf Aebersold und Maryna Viazovska ein Professor und eine Professorin aus dem ETH-Bereich die renommierten Schweizer Wissenschaftspreise Marcel Benoist und Latsis.

3. Forschungsinfrastrukturen: Der ETH-Bereich betreibt und entwickelt Forschungsinfrastrukturen.

Auch der Betrieb der Forschungsinfrastrukturen war von Zugangsbeschränkungen aufgrund der COVID-19 Pandemie betroffen. Die Forschungsanstalten konnten den Betrieb aber dank Fernzugang zu den Anlagen und dem Ausbau von Analysedienstleistungen sicherstellen und ähnlich viele Projekte wie in den Vorjahren durchführen (ca. 1700). Die Anlagen des PSI aber auch das *User Lab* des Centro Svizzero die Calcolo Scientifico (CSCS) sind voll ausgelastet. Die nachgefragte Nutzerzeit übersteigt die Kapazitäten um das Mehrfache.

Die vier in den strategischen Zielen als prioritär definierten Projekte (*User Lab* am CSCS, Blue Brain Project [BBP] der EPFL, zweite Strahlenlinie ATHOS am SwissFEL des PSI, Upgrade des CMS-Detektors am CERN) sind allesamt auf Kurs. Im Berichtsjahr wurde u.a. für das BBP der Supercomputer Blue Brain 5 am CSCS angeschafft.

Der ETH-Bereich beteiligt sich auch international an weiteren Forschungsanlagen, Beobachtungsnetzwerken und Forschungskonsortien.

4. Wissens- und Technologietransfer (WTT): Zur Stärkung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz fördert der ETH-Bereich die Zusammenarbeit und den Austausch mit der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Die Institutionen des ETH-Bereichs arbeiten zur Förderung des WTT mit der Privatwirtschaft zusammen. Im Berichtsjahr konnten 610 Verträge abgeschlossen werden (2019: 570; +7 %). Auch werden Angehörige des ETH-Bereichs aktiv bei unternehmerischen Tätigkeiten mittels Stipendien, Fellowships oder Vernetzungsplattformen unterstützt. 2020 resultierte daraus wieder ein Rekord mit 66 neu gegründeten Spin-offs (2019: 59; +11,9 %). Weiter wurden 217 Patente (2019: 224; -3,1 %), 338 Lizenzen (2019: 324; +4,3 %), 310 Erfindungs- (2019: 329; -5,8 %) und 32 Softwaremeldungen (2019: 40; -20 %) registriert.

Zum Netzwerk von regionalen Technologietransfer-Zentren in *Advanced Manufacturing* kam das 2020 eröffnete «Swiss m4m Center» hinzu. Der ETH-Bereich engagiert sich auch nach wie vor stark bei den Schweizer Innovationsparks.

Schliesslich trägt der ETH-Bereich auch mit seinem vielfältigen Weiterbildungsangebot zum WTT bei.

5. Nationale Zusammenarbeit und Koordination: Der ETH-Bereich wirkt bei der Gestaltung des Hochschulraums Schweiz aktiv mit.

Die Institutionen des ETH-Bereichs pflegen eine enge Zusammenarbeit sowohl untereinander als auch mit kantonalen Universitäten und Fachhochschulen. Diese findet sowohl in Lehre und Forschung als auch bei Weiterbildungsangeboten, gemeinsam genutzten Infrastrukturen und Plattformen statt. So unterrichten z.B. Mitarbeitende der Forschungsanstalten an den beiden ETH sowie an anderen Hochschulen und betreuen wissenschaftliche Arbeiten.

Die Institutionen des ETH-Bereichs prüfen, wie sie ihre Zusammenarbeit weiter intensivieren können, um Synergien zu nutzen und die Forschung noch gezielter auf Fragen wie Klimawandel und Nachhaltigkeit auszurichten.

Im Bereich der Medizin und Medizintechnik bestehen zahlreiche Zusammenarbeitsprojekte im Rahmen des strategischen Fokusbereichs «Personalisierte Gesundheit und dazugehörige Technologien». Darüber hinaus bestehen weitere Partnerschaften zwischen dem ETH-Bereich und Institutionen des Gesundheitswesens, beispielsweise zwischen dem PSI und dem Kantonsspital Aarau im Bereich der Krebstherapie. Schliesslich leistet die ETH Zürich einen Beitrag zur Ausbildung angehender Ärztinnen und Ärzte mit dem Bachelor-Studiengang in Humanmedizin, der nun verstetigt wird.

6. Internationale Positionierung und Zusammenarbeit: Der ETH-Bereich baut die Zusammenarbeit und die Vernetzung mit den besten Institutionen der Welt weiter aus und stärkt seine internationale Ausstrahlung.

Die Institutionen des ETH-Bereichs vergeben Stipendien an herausragende Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus dem In- und Ausland, womit Talente aus aller Welt in der Schweiz forschen können.

Internationale Zusammenarbeit entsteht oft projektbezogen im Rahmen von Bottom-up-Initiativen. So beteiligte sich etwa die EAWAG im Berichtsjahr an einer weltweiten Studie zu potenziellen Risiken von SARS-CoV-2 Viren im Abwasser. Daneben sind die beiden ETH Mitglieder in verschiedenen internationalen Netzwerken und verfügen über Aussenstandorte in Singapur, den USA, Indien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die ETH Zürich fungiert darüber hinaus als *Leading House* in der bilateralen Forschungszusammenarbeit der Schweiz mit der Region Ost- und Südostasien und die beiden ETH engagieren sich stark in Zusammenarbeitsprojekten insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent.

7. Rolle in der Gesellschaft und nationale Aufgaben: Der ETH-Bereich pflegt den Dialog mit der Gesellschaft und erfüllt Aufgaben von nationalem Interesse.

Im Berichtsjahr spielte die Swiss National COVID-19 Science Task Force eine zentrale Rolle. Sie erhielt das Mandat, Behörden mit wissenschaftlichen Erkenntnissen bezüglich COVID-19 zu beraten, um sie bei ihrer Entscheidungsfindung zu unterstützen. Der Task Force gehören rund 70 Expertinnen und Experten an. Seit August 2020 wird sie von Martin Ackermann, Professor an der ETH Zürich und Leiter der Abteilung Umweltmikrobiologie an der EAWAG, geleitet.

Trotz pandemiebedingter Einschränkungen haben sich die Institutionen des ETH-Bereichs wieder einem zahlreichen Publikum präsentiert. Hierbei setzten sie vermehrt auf digitale oder hybride Veranstaltungsformate. Die Forschungsanstalten haben ihr digitales Angebot mit virtuellen Rundgängen, Podcasts, Faktenblättern oder neuen Apps stark ausgebaut.

Um das Interesse von Schülerinnen und Schülern für MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu fördern, entsteht z.B. an der ETH Zürich eine *ETH Youth Academy* und die Forschungsanstalten bieten Schülerinnen und Schülern in verschiedenen Formaten Einblick in wissenschaftliche Problematiken und Berufsfelder, so etwa mittels Ferienkursen.

Die Institutionen des ETH-Bereichs engagieren sich für die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen in den MINT-Fächern. Der Fokus der Strategieperiode lag auf der Stärkung des Informatikunterrichts.

2. Finanzielle Ziele

8. Finanzierungsquellen und Mittelverwendung: Der ETH-Bereich erweitert seine Finanzierungsbasis und stellt sicher, dass die Mittel strategiekonform sowie wirtschaftlich eingesetzt werden.

Der Bund ist die wichtigste Finanzierungsquelle des ETH-Bereichs. 2020 deckte die direkte Trägerfinanzierung mit 2600 Millionen Franken (2019: 2616 Mio.; -0,6 %) 70,7 Prozent des Ertrags. Dieser Wert blieb über die Strategieperiode hinweg stabil.

Bei den Drittmittelerträgen aus Forschungsbeiträgen, Forschungsaufträgen und wissenschaftlichen Dienstleistungen zeigt sich über die Strategieperiode hinweg eine Erhöhung des Volumens der Erträge aus projektorientierten Drittmitteln von Kantonen, Gemeinden und internationalen Organisationen, im Berichtsjahr von 90 auf 98 Millionen (+8,9 %). Bei den Erträgen aus der wirtschaftsorientierten Forschung ist im Jahr 2020 ein Rückgang von 146 Millionen auf 136 Millionen (-6,8 %) zu verzeichnen. Der Anteil der übrigen Erträge dieser Kategorie (kompetitiv eingeworbene Drittmittel und Ressortforschung) am operativen Ertrag beträgt 21,0 Prozent. Direkt oder indirekt deckt der Bund somit rund 90 Prozent der Einnahmen des ETH-Bereichs. Weitere Einnahmequellen bildeten hauptsächlich 142 Millionen an Legaten und Schenkungen

(2019: 92 Mio.; +54,3 %) und 50 Millionen an Schulgeldern und Gebühren (2019: 48 Mio.; +4,2 %).

Synergieeffekte werden im ETH-Bereich durch die Förderung von gemeinsamen Initiativen wie z.B. den Strategischen Fokusbereichen oder durch die gemeinsame Nutzung von Forschungsinfrastrukturen erreicht.

9. Immobilienmanagement: Der ETH-Bereich koordiniert die Bewirtschaftung der Grundstücke und Immobilien und sorgt für deren Wert- und Funktionserhaltung.

Das Immobilienportfolio ist sehr vielfältig und umfasst rund 449 Gebäude und Infrastrukturen und 125 Parzellen. Im Berichtsjahr konnte die Wert- und Funktionserhaltung der im Eigentum des Bundes befindlichen und vom ETH-Bereich genutzten Immobilien sichergestellt werden. Der ETH-Bereich achtete ferner auf eine nachhaltige und behindertengerechte Bauweise.

Der ETH-Rat hat zudem auf die Kritik der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) reagiert, welche anlässlich einer Prüfung Verbesserungspotential bei der Projektführung attestiert hatte und hat Minimalstandards im Management von Bauprojekten des ETH-Bereichs eingeführt.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

10. Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und wissenschaftlicher Nachwuchs: Der ETH-Bereich ist ein attraktiver und verantwortungsbewusster Arbeitgeber.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind im internationalen Umfeld attraktive Arbeitgeberinnen, die konkurrenzfähige Anstellungsbedingungen bieten. Dies vermag anerkannte Forschende genauso wie Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus aller Welt anzuziehen. In den Bereichen Technik und Administration setzen die Institutionen des ETH-Bereichs spezifische Massnahmen zur Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials um. Die Anzahl an Arbeitsverhältnissen hat gegenüber 2019 total um 873 auf 23 472 zugenommen, was einem Wachstum von 3,9 Prozent (2019: +1,1 %) entspricht.

Der ETH-Rat und die Institutionen des ETH-Bereichs haben Anstrengungen unternommen, um den Frauenanteil in allen Bereichen und auf allen Stufen zu erhöhen. Positiv hervorzuheben ist der Frauenanteil von mittlerweile über 30 Prozent bei den Assistenzprofessuren. Allerdings liegt er mit 15 Prozent bei den ordentlichen und ausserordentlichen Professuren immer noch unter den Erwartungen. Hier konnte der Anteil im letzten Jahr lediglich um 0,5 Prozentpunkte angehoben werden.

Zudem haben die bereits eingeführten Massnahmen wie der Ausbau der Beratungs- und Schlichtungsstellen oder die Einführung neuer Reglemente zum Schutz vor Mobbing und sexueller Belästigung sowie Diskriminierung noch zu wenig Wirkung gezeigt. Der Bundesrat toleriert kein solches Fehlverhalten und erwartet vom ETH-Bereich, dass er die zusätzlich benötigten Massnahmen ergreift, um solche Vorfälle zu unterbinden und sämtliche Angehörige des ETH-Bereichs für die Problematik sensibilisiert.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Gestützt auf Art. 3a ETH-Gesetz (SR *414.110*) können die beiden ETH und die Forschungsanstalten im Rahmen der strategischen Ziele und der Weisungen des ETH-Rats zur Erfüllung ihrer Aufgaben Gesellschaften gründen, sich an solchen beteiligen oder auf andere Art mit Dritten zusammenarbeiten. Nennenswert sind hierbei die beherrschten Einheiten Société du Quartier d'Innovation (SQIE) und Société du Quartier Nord de l'EPFL (SQNE), welche Gebäude im Finanzierungsleasing unterhalten, sowie die Beteiligung an der ETH Zurich Foundation.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidg. Finanzkontrolle, EFK) hat die konsolidierte Jahresrechnung des ETH-Bereichs für das am 31.12.2020 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Sie bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung 2020 in Übereinstimmung mit den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) erstellt wurde und den gesetzlichen Vorschriften sowie dem Rechnungslegungshandbuch für den ETH-Bereich entspricht und empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der ETH-Rat hat nach Art. 35 ETH-Gesetz den revidierten Geschäftsbericht 2020 (inkl. Jahresrechnung) dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet.

Er stellte auch Antrag auf Entlastung der Mitglieder des ETH-Rats und Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns.

D. Beschlüsse des Bundesrates

An seiner Sitzung vom 19.3.2021 hat der Bundesrat den Anträgen des ETH-Rats zugestimmt.

BGRB Holding AG (Beteiligungsgesellschaft RUAG)

Internet: www.ruag.com

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Dr. Monica Duca Widmer (Präsidentin) Dr. Remo Lütolf, Nicolas Perrin, Monika Krüsi Schädle, Ariane Richter Merz

CEO: André Wall (RUAG International Holding AG; RIH) Andreas Berger (RUAG MRO Holding AG; RUAG MRO)

Externe Revisionsstelle: Ernst & Young AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Im Jahr 2020 haben die BGRB Holding AG (BGRB Holding) und ihre Subholdings die strategischen Ziele des Bundesrates teilweise erreicht. Während die Entflechtung auf Kurs ist, wurden die Ziele zur kostenoptimierten Leistung der RUAG MRO Holding AG (RUAG MRO) zugunsten der Armee und zur Vorbereitung der Privatisierung der RUAG International Holding AG (RUAG International) nur teilweise erreicht. Verfehlt wurden die finanziellen Ziele betreffend Rentabilität und Dividendenausschüttungen. Der Nettoumsatz sank insbesondere wegen des schlechten Geschäftsgangs im zivilen Flugverkehr auf Konzernstufe um 11 Prozent auf 1'782 Millionen. Der Reinverlust von 186 Millionen ist denn auch primär auf Sonderabschreibungen und Rückstellungen bei RUAG International zurückzuführen. Diese hängen teilweise mit der Covid-19-Pandemie, teilweise aber auch mit unabhängig davon bestehendem Restrukturierungsbedarf zusammen.

Die Entflechtung konnte 2020 weitestgehend abgeschlossen werden. Nach der organisatorischen und rechtlichen Aufteilung sowie der Trennung der Informatiksysteme wurden im Rahmen der Bilanzspaltung die Aktiven und Passiven der früheren RUAG Holding so auf die beiden Subkonzerne RUAG MRO und RUAG International aufgeteilt, dass beide Subkonzerne mit ausreichend Liquidität und Eigenkapital ausgestattet sind. Die Übertragung der sicherheitsrelevanten Informatiksysteme der RUAG MRO in den Sicherheitsperimeter des VBS war gut vorbereitet und konnte ohne grössere technische Probleme im April 2020 erfolgen.

Angesichts der erheblichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Geschäftsgang insbesondere von RUAG Aerostructures hat RUAG International eine Strategieüberprüfung vorgenommen. Gestützt darauf fiel der Beschluss, die Bildung einer Aerospace-Gruppe mangels Erfolgsaussichten nicht weiter zu verfolgen, sondern die Geschäftsbereiche einzeln zu devestieren. Erste Verkaufsvorbereitungen wurden in Angriff genommen.

Der Bundesrat erwartet, dass die Devestition der Geschäftsbereiche von RUAG International sorgfältig aber entschlossen vorangetrieben wird und für den Bereich Aerostructures alle Optionen geprüft werden.

Kennzahlen	2020	2019
Finanzen und Personal		
Nettoumsatz (Mio. CHF)	**1 782**	2 003
Reingewinn (Mio. CHF)	**-186**	-25
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**1 872**	1 865
Eigenkapitalquote in %	**45,1**	55,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**8 989**	9 091
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
EBITDA (Mio. CHF)	**-84**	85
EBIT (Mio. CHF)	**-191**	-7
Free Cash Flow (Mio. CHF)	**-18**	135
Netto-Finanzposition[1)] (Mio. CHF)	**214**	237
Auftragseingang (Mio. CHF)	**1 936**	1 893
Techn. Deckungsgrad Vorsorge RUAG[2)]	**105,0**	106,9
Ökonomischer Deckungsgrad Vorsorge RUAG[2)]	**105,0**	98,6
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag	**0**	0
Gebühren	**0**	0

1) Nettovermögen
2) provisorisch

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Entflechtung und Weiterentwicklung von RUAG

Das Jahr 2020 war weiterhin stark von den Arbeiten zur Entflechtung geprägt. Die wichtigsten Meilensteine konnten mit Erfolg zu einem Abschluss gebracht werden. Am 22. April 2020 nahm der Bundesrat von der Bilanzspaltung Kenntnis, die rückwirkend per 1. Januar 2020 in Kraft trat. Im Rahmen der Bilanzspaltung wurden die Aktiven und

* Strategische Ziele: http://www.vbs.admin.ch/de/vbs/bundesnahe-betriebe/ruag.detail.document.html/vbs-internet/de/documents/bundesnahebetriebe/ruag/Strategische-Ziele-RUAG-d.pdf.html

Passiven der früheren RUAG Holding auf die beiden Subkonzerne RUAG MRO und RUAG International aufgeteilt. Nach der organisatorischen und rechtlichen Aufteilung sowie der Trennung der Informatiksysteme war damit die Entflechtung weitgehend abgeschlossen. Die voraussichtlichen Kosten der Entflechtung belaufen sich gemäss einer aktuellen Schätzung auf zwischen 77 und 82 Millionen und liegen damit um ca. 5–10 über den 2018 geschätzten Kosten (72 Mio.). Es ist zu betonen, dass es sich bei den Entflechtungskosten um keine Kosten des VBS oder des Bundes handelt, sondern dass diese Aufwände alle von der RUAG getragen wurden.

Die Corona-Pandemie und der damit einhergehende Rückgang des Flugverkehrs trübten die Geschäftsaussichten von RUAG Aerostructures erheblich ein. Die daraufhin vom VR RUAG International vorgenommene Strategieüberprüfung zeigte, dass die vorgesehene Bildung einer Aerospace-Gruppe nicht mehr erfolgsversprechend ist, da sich die Geschäftsbereiche Space und Aerostructures sehr unterschiedlich entwickeln und weniger Synergiepotential aufweisen als erwartet. Der Bundesrat nahm am 18. Dezember 2020 Kenntnis vom revidierten Umsetzungsplan von RUAG International, dessen endgültiges Ziel die massgeschneiderte Privatisierung der einzelnen Geschäftsbereiche der RUAG International ist. Erste Verkaufsvorbereitungen wurden in Angriff genommen.

Wie bei der RUAG International liegt auch bei der RUAG MRO ein Hauptaugenmerk auf der strategischen Transformation und Weiterentwicklung. Im Bereich der Querschnittsfunktionen konnte die RUAG MRO zwar einen Teil des vorhandenen Personals von der Vorgängerin RUAG Holding AG übernehmen, muss aber ihre Organisation mit dem Wechsel von einer Division zu einem eigenständigen Unternehmen dennoch neu aufbauen.

Risikomanagement und Compliance

Für den Bund werden mit der Entflechtung Risiken abgebaut. Der Bund bleibt langfristig nur an Unternehmensteilen beteiligt, die einem öffentlichen Interesse entsprechen. RUAG MRO und RUAG International basieren ihre Massnahmen zur Vermeidung von aktiver und passiver Korruption beide auf das seit 2017 durch die frühere Konzerngesellschaft aufgebaute Compliance Management System. Ein Unternehmensrisikomanagementsystem, das sich an der ISO-Norm 31000 orientiert, befindet sich im Aufbau.

Instandhaltung der Systeme

RUAG MRO unterstützt die Armee bei der Instandhaltung ihrer Systeme und trägt damit zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Armee bei. Die Unterhaltsleistungen sind zwischen der Armee und der RUAG in Service Level Agreements (SLA) definiert. Die RUAG MRO erzielte 2020 einen SLA-Umsatz von 338,9 Millionen. Im Bereich der VBS-Projekte beträgt der Umsatz 183,1 Millionen. Bei der Leistungserbringung zu Gunsten der Armee und bei der Innovation hat RUAG MRO noch nicht den Stand erreicht, der von ihr erwartet wird.

2. Finanzielle Ziele

Der Nettoumsatz sank um rund 11 Prozent auf 1’782 Millionen (Vorjahr 2’003 Mio.). Umsatzeinbussen verzeichnete v.a. RUAG International, wo die Covid-19-Pandemie zu einem Umsatzeinbruch um rund 30 Prozent in den beiden luftfahrtsnahen Geschäftsbereichen Aerostructures und MRO International führte. Auch im Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) von -191 Millionen (Vorjahr -7 Mio.) und dem Reinverlust von -186 Millionen (Vorjahr: -25 Mio.) spiegelt sich der schlechte Geschäftsgang von RUAG International. Der Auftragsbestand per Ende 2020 liegt mit 1'640 Millionen dagegen auf Vorjahresniveau (Vorjahr 1'634 Mio.).

RUAG International: Die finanziellen Ziele hat RUAG International deutlich verfehlt. Auf den Konzernverlust von 219 Millionen hatte die Covid-19-Krise einen grossen Einfluss, verschiedene Bereiche weisen aber unabhängig davon einen grossen Restrukturierungsbedarf auf. Wegen des schlechten Geschäftsgangs, der angespannten Liquiditätssituation und mangels erzielter Devestitionserlöse beantragt der Verwaltungsrat sowohl auf die Ausschüttung einer ordentlichen Dividende wie auch einer Sonderdividende (aus Devestitionserlösen) zu verzichten.

RUAG MRO: Die finanziellen Ziele hat die RUAG MRO erreicht. Die RUAG AG als Leistungserbringerin gegenüber der Armee hat einen soliden EBIT von 21 Millionen erzielt, wobei die EBIT-Marge mit 3,4 Prozent u.a. wegen der Entflechtungskosten unter dem langjährigen Durchschnitt lag. Ein Spezialfall bleibt der Immobilienbereich, wo sich grosser Investitionsbedarf abzeichnet. Die RUAG Real Estate AG erarbeitete einen Reingewinn von 13,4 Mio., aus dem die BGRB Holding dem Bund eine Dividende von 5,4 Millionen ausschüttet.

Investitionen in Forschung und Entwicklung

Im Rahmen der eigenfinanzierten Forschung und Entwicklung (F&E) investierte RUAG MRO 7,2 Millionen (42 % der gesamten F&E-Aufwände).

Bei den VBS-finanzierten F&E-Projekten wurde ein Zielwert von 18 Millionen für das Jahr 2020 budgetiert. Die realisierten Umsätze von 10 Millionen (58 %) unterschritten das Ziel deutlich. Dies zeigt, dass eine engere Zusammenarbeit mit dem VBS notwendig ist.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Fortschrittliche, sozialpartnerschaftliche, transparente und ethischen Grundsätzen verpflichtete Personalpolitik gemäss nationalen Standards

Der Personalbestand in der Schweiz betrug per Ende 2020 4'106 (Vorjahr 4'280) Mitarbeitende (2'430 RUAG MRO /

1'676 RIH). Die Lernendenquote beträgt insgesamt 6,8 Prozent.

In allen Sprachregionen der Schweiz werden insgesamt 426 Lernende ausgebildet (Vorjahr 328).

Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren (Vorjahr 9,1 % für die gesamte RUAG) ist die Nettofluktuation der **RUAG International** in der Schweiz mit 9,6 Prozent höher ausgefallen, was in der Transformationsphase nicht überrascht.

Bei **RUAG MRO** ist die Nettofluktuation im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren mit 5,1 Prozent eher tief ausgefallen. Sie liegt somit leicht unter dem Branchenvergleich der letzten Jahre von Swissmem (Vorjahr 5,9 %).

In beiden Subholdings kam es zu Wechseln in der Geschäftsleitung: Bei RUAG International verliess der langjährige CFO und CEO a.i. Urs Kiener das Unternehmen. Seine Nachfolge traten André Wall (CEO) und Angelo Quabba (CFO) an. Im Geschäftsjahr verliess der CFO von RUAG MRO, Stefan Meier-Deus, das Unternehmen; die Position wird interimistisch von Benoît Macherel geführt.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Auf dem Weg zur Privatisierung der **RUAG International** erfolgte im November 2020 die Devestition der RUAG Aerospace Services GmbH mit Sitz in Oberpfaffenhofen (DE). Der Vollzug der Eigentumsübertragung erfolgte per 1. März 2021.

Im laufenden Jahr stehen die Verkäufe von RUAG Ammotec und RUAG Simulation & Training an, mit den vom Eigner vorgegebenen Auflagen. Für RUAG Aerostructures werden verschiedene Optionen geprüft.

Aufgrund der strategischen Vorgabe des Eigners, wonach die **RUAG MRO** künftig keine Auslandsbeteiligungen mehr halten soll, hat die RUAG MRO die Devestition ihrer beiden Beteiligungen im Ausland initiiert.

Die GEKE Schutztechnik GmbH (DE) war seit 1999 zu 51 Prozent Eigentum des RUAG-Konzerns. Das Kerngeschäft dieser deutschen Firma bilden Entwicklung und Produktion von Schutzmodulen insbesondere für Fahrzeuge. Der Verkauf an die Firma FFG Flensburger Fahrzeugbau GmbH wurde Ende November 2020 abgeschlossen.

Der Verkaufsprozess für die Firma BASE 10 GmbH (DE) ist noch nicht beendet. Trotz einer breiten Ausschreibung konnten bis jetzt keine Interessenten gefunden werden.

Zusätzlich führte die RUAG die Devestition von zwei Gesellschaften im Inland durch (RUAG Environment AG und Brings! AG). Diese Devestitionen wurden im Zuge der strategischen Fokussierung auf das Kerngeschäft mit dem VBS beschlossen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Berichte der Revisionsstelle Ernst & Young AG zur Jahresrechnung sowie zum Lagebericht und zur Jahresrechnung der BGRB Holding AG (Einzelabschluss) für das Jahr 2020 erfolgen ohne Einschränkungen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die ordentliche Generalversammlung der BGRB Holding findet am 1. Juni 2021 statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. vom Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung Kenntnis zu nehmen sowie den Lagebericht und die Jahresrechnung der BGRB Holding AG (Einzelabschluss) für das Jahr 2020 zu genehmigen;
2. vom Bericht des Wirtschaftsprüfers zur konsolidierten Jahresrechnung Kenntnis zu nehmen und den Lagebericht sowie die konsolidierte Jahresrechnung der BGRB Holding AG 2020 zu genehmigen.
3. der Ergebnisverwendung inkl. einem Vortrag auf neue Rechnung für den Bilanzverlust sowie der Ausschüttung einer Dividende von CHF 5'370'950 (40 % des Reingewinns von RUAG Real Estate) aus den Reserven aus Kapitaleinlagen durch die BGRB Holding AG zuzustimmen;
4. den Mitgliedern des Verwaltungsrates der BGRB Holding AG die Entlastung zu erteilen;
5. die Verwaltungsräte der BGRB Holding AG, Dr. Monica Duca Widmer, Dr. Monika Krüsi Schädle, Ariane Richter Merz, Sabine d'Amelio-Favez und Toni Eder für eine Amtsdauer von einem Jahr wieder zu wählen;
6. Dr. Monica Duca Widmer als Präsidentin des Verwaltungsrates für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr zu wählen;
7. die externe Revisionsstelle Ernst & Young AG für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr zu wählen;
8. die Obergrenze der Gesamtentschädigung des Verwaltungsrates der BGRB Holding AG 2022 (inkl. VRP) auf CHF 575'291 festzusetzen und den maximalen Betrag der Gesamtentschädigung der Vorsitzenden des Verwaltungsrates auf CHF 212'077 festzusetzen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 19. März 2021 das VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die 2. ordentliche Generalversammlung der BGRB Holding AG vom 1. Juni 2021 zuzustimmen.

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA

Internet: www.finma.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Thomas Bauer (Präsident, bis 31.12.2020), Marlene Amstad (Vizepräsidentin), Ursula Cassani Bossy, Benjamin Gentsch, Bernard Keller, Andreas Schlatter, Renate Schwob (bis 31.12.2020), Martin Suter, Franz Wipfli

Direktor: Mark Branson

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre dritte Strategieperiode (2017–2020) wurden vom Bundesrat am 16.11.2016 genehmigt. Am Ende der Strategieperiode ist die Zielerreichung insgesamt zufriedenstellend. Eine bedeutende Lücke zu einer vollständigen Zielerreichung besteht nach wie vor bei der Entschärfung des «Too-big-to-fail»-Risikos. Die systemrelevanten Finanzinstitute sind heute zwar besser auf eine allfällige Sanierung/Abwicklung vorbereitet. Jedoch sind bei keinem dieser Institute alle notwendigen Krisenpläne umsetzbar. Auch hält die Anfälligkeit der Finanzbranche für Verhaltens- oder Governance-Probleme an.

Die Strategieperiode war lange geprägt von einer relativ stabilen Konjunkturentwicklung. Gleichzeitig blieben das tiefe Zinsumfeld, die Tendenz zu erschwertem Marktzugang sowie die Chancen und Risiken im Zusammenhang mit der Digitalisierung prägende Konstanten für den Schweizer Finanzmarkt. Die Ausbreitung von Covid-19 bildete jedoch eine Zäsur, die das Umfeld des Schweizer Finanzmarktes massgeblich beeinflusste, Risiken akzentuierte und die Unsicherheit bezüglich künftiger Entwicklungen drastisch erhöhte.

Gemäss den am 18.11.2020 vom Bundesrat genehmigten strategischen Zielen der FINMA für die Jahre 2021–2024 will die FINMA der Digitalisierung, der Innovation und der Nachhaltigkeit viel Gewicht beimessen. Daneben bleiben die Themen Stabilität, Risikomanagement und Corporate Governance zentral. Der Einsatz neuer Technologien soll zudem die Effektivität und Effizienz der Aufsicht weiter erhöhen.

Die FINMA schliesst das Geschäftsjahr 2020 mit einem Gewinn von 12,6 Millionen Franken ab. Haupterlös des Rechnungsjahres 2020 bilden die von den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben (CHF 120,0 Mio.). Der grösste Aufwandposten ist der Personalaufwand in Höhe von 102,6 Millionen Franken. Der durchschnittliche Personalbestand der FINMA stieg im Jahr 2020 von 489 auf 501 Vollzeitstellen.

Kennzahlen	**2020**	2019
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**138,4**	132,4
Reingewinn (Mio. CHF)	**12,6**	9,9
Reserven FINMAG (Mio. CHF)[1)]	**105,6**	95,7
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**174,3**	165,6
Eigenkapitalquote in %[2)]	**35,2**	29,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)[3)]	**501,0**	489,0
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Betriebsaufwand (Mio. CHF)	**125,0**	121,7
Personalaufwand (Mio. CHF)	**102,6**	97,9
Technischer Deckungsgrad PK in %[4)]	**109,7**	108,1
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %[5)]	**80,9**	79,5
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Aufsichtsabgaben (Mio. CHF)	**120,0**	112,2
Gebühren (Mio. CHF)	**18,0**	19,4

[1)] Nach Art. 16 FINMAG muss die FINMA innerhalb einer angemessenen Frist Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden.

[2)] Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk FINMA werden direkt im Eigenkapital erfasst.

[3)] Es handelt sich sowohl um befristete als auch um unbefristete Stellen. Eingeschlossen sind Lernende sowie Hochschulpraktikantinnen und -praktikanten.

[4)] Provisorisch.

[5)] Berechnung nach IAS 19.

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre dritte Strategieperiode (2017–2020) beziehen sich auf sieben Bereiche.

* Strategische Ziele: www.finma.ch/de/finma/ziele

(1) Finanzstabilität und prudenzielle Aufsicht: Die FINMA sorgt für eine starke Kapitalisierung von Banken und Versicherungen.

Die beiden global systemrelevanten Banken Credit Suisse und UBS erfüllen auf Gruppenebene die besonderen Eigenmittelanforderungen an systemrelevante Institute. Für die Schweizer Stammhäuser definiert die Eigenmittelverordnung spezifische Anforderungen, die von beiden Banken über die nächsten Jahre erfüllt werden müssen. Aktuell erfüllen die beiden Grossbanken die geltenden Anforderungen. Mit ihrer Kapitalausstattung liegen sie im Vergleich der global systemrelevanten Banken im Mittelfeld. Die Kapitalausstattung der weiteren Banken bleibt komfortabel.

Die Versicherungsbranche stützt sich mit wenigen Ausnahmen weiterhin auf solide Solvenzquoten, die sich weiter verbessert haben. Auch in der Covid-19-Krise erfüllten die Versicherungsunternehmen grossmehrheitlich die aufsichtsrechtlichen Solvenzvorgaben.

Im Übrigen fokussierte die FINMA im Berichtsjahr zusätzlich auf das Business Continuity Management bei verstärktem Homeoffice. Im Zusammenhang mit den Risiken im Immobilien- und Hypothekarmarkt verstärkte sie gezielt ihr Analyseinstrumentarium (u.a. mit einem spezifischen Monitoring aufgrund der Covid-19-Krise) sowie ihre Aufsichtshandlungen. Auch nahm sie die operativen Tätigkeiten in den Bereichen der Erstbewilligungen und der prudenziellen (Ober-)Aufsicht der Vermögensverwalter von Individualvermögen, Trustees und gewissen Verwaltern von Vorsorgevermögen sowie von Aufsichtsorganisationen auf.

Im nächsten Jahr werden die Auswirkungen der Covid-19-Krise weiterhin im Fokus der Aufsichtstätigkeit stehen. Kritische Entwicklungen sollen eng verfolgt werden. Wo nötig werden Sofortmassnahmen in der Aufsicht, insbesondere im Bereich der Kapital- und Liquiditätsausstattung ergriffen.

(2) Geschäftsverhalten / Enforcement: Die FINMA beeinflusst das Geschäftsverhalten der Finanzinstitute, insbesondere bei der Bekämpfung von Geldwäschereipraktiken, nachhaltig positiv.

Optimierungen bei der datenbasierten Aufsicht erlaubten es der FINMA, die Aufsicht zu «Conduct»-Themen (wie Geldwäschereibekämpfung, Marktintegrität, «Suitability» und grenzüberschreitendes Dienstleistungsgeschäft) noch risikoorientierter und proaktiver durchzuführen. Zudem verstärkte die FINMA insbesondere ihre Vor-Ort-Kontrollen auch bei wesentlichen Vertretungen Schweizer Institute im Ausland.

Weiter führte die FINMA im Berichtsjahr Vor-Ort-Kontrollen bei Krankenversicherungen zu vergüteten medizinischen Leistungen im Bereich der Zusatzversicherung durch. Sie stellte dabei in vielen Fällen Missstände fest und definierte Massnahmen, um diese zu beheben.

Auch künftig wird die Aufsicht über die Einhaltung der Sorgfaltspflichten bezüglich Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung ein Schwerpunkt der Aufsichtstätigkeit bleiben. Die gezielte Risikoorientierung und die Qualität der Aufsichtstätigkeit in diesem Bereich sollen durch eine verstärkte Datenbasierung optimiert werden. Ebenfalls im Fokus bleiben die Tätigkeiten von Anbietern von Geschäftsmodellen, die neue Technologien anwenden.

(3) Resolution: Das Too-big-to-fail-Problem ist mit funktionsfähigen Notfallplänen und glaubwürdigen Resolution-Strategien entschärft.

Nach der Beurteilung ihrer Notfallpläne als umsetzbar, erzielten die beiden global systemrelevanten Banken Credit Suisse und UBS grosse Fortschritte in ihrer globalen Abwickelbarkeit. Namentlich in der Liquiditätsvorsorge für den Krisenfall stehen noch Umsetzungsarbeiten an.

Die drei inlandorientierten systemrelevanten Banken (PostFinance, Raiffeisen und ZKB) sind mit ihrer Notfallplanung unterschiedlich weit. Als umsetzbar gilt noch keiner dieser Pläne.

Beide in der Schweiz als systemisch bedeutsam bezeichneten Finanzmarktinfrastrukturen (SIX x-clear und SIX SIS) verfügen über Stabilisierungspläne, für deren Genehmigung es noch Verbesserungen bedarf. Von der FINMA aufgenommen wurden die Arbeiten für die Entwicklung von Abwicklungsplänen für die SIX x-clear und die SIX SIS.

Die Vervollständigung glaubwürdiger «Resolution»-Strategien und umsetzbarer Notfallpläne bleibt eine hohe Priorität der FINMA. Sie will die Abwicklungspläne der Grossbanken und Finanzmarktinfrastrukturen weiter vorantreiben. Der Bundesrat nimmt zur Kenntnis, dass in der nächsten Strategieperiode sämtliche Pläne finalisiert werden sollen.

(4) Begleitung des Strukturwandels: Bei der Bewältigung des Strukturwandels im Finanzmarkt trägt die FINMA positiv zur Systemstabilität und zum Gläubiger- und Versichertenschutz bei.

Ausgearbeitet wurde ein möglichst standardisierter und effizienter Prozess für den Umgang mit Banken und Versicherungen, die sich in freiwilliger Liquidation befinden. Bei Versicherungsgesellschaften, die sich in Abwicklung befinden, wurden gezielte Reviews durchgeführt.

In der kommenden Strategieperiode will die FINMA ein besonderes Augenmerk auf Entwicklungen am Markt legen, die mit mittelfristigen Strukturänderungen verbunden sind. Im Bereich der technologischen Entwicklungen wird sie sich vertieft mit den Möglichkeiten und Risiken in der Anwendung von künstlicher Intelligenz und «Machine Learning» am Finanzmarkt beschäftigen und diesbezüglich ihre Aufsichtserwartungen konkretisieren.

(5) Innovationsfreundliche Regulierung: Die FINMA setzt sich dafür ein, dass für innovative Geschäftsmodelle unnötige wettbewerbsbehindernde Regulierungshürden abgebaut und geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Dank organisatorischer Anpassungen und einer Aufstockung der Ressourcen konnte eine nachhaltige Bearbeitung der zahlreichen Anfragen und Gesuche im «Fintech»-Bereich erreicht werden. Auch erteilte die FINMA im Berichtsjahr erstmals eine «Fintech»-Lizenz nach Art. 1*b* des Bankengesetzes an einen Zahlungsdienstleister.

Im nächsten Jahr wird die FINMA einen besonderen Fokus auf die Behandlung des Bewilligungsgesuchs der Libra bzw. Diem Association und gegebenenfalls auf die Vorbereitung von deren Aufsicht legen. Nach der Verabschiedung der «Distributed Ledger Technology (DLT)»-Gesetzgebung wird die FINMA deren operationelle Umsetzung begleiten. Insbesondere soll die Vorbereitung auf die Ausdehnung der «Fintech»-Lizenz sowie die Einführung der DLT-Handelssysteme erfolgen.

(6) Regulierung allgemein: Die FINMA setzt sich für eine prinzipienbasierte Finanzmarktregulierung ein und fördert eine intelligente Äquivalenz mit den relevanten internationalen Vorschriften.

Das Kleinbankenregime wurde erfolgreich umgesetzt und es wurden die Arbeiten an den technischen Ausführungsbestimmungen in der Kompetenz der FINMA zu FIDLEG und FINIG vollendet. Für eine verbesserte Transparenz über klimabezogene Finanzrisiken bei bedeutenden Finanzinstituten wurden regulatorische Ansätze lanciert.

Im Auftrag der EU-Kommission prüfte die EIOPA die Äquivalenz der schweizerischen Aufsichtspraxis im Versicherungsbereich mit der Aufsicht in der EU und diese wurde trotz kritischem Grundton wieder als äquivalent anerkannt.

2021 wird sich die FINMA im Rahmen des vom SIF geleiteten Rechtsetzungsprojekts zu «Basel III» weiter einsetzen sowie das Kleinbankenregime analysieren und allfälligen Handlungsbedarf identifizieren und angehen. Zudem möchte die FINMA bezüglich der Schweizer Finanzmarktregulierung analysieren, ob Änderungen oder Ergänzungen notwendig wären, um ihre aufsichtsrechtlichen Ziele noch wirksamer zu erreichen.

(7) Effizienz / Betriebliches: Grundsätzlich steigen die Kosten der Aufsicht nur, falls der Gesetzgeber neue Aufgaben erlässt. Durch eine konsequente Risikoorientierung und eine klare Priorisierung, sowohl in der eigenen Aufsichtstätigkeit als auch in der Aufsichtsprüfung, werden weitere Effizienzgewinne erzielt.

Für die FINMA ist nach dem ersten Jahr unter dem revidierten Prüfwesen ersichtlich, dass sich bei den Kosten, die die Prüfgesellschaften für ihre Tätigkeiten verrechnen, ohne Qualitätseinbussen Einsparungen von ca. 30 Prozent ergeben. Zudem werden heute praktisch alle Erhebungen der FINMA vollständig elektronisch über die eigene digitale Erhebungsplattform abgewickelt.

Ein sorgfältiges Business Continuity Management sowie der hohe Digitalisierungsgrad sämtlicher Prozesse ermöglichten im März 2020 den Wechsel der fast gesamten Belegschaft der FINMA ins Homeoffice innert weniger Tage. Während der Pandemie lief die Aufsichtstätigkeit der FINMA unterbruchsfrei weiter.

Im kommenden Jahr sollen weitere Effizienzsteigerungen in den Geschäftsbereichen realisiert werden, insbesondere mittels weiterer Digitalisierung interner Prozesse. Zudem sollen der elektronische Austausch mit den beaufsichtigten Instituten durch Digitalisierungs- und Automatisierungsmassnahmen weiter vereinfacht und der Einsatz von datenbasierten Algorithmen zur Identifizierung von Risiken geprüft werden.

2. Finanzielle Ziele

Die Kosten der Finanzmarktaufsicht werden vollständig durch die Beaufsichtigten finanziert. Bundesgelder werden keine beansprucht. Die FINMA schliesst das Geschäftsjahr 2020 mit einem Gewinn von 12,6 Millionen Franken ab. Dies sind 2,7 Millionen Franken mehr als im Vorjahr (+27,3 %). Haupterlös des Rechnungsjahres 2020 bilden die von den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben (CHF 120,0 Mio. / 2019: CHF 112,2 Mio.; +7,0 %). Der grösste Aufwandposten ist der Personalaufwand in Höhe von 102,6 Millionen Franken (2019: CHF 97,9 Mio.; +4,8 %).

Für die Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit muss die FINMA gemäss Art. 16 Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG, SR *956.1*) Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden. Die Reserven werden jedes Jahr grundsätzlich im Umfang von 10 Prozent der jährlichen Gesamtkosten je Aufsichtsbereich geäufnet, bis sie den Umfang eines Jahresbudgets erreicht oder wieder erreicht haben. Aufgrund der Entwicklung der Kostensituation der FINMA durch die Umsetzung des FIDLEG und FINIG beträgt die Reserve Ende 2020 noch nicht 100 Prozent des Jahresbudgets, sondern liegt derzeit bei 94 Prozent. Sie soll in der Strategieperiode 2021–2024 100 Prozent des Jahresbudgets erreichen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der durchschnittliche Personalbestand der FINMA stieg im Jahr 2020 von 489 auf 501 Vollzeitstellen (+2,5 %). Die gemäss Lohngleichheitsinstrument des Bundes gemessenen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen betragen 1,9 Prozent (2019: 1,7 %) und unterschreiten damit deutlich den maximal erlaubten Toleranzwert von 5,0 Prozent.

Aufrechterhaltungs- und Aufbauziele für die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen sehen seit 2019 namentlich zeitlich gestaffelte, konkrete Richtwerte für eine zukünftige nachhaltig proportionale Geschlechterverteilung

in den jeweiligen Kaderstufen vor (zu erreichen, je nach Kaderstufe, per 2022, 2024 und 2026). Aufgrund der ausserordentlichen Arbeitssituation wurde im August 2020 eine ausserordentliche Personalbefragung mit Fokus Covid-19 durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten, dass die Arbeitsprozesse während der Krise aus Sicht der Mitarbeitenden reibungslos weiterliefen. 91 Prozent der Teilnehmenden fanden, dass sich für sie die Arbeitssituation trotz Corona-Pandemie nicht verschlechtert habe und für 49 Prozent habe sie sich sogar verbessert.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die FINMA beteiligt sich aktiv an den Tätigkeiten verschiedener internationaler Gremien im Finanzbereich. Auch hat sie mit verschiedenen Aufsichtsbehörden Vereinbarungen zur Zusammenarbeit abgeschlossen.

Demgegenüber ist die FINMA weder an Kooperationen beteiligt, noch hält sie Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Jahresrechnung wurde von der Revisionsstelle der FINMA, der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), geprüft. Gemäss ihrem Bericht vom 3. März 2021 bestätigt die EFK, dass die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2020 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie «Cashflows» in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem FINMAG entspricht. Auch existiert für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit dem Finanzkontrollgesetz (FKG, SR *614.0*) und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrats der FINMA ausgestaltetes internes Kontrollsystem. Die EFK empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Beschlüsse des Bundesrates

Nach Art. 21 Abs. 2 FINMAG finden zwischen dem Bundesrat und der FINMA mindestens einmal im Jahr institutionalisierte Gespräche zur Strategie der Aufsichtstätigkeit sowie zu aktuellen Fragen der Finanzplatzpolitik statt. Die letzte jährliche Aussprache zwischen Bundesrat und FINMA war am 18. November 2020.

Am 13. März 2020 nahm der Bundesrat vom Rücktritt des Verwaltungsratspräsidenten Thomas Bauer auf Ende 2020 Kenntnis und ernannte Marlene Amstad zur künftigen Verwaltungsratspräsidentin der FINMA ab 2021. Zum Vizepräsidenten des Verwaltungsrats ab 2021 ernannte der Bundesrat am 28. Oktober 2020 Martin Suter. Zugleich wählte er Susan Emmenegger neu in den Verwaltungsrat ab 2021 (für die Ende 2020 aus dem Gremium ausscheidende Renate Schwob).

Die strategischen Ziele der FINMA für die Jahre 2021–2024 genehmigte der Bundesrat am 18. November 2020.

Am 4. Dezember 2020 beschloss der Bundesrat die strategische Weiterentwicklung der Finanzmarktpolitik. Die Schweiz soll weiterhin zu den weltweit führenden Finanzplätzen gehören und damit als internationaler Wirtschaftsstandort noch attraktiver werden. Bewährte Stärken wie Stabilität, Sicherheit und Vertrauen werden kombiniert mit einem verstärkten Fokus auf zukunftsträchtige Entwicklungen, wie «Fintech» und «Sustainable Finance».

Den Geschäftsbericht 2020 der FINMA genehmigte der Bundesrat am 19. März 2021.

D. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Im Februar 2021 publizierte die EFK die Ergebnisse einer im Jahr 2020 bei der FINMA durchgeführten Prüfung mit dem Ziel, die Effizienz und Wirksamkeit der Aufsicht im Bereich der Cybersicherheit bei Finanzdienstleistern zu untersuchen. Aufgrund der Prüfung richtete die EFK vereinzelt Empfehlungen an die FINMA, um die Aufsicht in diesem Bereich weiter zu entwickeln.

Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV

Internet: www.serv-ch.com

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Barbara Hayoz (Präsidentin), Urs Ziswiler (Vizepräsident), Christian Etter, Caroline Gueissaz, Burkhard Huber, Peter Jenelten, Christoph Meier, Anne-Sophie Spérisen, Reto Wyss

CEO: Peter Gisler

Ext. Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

2020 ist das erste Berichtsjahr der Strategieperiode 2020-2023. Merklich beeinträchtigt durch die Covid-19-Pandemie, in einem schon vorher belasteten wirtschaftlichen Umfeld, verzeichnete die SERV 2020 das zweite negative Unternehmensergebnis in ihrer Geschichte (CHF -81,5 Mio.).

Das Volumen der neu abgeschlossenen und zugesagten Geschäfte (VP und GV), d.h. das Neuexposure stieg gegenüber dem Vorjahr von 3577,0 Millionen auf 3801,5 Millionen. Der Exposurebestand lag Ende 2020 bei 8970,9 Millionen Franken und der Verpflichtungsrahmen war zu 73 Prozent ausgelastet.

Der Bundesrat hat im Rahmen der Corona-Massnahmen die Anforderungen an Schweizer Exportgeschäfte in Bezug auf den Anteil schweizerischer Wertschöpfung am Auftragswert für SERV-Versicherungen gelockert sowie die maximalen Deckungssätze für Bondgarantien und für Fabrikationskreditversicherungen erhöht.

Die SERV berücksichtigt die Anliegen externer Anspruchsgruppen, indem sie bei Versicherungsgeschäften mit wichtigen Nachhaltigkeitsaspekten den Informationsaustauch mit den Organisationen der Zivilgesellschaft sicherstellt. Auch mit den Privatversicherern und den Wirtschaftsverbänden pflegt sie einen regelmässigen, konsultativen Austausch.

Die SERV erzielte 2020 eine Überdeckung ihrer Eigenwirtschaftlichkeit um 34,0 Millionen. Das Eigenkapital der SERV sank per Ende 2020 auf 2744,2 Millionen.

Die SERV setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Im Jahr 2020 stieg der Personalbestand aufgrund der Verstärkung der Compliance und der IT-Systemablösung auf 62,9 Mitarbeitende (VZÄ).

Kennzahlen	2020	2019
Finanzen und Personal		
Prämienerträge (Mio. CHF)	**89,8**	69,3
Reingewinn (Mio. CHF)	**-81,5**	55,4
Reserven (Mio. CHF)[1)]	**2 825,7**	2 770,3
Eigenwirtschaftlichkeit (Mio. CHF)	**34,0**	23,2
Personalbestand	**62,9**	56,5
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Exposurebestand (Mio. CHF)	**8 970,9**	8 773,2
Neuexposure (Mio. CHF)	**3 801,5**	3 577,0
Neuexposure (Anzahl Policen)	**722**	778
Schadenzahlungen (Mio. CHF)	**82,7**	63,7
Schadenaufwand (Mio. CHF)	**167,9**	54,9
Kapital (in Mio. CHF)	**2 744,2**	2 825,7
Technischer Deckungsgrad PK in % [2)]	**117,5**	114,7
Ökonomischer Deckungsgrad PK in % [2)]	**102,0**	98,4
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**0**	0
Gebühren (Mio. CHF)	**0**	0

1) Risikotragendes Kapital, Kernkapital und Ausgleichsreserve
2) Provisorische Zahlen (Schätzungen per 11.02.2021)

A. Zielerreichung 2020

1. Strategische Schwerpunkte

Das Berichtsjahr 2020 läutet die Strategieperiode 2020-2023 ein. Nachdem das internationale Umfeld während mehrerer Jahren zunehmend an Komplexität gewonnen hat, wurde das Berichtsjahr 2020 massgeblich von der Covid-19-Krise geprägt. Die SERV stellte 2020 insgesamt 722 Grundsätzliche Versicherungszusagen (GV) und Versicherungen bzw. Garantien (VP) aus, 56 weniger als im Vorjahr.

* Strategische Ziele: Strategische Ziele des Bundesrates für die SERV 2020-2023

Das Volumen der total zugesagten Geschäfte, d.h. das Neuexposure, stieg hingegen von 3576,9 Millionen Franken in 2019 auf 3801,5 Millionen in 2020 um 224,6 Millionen an (+ 6,3 Prozent). Auch der Exposurebestand, war Ende 2020 mit 8970,9 Millionen etwas höher als ein Jahr zuvor (+2,3 Prozent). Ausschlaggebend für dieses Wachstum war die Versicherung einzelner Geschäfte zu kurzfristigen Zahlungsbedingungen mit grossen Volumen.

Im Verlauf der letzten Strategieperiode wurde in einigen Themenbereichen potentieller Abklärungsbedarf wie folgt identifiziert: Analyse der Entwicklung der Wertschöpfungsanteile, rechtliche/betriebswirtschaftliche Machbarkeitsstudie zur Schadenfallunterstützung der KMU, Analyse / Einführung Fasttracking für KMU, Vorschläge zur langfristigen Gewährleistung der Eigenwirtschaftlichkeit sowie Analyse der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit. Dementsprechend wird sie im Rahmen dieser Strategieperiode eine vertiefte Standortbestimmung durchführen. Ein erster Schritt wurde bereits unternommen. Zusammen mit dem Staatsekretariat für Wirtschaft SECO hat die SERV ein externes Beratungsunternehmen mit der Durchführung einer Benchmarkinganalyse von staatlichen Exportkreditversicherungen beauftragt. Systematisches Lernen von anderen staatlichen Exportkreditversicherern (ECAs) ermöglichen es, neue Strategien zu entwickeln und auf Grundlage eines bewährten Benchmarking-Modells für Exportkreditversicherungen noch effizienter zu agieren. Die Ergebnisse dieser Studie liegen nun vor und werden nicht nur wichtiger Bestandteil der Diskussionen zur zukünftigen Ausrichtung der SERV sein, sondern bilden auch die Basis für und sind Teil der Prüfaufträge in den strategischen Zielen des Bundesrates für die SERV.

Die SERV ist nach Ansicht des Bundesrates damit gut im Zeitplan mit den Prüfaufträgen für die laufende Strategieperiode. Es stehen aber weitere Analysen in Themengebieten wie der Wettbewerbsfähigkeit des Produkteangebots, der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags unter den bestehenden Einschränkungen und der langfristigen Eigenwirtschaftlichkeit der SERV unter den gegebenen Anlagemöglichkeiten an. Weiter werden mit Ablauf der befristeten Covid-Massnahmen auf Verordnungsstufe betreffend der Deckungssätze sowie den Wertschöpfungsanforderungen, deren Wirksamkeit analysiert. Die SERV hat gestützt auf Artikel 5 Absatz 3 und 4 SERV-V die Subsidiaritätsbeschränkungen für Exportgeschäfte mit einer maximalen Risikolaufzeit bis zu 24 Monaten in die EU-Mitgliedsstaaten sowie weitere Hocheinkommensländer vorübergehend aufgehoben. Sie ist dabei den Massnahmen der EU-Kommission gefolgt. Darüber hinaus wurden Prüf- und Entscheidungsprozesse vereinfacht, um Schweizer Exporteure bei Bedarf schnell und unkompliziert mit einem Versicherungsangebot unterstützen zu können.

Um die schweizerischen Exporteure zu unterstützen, startete die SERV ihr Projekt „ECA-Pathfinding“. Durch aktives Marketing in den Käufermärkten soll schweizerischen Exporteuren der Zugang zu internationalen Grossprojekten, vor allem im Infrastrukturbereich, in einem frühen Stadium eröffnet werden.

Die SERV arbeitet im Rahmen der Exportfinanzierung eng mit den Akteuren des Finanzsektors zusammen. Sie beobachtet dabei seit einigen Jahren vermehrt Schwierigkeiten bei der Exportfinanzierung, insbesondere von Kleingeschäften. Der Anteil der KMU an den total 307 Kunden liegt 2020 mit 77,5 Prozent etwas über dem langjährigen Durchschnitt von zwei Dritteln.

In ihrer Geschäftstätigkeit berücksichtigt die SERV die aussenpolitischen Grundsätze sowie die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Bundes. Seit 2008 verwendet sie dabei ein integriertes und bewährtes Compliance-Prüfverfahren und hält sich an die Empfehlungen der Umwelt und Sozialleitlinien („Common Approaches“) der OECD.

Im Verlauf des 2020 erarbeitete die SERV die ersten Grundlagen für eine eigene Klimastrategie, welche sich an den gesetzlichen Rahmenbedingungen orientiert (SERVG und SERV-V). Die drei Eckpfeiler der Strategie umfassen den Umgang mit den Treibhausgasemissionen der SERV selber, die Integration der Klimarisiken in die Geschäftstätigkeit sowie den Beitrag der SERV-Deckungen zur Dekarbonisierung der Wirtschaft.

Die SERV unterstützt das SECO bei den Verhandlungen der relevanten internationalen Standards im Bereich Exportkreditfinanzierung auf Stufe OECD, wo eine Modernisierung der Vereinbarung zu den Exportkrediten initiiert wurde. Ziel ist es die historisch, gewachsene Vereinbarung zu entschlacken und zu flexibilisieren. Ausserdem ist die SERV an den Umschuldungsverhandlungen des Pariser Clubs und der anschliessenden Umsetzung der Abkommen massgeblich beteiligt. Ein jährlich durchgeführter Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft stellt den Einbezug von deren Anliegen in die Geschäftspolitik der SERV sicher.

2. Finanzielle Ziele

Die SERV verbuchte 2020 das zweite Mal seit ihrer Gründung im Jahr 2007 ein negatives Unternehmensergebnis von -81,5 Millionen. Neben den üblichen Bewegungen im Schadenaufwand aufgrund kleinerer und mittlerer Schäden verzeichnete die SERV im Berichtsjahr aufgrund des Zahlungsausfalls von Sambia einen besonders hohen Aufwand, welcher das Ergebnis mit 85,6 Millionen Franken (vorwiegend Rückstellungen) stark belastete. Die Eigenwirtschaftlichkeit der SERV bleibt trotzdem gewährleistet (2020: CHF 34 Mio.; 2019: 23,2 Mio.).

Der Unternehmenserfolg der SERV war bis vor einigen Jahren stark von Umschuldungszinsen und Umschuldungserfolg getrieben. Je mehr die Umschuldungsgutha-

ben abnehmen und je länger die SERV auf Erträge aus Geldanlagen verzichten muss, desto mehr wird der Unternehmenserfolg nur noch von verdienten Prämien und Schadenaufwand abhängen. Bis anhin kann festgestellt werden, dass die SERV insgesamt adäquate Prämien erhebt, wobei die Bearbeitungskosten gewisser Geschäfte, insbesondere von ganz kleinen Unternehmungen (1-50 Mitarbeitende), durch grössere Geschäfte querfinanziert werden müssen.

Mit 71,6 Millionen Franken fällt der Prämienerlös der SERV dieses Jahr im Vergleich zum Vorjahr um 35,9 Millionen tiefer aus, bewegt sich aber weiterhin im langjährigen Durchschnitt. Dank eines Wachstums des Neuengagements um 18,7 Prozent und einer Erhöhung der verdienten Prämien um 28,7 Prozent war es der SERV möglich, einen Versicherungsertrag von 94,4 Millionen Franken zu erzielen. Dies erklärt sich dadurch, dass die SERV an Prämien abgeschlossener Geschäfte über mehrere Jahre buchhalterisch verdient. Obwohl der Prämienerlös tiefer ausfiel als 2019, konnte die SERV von den hohen Prämienerlösen aus Geschäften, die vor dem Geschäftsjahr 2020 abgeschlossen wurden, profitieren.

Dem steht aber aufgrund des aussergewöhnlich hohen Schadenaufwands ein Versicherungsaufwand von 156,0 Millionen Franken (2019: 54,9 Mio.) gegenüber, was zu einem negativen Versicherungserfolg führte und auch massgeblich zum negativen Unternehmenserfolg beitrug.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Im Verlauf des letzten Jahres stieg der Personalbestand von 56,5 auf 62,9 Vollzeitäquivalente an. Der erhöhte Bedarf an Personal erklärt sich durch eine erforderliche Professionalisierung aufgrund der steigenden Komplexität der Projekte, sich stetig erhöhende Complianceanforderungen sowie zusätzlich erforderliche Ressourcen im Zusammenhang mit der erforderlichen IT-Erneuerung.

Im Rahmen einer 2019 verabschiedeten HR-Strategie wurden Kernkompetenzen definiert und Unternehmenswerte, wie Kundenorientierung, Wertschätzung, Zusammenarbeit, kontinuierliche Verbesserung und Eigenverantwortung erarbeitet. Ein Schwerpunkt war die im Jahre 2020 durchgeführte Mitarbeiterumfrage, welche der SERV aufgezeigt hat, wo die Stärken liegen (Beziehung zu den direkten Vorgesetzten und Vereinbarkeit von Beruf und Familie) und wo es noch Verbesserungspotential (Kommunikation und Geschäftsprozesse) gibt.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Im Januar 2020 unterzeichnete die SERV zusammen mit Switzerland Global Enterprise S-GE eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit, um unter Nutzung von Synergien einen Beitrag zu einer erfolgreichen Schweizer Aussenwirtschaft zu leisten und die Exportbemühungen der Schweizer KMU zu fördern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung (bestehend aus Erfolgsrechnung, Bilanz, Geldflussrechnung, Erfolgsrechnung nach Sparten, Bilanz nach Sparten und Anhang) sowie den Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis der SERV für das Geschäftsjahr 2020 geprüft. Das Projekt der IT-Gesamterneuerung musste im 2020 reorganisiert werden, was auch eine Empfehlung der Eidg. Finanzkontrolle (EFK) war.

C. Anträge an den Bundesrat

Dem Bundesrat wurden der Geschäftsbericht 2020 der SERV einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung und der Bericht des Verwaltungsrates der SERV betreffend die Erreichung der strategischen Ziele 2020 sowie der Bericht der Revisionsstelle vom 16. Februar 2021 zur Kenntnisnahme unterbreitet. Des Weiteren wurde dem Bundesrat die Bestätigung der Revisionsstelle vorgelegt.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat die ihm gemäss Buchstabe C. unterbreiteten Berichte am 31. März 2021 genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen und den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Swisscom

Internet: www.swisscom.ch

Sitz: Ittigen

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: Schweizer Börse SIX

Bundesbeteiligung: 51%

Verwaltungsrat: Hansueli Loosli (Präsident), Barbara Frei, Frank Esser, Anna Mossberg, Michael Rechsteiner, Roland Abt, Sandra Lathion-Zweifel (Personalvertreterin), Alain Carrupt (Personalvertreter), Renzo Simoni (Staatsvertreter)

CEO: Urs Schaeppi

Ext. Revisionsstelle: PriceWaterhouseCoopers AG

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Im Geschäftsjahr 2020 hat Swisscom die strategischen Ziele des Bundesrates *insgesamt erreicht*. Im Schweizer Kerngeschäft (Breitband, Mobilfunk, TV) verteidigte Swisscom ihre führende Marktposition. Die Kundenzufriedenheit lag über dem Branchendurchschnitt. Im IT-Lösungsgeschäft gehörte Swisscom zu den stärksten Anbietern auf dem hart umkämpften Schweizer Markt.

Swisscom hat die Herausforderungen der Covid-19 Pandemie gut gemeistert. Ihren Kunden konnte Swisscom rasch genügend Kapazitäten für zunehmenden Datenverkehr und Sprachtelefonie zur Verfügung stellen. Betriebsintern hat Swisscom eine Taskforce eingesetzt, die den notwendigen Schutz der Mitarbeitenden und die Aufrechterhaltung der betrieblichen Aktivitäten sicherstellte. Die Auswirkungen der Pandemie auf das finanzielle Ergebnis beschränkten sich vorwiegend auf die Bereiche Roaming und das Kino/Entertainment-Geschäft.

Der Umsatz nahm gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozent ab. Der Reingewinn ging um 8,4 Prozent zurück. Gemessen an der Börsenkapitalisierung sank der Unternehmenswert um 6,9 Prozent. Mit der unveränderten Dividende von 22 Franken je Aktie resultierte eine Gesamtrendite von -2,6 Prozent. Die Auflagen der erneuerten Grundversorgungskonzession erfüllte Swisscom ohne Abgeltung.

Swisscom investierte in der Schweiz rund 1,6 Milliarden Franken in die Modernisierung und Erweiterung der Infrastruktur. Per Ende 2020 verfügten 82 Prozent (Vorjahr: 74 %) aller Haushalte und Geschäfte über eine für heutige Anwendungen gut ausreichende Bandbreite von 80 Mbit/s. Der Ausbau des Mobilfunknetzes auf Basis der 5G-Technologie ging nur schleppend voran.

In Italien entwickelte sich die Tochtergesellschaft Fastweb positiv. Umsatz und operatives Ergebnis vor Abschreibungen nahmen weiter zu. Gleichzeitig konnte Fastweb das Ultrabreitband und Mobilfunknetz weiter ausbauen. Fastweb finanzierte alle Investitionen aus eigenen Mitteln.

Swisscom ist ein beliebter Arbeitgeber mit einer fortschrittlichen, sozial verantwortlichen Personalpolitik. Die Arbeitszufriedenheit ist hoch. 2020 nahm die Zahl der Beschäftigten in der Schweiz um 580 Vollzeitstellen ab. Der Stellenabbau wurde unter engem Einbezug der Sozialpartner in vorausschauender und verantwortungsvoller Weise abgewickelt.

Die Anfangs des Berichtsjahrs gehäuft aufgetretenen Netzausfälle, insbesondere die Ausfälle der Notrufdienste, sind aus Sicht des Bundesrates nicht akzeptabel. Es besteht Handlungsbedarf. Swisscom und Bundesrat räumen diesem Thema höchste Priorität ein.

Kennzahlen	**2020**	2019
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**11 100**	11 453
Reingewinn (Mio. CHF)	**1 528**	1 669
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**24 262**	24 247
Eigenkapitalquote in %	**39,1**	36,6
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**19 062**	19 317
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
Aktienkurs am 31. Dezember (CHF)	**477,10**	512,60
Dividende (CHF pro Aktie)	**22**	22
Gesamtrendite[1)] (%)	**-2,6**	13,8
Nettoverschuldung[2)] (Mio. CHF)	**8 206**	8 785
Technischer Deckungsgrad PK in %	**112%**	110%
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	**n.a.**	n.a
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**0**	0
Gebühren (Mio. CHF)	**0**	0

[1)] Gesamtrendite = (Dividende + Aktienkurs am 31. 12. 2020 – Aktienkurs am 31. 12. 2019) ÷ Aktienkurs am 31. 12. 2019

[2)] Exklusive Leasingverbindlichkeiten

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Swisscom ist betriebswirtschaftlich geführt, wettbewerbsfähig und kundenorientiert Errungenschaft

Swisscom hat im Geschäftsjahr 2020 ihre Stellung als führendes ICT-Unternehmen in der Schweiz erfolgreich verteidigt. Der Marktanteil im weitgehend gesättigten Kerngeschäft (Breitband, Mobilfunk) sowie im TV-Bereich blieb auf hohem Niveau stabil.

* Strategische Ziele: www.uvek.admin.ch > Das UVEK > Bundesnahe Betriebe > Zielvorgaben und Zielerreichung

Swisscom ist bestrebt, sich im Markt durch das beste Netz und den besten Service zu differenzieren. Die über dem Branchendurchschnitt liegende Kundenzufriedenheit bestätigt, dass diese Qualitätsstrategie auf Resonanz stösst. Immer mehr Kundinnen und Kunden nutzen gebündelte Angebote («inOne»-Angebote). Im Berichtsjahr hat Swisscom die TV-Entertainment Plattform «Swisscom blue» lanciert und die Angebote Swisscom TV, Teleclub, Bluewin News und Kitag Kinos unter einem gemeinsamen Dach zusammengefasst.

Fastweb schafft langfristig einen positiven Wertbeitrag

Die Tochtergesellschaft Fastweb entwickelte sich ungeachtet des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds in Italien positiv. Kundenbasis, Umsatz und Ergebnis konnten gesteigert werden. Die Nachfrage nach Ultrabreitbandanschlüssen nimmt zu. Breitband- und Mobilfunknetz wurden weiter ausgebaut und die Abhängigkeit von Wholesale-Angeboten reduziert. Der italienische Breitbandmarkt ist in Bewegung. Fastweb hat ihren Anteil an Flash Fiber, einem Joint-Venture mit Telecom Italia, in die neu gegründete Netzgesellschaft FiberCop eingebracht und ihre strategische Position so verbessert. Fastweb finanzierte alle Investitionen aus eigenen Mitteln und generierte darüber hinaus einen positiven operativen Free Cash-Flow von 145 Millionen Euro zugunsten des Konzerns (2019: EUR 101 Mio.). Entsprechend schuf Fastweb einen Wertbeitrag zugunsten der Aktionäre.

Swisscom baut und betreibt eine zukunftsgerichtete Netz- und Informatikinfrastruktur unter Berücksichtigung der Marktbedürfnisse, der technologischen Entwicklung und der Sicherheit

In der Schweiz investierte Swisscom rund 1,6 Milliarden Franken in Ausbau und Modernisierung der Netz- und IT-Infrastruktur. Ein Schwerpunkt bildete Ultrabreitbandausbau. Per Ende 2020 verfügten 82,1 Prozent aller Haushalte und Geschäfte über eine für heutige Anwendungen gut ausreichende Bandbreite von 80 Mbit/s; knapp 60 Prozent der Haushalte und Geschäfte konnten bereits Bandbreiten von mehr als 200 Mbit/s nutzen. Das ist eine deutliche Zunahme gegenüber dem Vorjahr. Swisscom nimmt damit im internationalen Vergleich weiterhin eine Spitzenstellung ein. Der Ausbau der Mobilfunknetze, insbesondere der 5G-Abdeckung, kommt aufgrund der Bewilligungsverfahren für neue Antennen(standorte) nur schleppend voran.

Swisscom wahrte das Fernmeldegeheimnis und erfüllte die Bestimmungen der Datenschutzgesetzgebung. Die Vorkehrungen zum Schutz der Infrastruktur vor physischen und logischen Angriffen sowie vor Grossereignissen (z.B. Flugzeugabstürze) entsprechen dem neuesten Stand.

Die im Berichtsjahr gehäuft aufgetretenen Netzausfälle, insbesondere die Ausfälle der Notrufdienste, sind aus Sicht des Bundesrates nicht akzeptabel. Swisscom hat 2020 umfassende Massnahmen getroffen, um die Netzstabilität weiter zu optimieren. Trotz der Netzausfälle, haben sich die Kennzahlen für die Netzqualität im Berichtsjahr weiter verbessert. Der Bundesrat will, basierend auf dem neuen Artikel 48a FMG, zusätzliche Bestimmungen über die Sicherheit von Fernmeldeinfrastrukturen erlassen und eine Systemführerschaft für Notrufe prüfen. Gleichzeitig hat der Bundesrat beschlossen, eine landesweite, stromausfallsichere Mobilfunkversorgung für Notrufe sicherzustellen.

Swisscom stellt die Grundversorgung sicher und setzt die Zugangsregulierung im Interesse eines fairen Wettbewerbs um

Als Inhaberin der Grundversorgungskonzession im Fernmeldebereich erbrachte Swisscom den Service Public gemäss den Qualitätskriterien des Fernmelderechts und ohne finanzielle Abgeltungen. Die minimale garantierte Datenübertragungsrate betrug 10 Mbit/s.

Swisscom kam auch im Berichtsjahr 2020 ihrer Verpflichtung nach, anderen Telekommunikationsunternehmen den diskriminierungsfreien Zugang zu ihrem regulierten Netz zu gewähren. Die Höhe der verrechneten Preise wird von Mitbewerben teils in Rechtsverfahren bestritten.

Swisscom verfügt über ein angemessenes Risikomanagement-System

Der Wirtschaftsprüfer PwC ist auf keine Sachverhalte gestossen, wonach das Risikomanagement-System gemäss ISO 31000 nicht angemessen, nicht implementiert oder nicht funktionsfähig wäre.

2. Finanzielle Ziele

Swisscom steigert langfristig den Unternehmenswert und betreibt eine stetige Dividendenpolitik

Der Kurs und Gesamtrendite der Swisscom-Aktie waren im Berichtsjahr negativ. Entsprechend sank der Unternehmenswert gemessen an der Börsenkapitalisierung um 1,9 Milliarden Franken auf 24,7 Milliarden Franken (Stichtag: 31. Dezember 2020). Die Dividende beträgt unverändert 22 Franken pro Aktie. Gegenüber den im SMI gelisteten Schweizer Unternehmen schnitt Swisscom unterdurchschnittlich an. Im Vergleich zu anderen Telekommunikationsunternehmen im Europa schnitt Swisscom deutlich besser ab.

Swisscom strebt eine Nettoverschuldung von höchstens 2,1 x EBITDA (nach Leasingaufwand) an

Das Verhältnis Nettoverschuldung zu EBITDA beträgt 1,5 (Vorjahr 1,7). Das Kredit-Rating lag unverändert im Single-A-Bereich (Standard & Poors: A; Moody's: A2).

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Swisscom verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik und tritt als attraktive Arbeitgeberin auf

Swisscom ist eine attraktive Arbeitgeberin mit einer fortschrittlichen, sozial verantwortlichen Personalpolitik. Die

Arbeitszufriedenheit ist im Branchenvergleich überdurchschnittlich. Mit den Sozialpartnern wird ein konstruktiver Dialog gepflegt. Swisscom investiert viel in die permanente Weiterbildung von Mitarbeitenden und Kadern. Die Mehrzahl der ausgeschriebenen Kaderstellen wird intern besetzt.

Im Berichtsjahr nahm die Zahl der Beschäftigten in der Schweiz um 580 Vollzeitstellen ab. Das ist eine Folge der Anstrengungen die sinkenden Umsätze im Kerngeschäft mit Effizienzsteigerungen aufzufangen. Dank einer vorausschauenden Planung erfolgte der Grossteil des Stellenabbaus über die natürliche Fluktuation. 80 Prozent der vom Stellenabbau betroffenen Mitarbeitenden, die den vergleichsweise grosszügig ausgestalteten Sozialplan in Anspruch nahmen, fanden noch vor dessen Ablauf eine Anschlusslösung.

Im Berichtsjahr ist es Swisscom nicht gelungen, den Anteil der Frauen im Management weiter zu steigern. Der Anteil verharrte bei rund 13 Prozent. Mittelfristig soll der Frauenanteil auf 20 Prozent erhöht werden. Das Ziel, ein Prozent der Belegschaft in speziell für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen konzipierte Arbeitsprozesse zu integrieren, wurde erreicht. (2020: 1,06 Prozent; 2019: 0,97 Prozent).

Swisscom ist bei Weitem die grösste Ausbildnerin von ICT-Fachkräften in der Schweiz. Zusammen mit der Tochtergesellschaft Cablex stellt Swisscom rund 950 Lehrstellen zur Verfügung. Im Berichtsjahr begannen 267 Jugendliche ihre Lehre bei Swisscom.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Swisscom geht Kooperationen nur ein, wenn sie zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts beitragen, führungsmässig gut betreut werden können und dem Risikoaspekt genügend Rechnung tragen.

Swisscom hält ein vielfältiges Portfolio von kleineren und grösseren in- und ausländischen Beteiligungen, die einerseits das angestammte Kerngeschäft unterstützen und andererseits selektiv neue Geschäftsfelder erschliessen. Swisscom besitzt keine Beteiligungen an ausländischen Telekommunikationsgesellschaften mit Grundversorgungsauftrag.

Im Berichtsjahr wurden drei wichtige Änderungen im Beteiligungsportfolio verzeichnet. Fastweb hat sich an zwei Unternehmen (Cutaway Srl. und 7Layers Srl) beteiligt, um das Geschäft mit Zusatzdienstleistungen im Bereich ICT/Security für Geschäftskunden auszubauen. Swisscom hat sich an einem jungen Tessiner Kompetenzzentrum für künstliche Intelligenz beteiligt. Die Partnerschaft mit der Universität der italienischen Schweiz, ermöglicht Swisscom privilegierten Zugang zu wichtigen Schlüsseltechnologien. Verkauft wurde die Mila AG, die technischen Support für Endkunden leistet. Das Unternehmen befindet sich in einer Turnaround-Situation und konnte im Rahmen eines Management Buyout verkauft werden.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (PwC) bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Swisscom AG für das Geschäftsjahr 2020 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelndes Bild der Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Liquiditätslage des Unternehmens vermittelt.

C. Anträge an Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Swisscom AG findet am 31. März 2021 statt. Der Verwaltungsrat hatte der Generalversammlung beantragt:

1. den Lagebericht, die Konzernrechnung und die Jahresrechnung der Swisscom AG und die Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2020 zu genehmigen;
2. den Vergütungsbericht 2020 im Rahmen einer Konsultativabstimmung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen;
3. eine Dividende von 22 Franken pro Aktie auszuschütten;
4. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen;
5. Barbara Frei, Frank Esser, Roland Abt, Anna Mossberg. Alain Carrupt. Michael Rechsteiner und Sandra Lathion-Zweifel in den Verwaltungsrat wiederzuwählen; Michael Rechsteiner neu als Präsident zu wählen; Guus Dekkers neu zu wählen;
6. Barbara Frei, Roland Abt, Frank Esser und Renzo Simoni (Staatsvertreter; siehe Abschnitt D.) in den Vergütungsausschuss wiederzuwählen; Michael Rechsteiner (als Mitglied ohne Stimmrecht) neu zu wählen;
7. einen maximalen Gesamtbetrag der Vergütungen im Geschäftsjahr 2022 von 2,5 Millionen Franken für die Mitglieder des Verwaltungsrats und von 8,7 Millionen Franken für die Mitglieder der Konzernleitung zu genehmigen;
8. die Anwaltskanzlei Reber Rechtsanwälte, Zürich, als unabhängigen Stimmrechtsvertreter wiederzuwählen;
9. PriceWaterhouseCoopers AG, Zürich, für das Geschäftsjahr 2020 als Revisionsstelle wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 19. März 2021 das UVEK und das EFD, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Swisscom AG zuzustimmen.

Der Bundesrat ordnete gleichzeitig Renzo Simoni für die Amtsdauer von einem Jahr als Staatsvertreter in den Verwaltungsrat von Swisscom AG ab.

SBB

Internet: www.sbb.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Verwaltungsrat: Monika Ribar (Präsidentin), Pierre-Alain Urech (Vizepräsident), Fabio Pedrina (Personalvertreter), Daniel Trolliet (Personalvertreter), Alexandra Post Quillet, Georg Kasperkovitz, Beat Schwab, Andreas Herzog, Véronique Gigon

Kotierung: nicht kotiert

CEO: Vincent Ducrot

Bundesbeteiligung: 100%

Externe Revisionsstelle: Deloitte, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Im Jahr 2020 hat die SBB die strategischen Ziele des Bundesrates *teilweise erreicht*.

Die SBB musste für 2020 einen historischen Verlust von -617 Millionen Franken (Vorjahr 463 Mio.) hinnehmen. Wegen der Covid-19-Pandemie waren die Züge und Bahnhöfe schlecht ausgelastet, der Rückgang an Passagieren und Gütern schlug sich deutlich in den Zahlen nieder. Der Hauptteil des Konzernverlustes resultierte aus dem Ertragseinbruch beim Personenfernverkehr. Bei den abgeltungsberechtigten Bereichen Regionalverkehr und Infrastruktur sowie beim Güterverkehr konnten die Verluste dank zusätzlicher Unterstützungsmittel der öffentlichen Hand von insgesamt 277 Millionen gemildert werden. Der Schuldendeckungsgrad erreichte das 21,6-fache des EBITDA. Der COVID-bedingte Ertragsrückgang führte zu einem Anstieg der Verschuldung und zu einer starken Reduktion des EBITDA. Zudem trug eine erhöhte Investitionstätigkeit zum Anstieg der Verschuldung bei. Die definierte Obergrenze von 6,5 x EBITDA hat die SBB deutlich überschritten. Für die SBB wird es in den nächsten Jahren zur Herausforderung, diese Obergrenze wieder einzuhalten.

Die SBB konnte das Qualitätsniveau im Bahnverkehr aufgrund gezielter Massnahmen verbessern. Die Angebotsreduktion und der starke Rückgang der Passagiere und Güter infolge COVID-19 entlasteten zudem das Bahnsystem und führten zu einem stabileren Betrieb. Entsprechend positiv entwickelte sich die Pünktlichkeit und die Kundenzufriedenheit im Personen- und Güterverkehr bzw. bei den Immobilien (Bahnhöfe). Auch die Sicherheit konnte die SBB 2020 verbessern.

Die personellen Ziele wurden erreicht. Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Bei der Personalzufriedenheit ist eine Trendwende feststellbar: In dieser herausfordernden Zeit stieg die Zufriedenheit der Mitarbeitenden gegenüber 2019 um 4 auf 70 Punkte. Das Vertrauen in die Konzernleitung nahm um 11 auf 57 Punkte deutlich zu.

Die SBB konnte ihre Kooperationen festigen. Im Frühling gab die Wettbewerbskommission (WEKO) grünes Licht für die 35%-Beteiligung von Swiss Combi AG - bestehend aus Planzer Holding, Camion Transport, Galliker Transport und Bertschi - an der Güterverkehrstochter SBB Cargo AG. Mehrheitsaktionärin bleibt die SBB AG. Parallel dazu hat die SBB den Verwaltungsrat von SBB Cargo mit externen Personen ergänzt. Die Ziele sind erreicht.

Kennzahlen	2020	2019
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**9 216**	9 864
Konzernergebnis (Mio. CHF)	**-617**	463
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**51 335**	48 918
Eigenkapitalquote in %	**25,0**	27,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**33 498**	32 535
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
Personalzufriedenheit (Punkte, max. 100)	**70**	66
Beförderte Personen (Mio. pro Tag)	**0,84**	1,32
Kundenpünktlichkeit (%)	**93,4**	90,6
Ergebnis Personenverkehr (Mio. CHF)	**-669**	215
Ergebnis Güterverkehr (Mio. CHF)	**-26,4**	3
Technischer Deckungsgrad PK in %	**108,5**	105,4
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	**90,6**	90,0
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**2 711**	2 430
Gebühren (Mio. CHF)	**0**	0

[1] Abgeltungen und Investitionsbeiträge des Bundes für Infrastruktur, Regional-/Güterverkehr sowie für Behindertengleichstellungsgesetz

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Personenverkehr: Entwicklung von attraktiven, sicheren, pünktlichen und qualitativ hochwertige Mobilitätslösungen; Förderung des öffentlichen Verkehrs, Erstellung eines marktorientierten Angebots.

* Strategische Ziele: www.uvek.admin.ch > Das UVEK > Bundesnahe Betriebe > Zielvorgaben und Zielerreichung

Die Covid-19-Pandemie entlastete das bis Anfang 2020 stark beanspruchte und von etlichen Störungen und Verspätungen gekennzeichnete Bahnsystem. Die Auslastung ging stark zurück und die Verlässlichkeit des Bahnbetriebs verbesserte sich trotz weiterhin vorhandener Engpässen bei Rollmaterial und Personal. Gleichzeitig zeigten die umfangreichen Massnahmen zur Verbesserung von Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit der neuen Fernverkehrs-Doppelstockzüge Wirkung. Die bisher ausgelieferten Züge sind im Betrieb stabiler und werden nun schrittweise auf weiteren Verbindungen eingesetzt.

Nach zwei starken ersten Monaten Anfang 2020 brach die Nachfrage im Personenverkehr wegen COVID-19 stark ein. Die SBB hat während der COVID-19-Krise als Systemführerin Schiene die Massnahmen des schienengebundenen öV koordiniert sowie als Folge des angeordneten Lockdowns ab dem 19. März einen Übergangsfahrplan mit reduziertem Angebot eingesetzt. Das grenzüberschreitende internationale Angebot wurde eingestellt. Nach Erholung der Auslastung im Sommer auf 70 bis 80 Prozent gegenüber Vorjahr, war mit Ausbruch der zweiten Welle ab Oktober erneut ein deutlicher Rückgang der Frequenzen spürbar. Insgesamt fiel die Anzahl Personenkilometer auf den Stand von 2001 zurück. Gegenüber dem Vorjahr gingen die Verkehrsleistungen im Personenverkehr massiv zurück: Fernverkehr -43,7 Prozent, Regionalverkehr -32,3 Prozent und internationaler Verkehr -51,2 Prozent.

Güterverkehr Schweiz: Marktorientiertes, eigenwirtschaftliches Angebot.

2020 war für die strategische Neuausrichtung der Güterverkehrssparte der SBB ein wichtiges Jahr. Nach dem positiven Entscheid der WEKO konnte sich das Konsortium Swiss Combi AG mit 35% an der SBB Cargo AG beteiligen. Mit dieser Partnerschaft sollen neue Kunden gewonnen, die Auslastung erhöht und damit das Ergebnis von SBB Cargo verbessert werden. Parallel dazu wurde die Besetzung des Verwaltungsrates von SBB Cargo angegangen. Dieser ist neu aus vier Personen der SBB, zwei Personen des Konsortiums und einem externen Verwaltungsratspräsidenten zusammengesetzt. Damit erfüllt die SBB die Vorgaben des Bundesrates, die Eigenständigkeit von SBB Cargo AG innerhalb des SBB-Konzerns zu erhöhen. Operativ wurde SBB Cargo AG von der Covid-19-Pandemie hart getroffen: das Jahresergebnis fiel auf -34,7 Millionen (Vorjahr 0,0 Mio.).

Immobilien: Weiterentwicklung der Bahnhöfe zu attraktiven Mobilitätsdrehscheiben; Partizipation an Wertsteigerungen.

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien. Zusammen mit den lokalen und kantonalen Behörden werden die Bahnhöfe und deren Umgebung weiterentwickelt. Die Kundenzufriedenheit an den Bahnhöfen ist auf hohem Niveau weiter gestiegen. Trotz tieferer Frequenzen in den Bahnhöfen und der Gewährung von Mietzinsreduktionen erzielte SBB Immobilien einen positiven Beitrag an das Konzernergebnis.

Infrastruktur: Diskriminierungsfreies Trassenmanagement, effiziente Betriebsführung, kundenfreundliche Bahnzugänge; optimale Nutzung der Netzkapazitäten. Erhalt des Netz- und Anlagezustandes langfristig auf qualitativ hohen Stand.

Der Gesamtzustand der Infrastrukturanlagen hat sich gegenüber den Vorjahren verbessert und wird im Netzzustandsbericht 2020 als «gut» bewertet. Das negative Ergebnis von Infrastruktur Netz resultiert aus dem Rückgang der Trassenerlöse als Folge der geringeren Nachfrage im Personenverkehr und temporärer Angebotsreduktionen sowie aus Produktivitätsverlusten infolge von Baustellenschliessungen während des Lockdowns. Es wird durch die bestehende Reserve gemäss Eisenbahngesetz (43 Mio.) sowie durch zusätzliche Mittel des Bundes (110 Mio.) gedeckt. Die EBG-Reserve beträgt nun -20 Millionen.

Pünktlichkeit

Im Personenverkehr erreichten 93,4 Prozent aller Reisenden ihr Ziel mit weniger als drei Minuten Verspätung (Vorjahr 90,6 %). Auch die Ankunftspünktlichkeit der Transitgüterzüge in der Schweiz hat sich mit 84,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr verbessert, ebenso die Pünktlichkeit der Güterzüge im Binnenverkehr mit 93,5 Prozent.

Kundenzufriedenheit

Die Angebotsreduktion und der Rückgang der Passagiere und Güter wegen COVID-19 entlasteten das Bahnsystem und führten zu einem stabileren Betrieb. Die Kundenzufriedenheit beim Personenverkehr sowie bei Immobilien (Bahnhöfe) hat sich verbessert, beim Güterverkehr hingegen verschlechtert. Der Gesamtindex stieg von 75,8 auf 76,2 Punkte.

Sicherheit

Der Gesamtindex zur Bestimmung des Sicherheitsniveaus war besser als im Vorjahr. Bei allen drei Unfallkategorien nahm die Anzahl Ereignisse ab. Bei den Umweltzielen (Energie- und CO_2-Reduktion pro Personenkilometer bzw. Nettotonnenkilometer) resultierten 2020 keine weiteren Fortschritte, was insbesondere auf die tiefere Auslastung der Züge wegen der Covid-19-Pandemie zurückzuführen ist.

2. Finanzielle Ziele

Langfristige Sicherung und Steigerung des Unternehmenswertes; branchenübliche Ergebnisse.

Wegen der Covid-19-Pandemie ist die SBB vergangenes Jahr tief in die roten Zahlen gestürzt. Insgesamt resultierte ein Jahresergebnis von -617 Millionen (Vorjahr 463 Mio.). Der Hauptteil des Konzernverlustes resultierte aus dem Ertragseinbruch beim Personenfernverkehr. Bei den abgeltungsberechtigten Bereichen Regionalverkehr und Infrastruktur sowie beim Güterverkehr konnten die Verluste dank zusätzlicher Unterstützungsmittel der öffentlichen Hand von insgesamt 277 Millionen gemildert werden. SBB

Immobilien erzielte als einzige Division ein positives Jahresergebnis. Konkret verzeichneten die einzelnen Divisionen folgende Jahresergebnisse: Personenverkehr -669 Millionen.; Güterverkehr -26,4 Millionen.; Infrastruktur -45,8 Millionen.; Immobilien 244 Millionen. Aus dem Ergebnis von SBB Immobilien fliessen 150 Millionen als Ausgleichszahlung an die Infrastruktur und 84 Millionen (Vorjahr: 178 Mio.) wurden zur Rückzahlung von Darlehen aus der Pensionskassensanierung und der Pensionskassenstabilisierung eingesetzt. Bereits im Berichtsjahr leitete die SBB Kostensparmassnahmen ein und priorisierte ihre Investitionen.

Nettoverschuldung von höchstens 6,5 x EBITDA

Der Bundesrat erwartet eine Begrenzung der verzinslichen Nettoverschuldung auf das 6,5-fache des EBITDA, wobei zeitweise Überschreitungen zulässig sind. Nachdem die SBB in den beiden vergangenen Jahren diese Vorgabe jeweils erreichte, verschlechterte sich der Schuldendeckungsgrad im Berichtsjahr stark. Der EBITDA reduzierte sich auf 481 Millionen., die verzinsliche Nettoverschuldung erhöhte sich auf 10'379 Millionen. Der COVID-bedingte Ertragsrückgang führte zu einem Anstieg der Verschuldung und zu einer starken Reduktion des EBITDA. Zudem trug eine erhöhte Investitionstätigkeit zum Anstieg der Verschuldung bei. Am Ende resultierte eine Nettoverschuldung von 21,6 x EBITDA. Das Ziel ist nicht erreicht.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Fortschrittliche, sozialverantwortliche Personalpolitik; attraktive Arbeitgeberin; zeitgemässe berufliche Grundbildung; nachhaltige Aus- und Weiterbildung.

Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Der Personalbestand nahm um 963 (3,0 %) auf 33'498 Vollzeitstellen zu. Der Frauenanteil insgesamt sowie im Kader haben leicht zugenommen (von 17,7 auf 18,4% bzw. von 13,1 auf 14,3%). Insgesamt absolvierten 1358 Lernende (4 % des Mitarbeiterbestandes) eine Ausbildung bei der SBB. Die SBB fördert mit besonderen Programmen die berufliche Wiedereingliederung sowie die Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Im Bereich Gesundheit konzentrierte sie sich darauf, ihre Angestellten auch während der Covid-19 Pandemie gesund zu halten und die Schutzvorgaben des Bundes umzusetzen.

Bei der SBB gilt das Prinzip, gleiche Löhne für gleichwertige Aufgaben und Leistungen zu bezahlen. Anhand des Lohngleichheitsinstruments des Bundes (Logib) untersucht die SBB periodisch die Lohnstruktur auf Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die Lohndifferenz zu Ungunsten der Frauen betrug 0,4 Prozent und lag damit deutlich unterhalb der Toleranzschwelle von 5 Prozent.

Bei der Personalzufriedenheit ist eine Trendwende feststellbar: In dieser herausfordernden Zeit stieg die Zufriedenheit der Mitarbeitenden auf eine Skala von 1 – 100 gegenüber dem Vorjahr um 4 auf 70 Punkte. Auch das Vertrauen in die Konzernleitung nahm um 11 auf 57 Punkte deutlich zu.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse SBB stieg im Berichtsjahr aufgrund der guten Anlagerendite auf 108,5 Prozent (Vorjahr 105,4 %).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die SBB konnte ihre Kooperationen festigen. Im Frühling gab die WEKO grünes Licht für die Beteiligung von Swiss Combi AG - bestehend aus den Logistikdienstleistern Planzer Holding, Camion Transport, Galliker Transport und Bertschi - mit 35 Prozent bei der Güterverkehrstochter SBB Cargo AG. Mehrheitsaktionärin bleibt die SBB AG. Im Personenverkehr hat die SBB die Zusammenarbeit mit SOB, BLS und tpf umgesetzt. Die Ziele sind erreicht.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Deloitte) empfiehlt der Generalversammlung, die Jahres- und Konzernrechnung 2020 zu genehmigen. Sie gelangt zum Schluss, dass die Konzernrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht.

C. Anträge an Generalversammlung

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 7. Juni 1999 über die Statuten der SBB werden die Aktionärsrechte des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der SBB findet am 21. April 2021 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. den maximalen Betrag der Gesamtentschädigung für das Jahr 2022 des Verwaltungsrates SBB von 1'130'235 CHF (inkl. VRP), der Verwaltungsratspräsidentin (VRP) SBB von 295'857 CHF sowie der Konzernleitung SBB von 5'801'895 CHF zu genehmigen;
2. die Verwendung der von der Generalversammlung 2019 für das Geschäftsjahr 2020 genehmigten Höchstbeträge zur Kenntnis zu nehmen;
3. den Lagebericht, die Konzernrechnung und die Jahresrechnung SBB AG zu genehmigen und die Berichte der Revisionsstelle zur Konzernrechnung SBB und Jahresrechnung SBB AG sowie den umfassenden Bericht der Revisionsstelle an den Verwaltungsrat gemäss Art. 728b OR zur Kenntnis zu nehmen.
4. den Bilanzverlust per 31. Dezember 2020 wie folgt zu verwenden: Jahresverlust -638,5 Mio.; Gewinnvortrag Vorjahr 147,3 Mio.; Reserveentnahme gemäss Art. 67 EBG für Infrastruktur 63,4 Mio.; Reserveentnahme gemäss Art. 36 PBG für Regionaler Personenverkehr 151,2 Mio.; Verrechnung mit freiwilliger Gewinnreserve 400,0 Mio.; Vortrag auf neue Rechnung 123,3 Mio.);

5. den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2020, abgeschlossen per 31. Dezember 2020, Entlastung zu erteilen;
6. Pierre-Alain Urech, Daniel Trolliet und Fabio Pedrina werden für eine weitere Amtsdauer bis zur ordentlichen Generalversammlung 2023 gewählt. Die Amtsdauer von Monika Ribar, Alexandra Post Quillet, Georg Kasperkovitz, Beat Schwab, und Véronique Gigon läuft noch bis zur ordentlichen Generalversammlung 2022. Erich Ammann stellt sich nicht zur Wiederwahl. Andreas Herzog wird für eine zweijährige Amtsdauer bis zur ordentlichen Generalversammlung 2023 gewählt;
7. Deloitte für eine Amtsdauer von einem Jahr als externe Revisionsstelle zu wählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 19. März 2021 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der SBB AG vom 21. April 2021 zuzustimmen.

Die Schweizerische Post AG

Internet: www.post.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Urs Schwaller (Präsident), Thomas Bucher, Peter Hug, Ronny Kaufmann (Personalvertreter), Bernadette Koch, Denise Koopmans, Nadja Lang, Philippe Milliet, Corrado Pardini (Personalvertreter)

CEO: Roberto Cirillo

Ext. Revisionsstelle: Ernst & Young AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Im Jahr 2020 hat die Schweizerische Post AG die Ziele des Bundesrates insgesamt erreicht. Die Corona-Pandemie verstärkte bestehende Trends wie der Rückgang der Briefmengen und des Schaltergeschäfts sowie die Mengensteigerungen bei den Paketen wegen E-Commerce. PostAuto konnte deutlich weniger Fahrgäste befördern. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die Post ihre Dienstleistungen auch unter diesen erschwerten Bedingungen zuverlässig erbracht hat.

Die Laufzeitvorgaben aus der Postgesetzgebung für Briefe und Pakete wurden zwar übertroffen, aufgrund Corona-bedingter Ausnahmen wurde jedoch nur ein eingeschränkter Zeitraum in die Wertung einbezogen. Ebenso erfüllt wurden die Vorgaben zur Erreichbarkeit der Poststellen resp. zum Zugang zur Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs. Die Zufriedenheit der Kundschaft beträgt wie im Vorjahr 81 Punkte (max. 100 Pkte). Die Marktanteile im Kerngeschäft (Briefe, Pakete, Zahlungsverkehr und Personenverkehr) wurden gehalten.

Der Betriebsertrag lag mit 7'054 Millionen um 114 Millionen unter dem Vorjahreswert, das Betriebsergebnis fiel mit 272 Millionen um 178 Millionen (davon 139 Mio. Corona-bedingt) tiefer aus. Der Konzerngewinn sank auf 178 Millionen. Die Rentabilität (EBIT-Marge) des Konzerns sank auf 3.9 Prozent (2019: 6.3 %). Der 2020 erwirtschaftete Unternehmensmehrwert fiel mit -101 Millionen Franken erneut negativ aus, womit das Ziel des Bundesrates nach einer nachhaltigen Sicherung des Unternehmenswertes nicht erreicht wurde. Dem Bund werden 50 Millionen Dividenden ausgeschüttet.

Die Personalzufriedenheit im Konzern lag mit 73 Punkten 1 Punkt unter dem Vorjahresniveau. Die Post unterstützte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit verschiedenen Arbeitsmodellen sowie finanziellen Beiträgen an die familienexterne Kinderbetreuung.

Das geänderte Kundenverhalten und die fortschreitende Digitalisierung führen zu einem kontinuierlichen Rückgang der Nachfrage nach den traditionellen physischen Dienstleistungen der Grundversorgung und der Auslastung des Postnetzes. Die Paketmengen wachsen aufgrund von E-Commerce, jedoch bei tiefen Margen und intensiviertem Wettbewerb. Diese Entwicklungen wurden durch die Corona-Pandemie noch verstärkt. Die Erträge der Post nehmen entsprechend laufend ab. Die eigenwirtschaftliche Finanzierung der Grundversorgung ist gefährdet. Die Post hat daher mit ihrer Strategie 2021-2024 Massnahmen eingeleitet (Effizienzsteigerungen, Wachstum in den Bereichen Logistik und Kommunikation sowie Netzöffnung).

Kennzahlen	**2020**	2019[1)]
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)[1)]	**7'054**	7'168
Konzerngewinn (Mio. CHF)	**178**	255
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**124'274**	132'544
Eigenkapitalquote in %	**5,6**	5,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**39'089**	39'670
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
Personalzufriedenheit (Skala 0-100)	**73**	74
Dividende an Bund	**50**	50
Adressierte Briefe (Mio. Sendungen)	**1'706**	1'807
Pakete Inland (Mio. Sendungen)[1)]	**180**	147
Veränderter Durchschnittsbestand Kundengelder (Mrd. CHF)	**+0,7**	-4,2
Technischer Deckungsgrad PK in %	**105,3**	104,5
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	**87,1**	87,5
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)[2)]	**236**	228
Gebühren (Mio. CHF)	**0**	0

1) Die Werte 2019 wurden teilweise rückwirkend angepasst.
2) Abgeltungen Bund an PostAuto und für indirekte Presseförderung (Subventionsempfänger dieser CHF 50 Mio. pro Jahr sind jedoch die Verleger)

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Die Post gewährleistete die Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs auch im vergangenen Jahr in guter Qualität und zu angemessenen Preisen.

Die Post vermochte die Zielwerte der Postgesetzgebung auch im Jahr 2020 zu erfüllen. So betrug die Laufzeit bei

* Strategische Ziele: www.uvek.admin.ch > Das UVEK > Bundesnahe Betriebe > Zielvorgaben und Zielerreichung

den A-Post-Briefen 98 Prozent und bei den B-Post-Briefen 99.2 Prozent. Bei den Paketen betrug der Wert beim Produkt «Priority» 95.4 Prozent und beim Produkt «Economy» 95.5 Prozent. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass aufgrund der Corona-bedingten Massnahmen nur ein eingeschränkter Zeitraum in die Bewertung einbezogen wurde.

90 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung eines Kantons müssen zu Fuss oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln eine Poststelle oder Postagentur innerhalb von 20 Minuten erreichen können. In Gebieten mit einem Hausservice gilt für die betroffenen Haushalte eine Dauer von 30 Minuten. Auch die Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs müssen innerhalb von 20 Minuten erreicht werden können. Diese Vorgaben wurden von der Post auch im Jahr 2020 trotz Corona-bedingten temporären Schliessungen von Poststellen und -agenturen in allen Kantonen eingehalten[1].

Die Gesamtzufriedenheit der Kundinnen und Kunden der Post lag wie im Vorjahr bei 81 von 100 Punkten. Die Kundschaft war damit im schwierigen Corona-Jahr gleich zufrieden mit der Post wie im Vorjahr. Die Preise der Post bei den Briefen und Paketen sind im internationalen Vergleich günstig. Unter Berücksichtigung von 15 Vergleichsländern belegte die Post bei den Briefen den 5. und bei den Paketen den 6. Platz. Kaufkraftbereinigt lag die Post bei den Briefen auf dem 1. und bei den Paketen auf dem 3. Rang.

Die Corona-Pandemie hat die seit Jahren bestehenden Trends im Kommunikations- und Logistikmarkt verstärkt. Die Post hat im Berichtsjahr 1'706 Millionen adressierte Briefe im Inland befördert, was einem Rückgang von 5.6 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Bei den A-Post-Briefen kam es demgegenüber zu einer leichten Zunahme von 0.2 Prozent. Bei den Sendungen ohne Adresse betrug der Rückgang 13.8 Prozent und bei den Zeitungen im Inland 4.5 Prozent. Diese rückläufigen Mengen widerspiegeln auch die Auswirkungen der fortschreitenden Digitalisierung. Die Paketmengen im Inland haben sich massiv erhöht. So hat die Post 2020 180 Millionen Pakete transportiert, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 22.4 Prozent entspricht. Die Post vermochte ihre Marktanteile in den Geschäftsfeldern Kommunikation und Logistik, Finanzdienstleistungen und Personenverkehr weitgehend zu halten.

Die Post verfügt über ein angemessenes Risikomanagementsystem

Der Bundesrat beurteilt die Erfüllung des strategischen Ziels zum Risikomanagement des Postkonzerns einmal pro Strategieperiode, d.h. alle vier Jahre. Er bezieht sich dabei auf Prüfkriterien, die aus der Norm ISO 31000 abgeleitet sind. Gestützt auf einen Audit-Bericht vom Dezember 2019 kam der Bundesrat bereits im Rahmen der letztjährigen Berichterstattung 2020 zum Schluss, dass die Post das Ziel erreicht hat.

2. Finanzielle Ziele

Die Post erwirtschaftete im Jahr 2020 einen Konzerngewinn von 178 Millionen (-77 Mio.). Das Betriebsergebnis (EBIT) sank von 450 Millionen auf 272 Millionen. Nebst den Mengenrückgängen und dem Niedrigzinsumfeld wirkte sich die Corona-Pandemie mit 139 Millionen negativ auf den EBIT aus.

Der Unternehmensmehrwert (bereinigtes Betriebsergebnis abzgl. Kapitalkosten) war wie im Vorjahr negativ und sank auf -101 Millionen. Die Post kann ihre Kapitalkosten nicht mehr selbst erwirtschaften, womit das Ziel des Bundesrates nach einer nachhaltigen Sicherung des Unternehmenswertes erneut nicht erreicht werden konnte.[2]

Das Betriebsergebnis wurde nach wie vor hauptsächlich von PostMail (293 Mio.), PostLogistics (201 Mio.) und PostFinance (161 Mio.) getragen, wobei es nur bei PostLogistics und PostNetz zu Verbesserungen kam.
PostMail verzeichnete im vergangenen Jahr einen Rückgang des Betriebsergebnisses von 77 Millionen gegenüber dem Vorjahr, wovon rund 41 Millionen auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sind. Mitarbeitende in Quarantäne sowie die Umsetzung von Schutzmassnahmen führten zu Mehrkosten und einem Mehrbedarf an Personal.
PostLogistics konnte das Betriebsergebnis um 73 Millionen steigern. Etwa die Hälfte der Ergebnisverbesserung ist auf das massiv höhere Paketvolumen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurückzuführen. Zudem wirkte sich eine Versicherungsleistung im Zusammenhang mit dem Überfall bei Secure Post im Jahr 2019 positiv auf das Ergebnis aus.
PostFinance erzielte ein Betriebsergebnis von 161 Millionen, was einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr von 79 Millionen (davon 22 Mio. Corona-bedingt) entsprach. Neben dem weiterhin schrumpfenden Zinserfolg führte die Corona-Pandemie zu einem deutlichen Umsatzeinbruch bei den Transaktionen in den Poststellen und an den Geldautomaten. Ebenso gingen aufgrund der eingeschränkten Reisemöglichkeiten der Kundschaft die Umrechnungserfolge aus Bargeldbezügen in Fremdwährungen und der Kreditkartennutzung zurück.
Der Bundesrat wird voraussichtlich im Frühjahr 2021 eine Botschaft zur Teilrevision des Postorganisationsgesetzes (POG) ans Parlament überweisen. Darin beabsichtigt er vorzuschlagen, PostFinance die selbständige Gewährung von Hypotheken und Krediten zu ermöglichen. Dazu soll PostFinance aus dem Postkonzern durch Abgabe der Kontrollmehrheit der Post an PostFinance herausgelöst werden können. Dies setzt eine Neuregelung der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten voraus, was mit einer separaten Vorlage angegangen werden soll. Im Übrigen soll die Post mit einer Kapitalisierungszusicherung bei

[1] Von Aufsichtsbehörden PostCom und BAKOM noch ungeprüfte Werte.

[2] Der um die Nettokosten der Grundversorgung und den Wert des Monopols auf Briefen bis 50 Gramm bereinigte Unternehmensmehrwert fiel mit 68 Millionen noch positiv aus (-125 Mio. gegenüber dem Vorjahr).

der Umsetzung der Too-big-to-fail-Vorgaben unterstützt werden.
Das Betriebsergebnis von PostNetz verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 27 Millionen auf -105 Millionen. Diese Ergebnisverbesserung trotz Rückgang der Schaltertransaktionen und Corona-Effekten gründete auf den im Vorjahr gebildeten Rückstellungen sowie der Netzentwicklung.
Das Betriebsergebnis von PostAuto betrug im vergangenen Jahr -79 Millionen und lag damit -55 Millionen unter Vorjahr. Davon sind 48 Millionen auf die Corona-Pandemie resp. den Nachfrage- und Umsatzeinbruch zurückzuführen. Die Post ist gefordert, im Geschäftsfeld Personenverkehr wieder ein positives Ergebnis zu erreichen. Hierfür sind wieder ausgeglichene Ergebnisse im abgeltungsberechtigten regionalen Personenverkehr und positive Ergebnisse in den anderen Bereichen (insb. PubliBike) erforderlich.

Die Rentabilität der Post war verglichen mit den grössten europäischen Postgesellschaften eher tief. Die EBIT-Marge ist gegenüber dem Vorjahr von 6,3 Prozent auf 3,9 Prozent gesunken. Auch das Nettovermögen (negative Nettoverschuldung) der Post ist gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen. PostFinance übererfüllte zwar die regulatorischen Eigenmittelanforderungen für systemrelevante Banken gemäss Eigenmittelverordnung (ERV); für den Notfallplan zeichnet sich nach der von PostFinance in Frage gestellten Einzelfallbeurteilung der FINMA jedoch eine Kapitallücke ab.

Der Verwaltungsrat der Post beantragt wie im Vorjahr eine Dividendenausschüttung von 50 Millionen, was einer Dividende von 38,46 Franken pro Aktie entspricht.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die Post verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik, bietet attraktive Anstellungsbedingungen, die ihre Konkurrenzfähigkeit sicherstellen, und engagiert sich mit geeigneten Massnahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das Personal der Post war im vergangenen Jahr Coronabedingt stark gefordert; insbesondere die Mitarbeitenden in den Poststellen, den Sortierzentren und der Zustellung. Zur Anerkennung dieser Leistungen richtete die Post zweimalig je 500 Franken an die Mitarbeitenden an der Front aus. Der Schutz und die Unterstützung der Mitarbeitenden stand für die Post an oberster Stelle.

Der Konzern Post verfügte im Geschäftsjahr 2020 über einen Personalbestand von 39’089 Personaleinheiten (PE), wovon rund 85 Prozent in der Schweiz arbeiteten. Im Ausland zeigte sich eine Abnahme von 484 PE, in der Schweiz blieb es in etwa beim Vorjahresniveau.

Bei den Bereichen kam es bei PostNetz wegen der Netzentwicklung und Effizienzsteigerungen, bei PostMail aufgrund rückläufiger Briefmengen und bei Swiss Post Solutions aufgrund Standortschliessungen zu einem deutlichen Personalrückgang. PostLogistics verzeichnete dank rasant wachsenden Paketmengen im Zusammenhang mit der Pandemie einen Personalanstieg. Ebenso PostAuto wegen Insourcing von bisher durch PostAuto-Unternehmer betriebenen Linien und Leistungsausbau.

Die Personalzufriedenheit im Konzern ist gegenüber dem Vorjahr um einen Punkt auf 73 Punkte gesunken. Die Post erachtet diesen Wert aufgrund der hohen Beanspruchung ihres Personals wegen der Corona-Pandemie als gut. 2020 absolvierten insgesamt 1’863 (2019: 1’894) Lernende eine berufliche Grundbildung bei der Post. Der Anteil Lernender gemessen am gesamten Personalbestand in der Schweiz beträgt damit 5,6 Prozent.

Gleich wie im Vorjahr lag der Frauenanteil in der Konzernleitung bei 11,1 Prozent und im Verwaltungsrat bei 33,3 Prozent. Der Anteil Frauen im Konzern lag bei 44,1 Prozent (2019 45 %), beim obersten Kader bei 19.8 Prozent (Vorjahr: 17 %) und beim mittleren und unteren Kader bei 22,3 Prozent (Vorjahr: 23,8 %).

Die Post engagierte sich mit verschiedenen Arbeitsmodellen und finanziellen Beiträgen an die familienexterne Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ebenso wurden Aus- und Weiterbildungen finanziell und mit Arbeitszeiterleichterungen unterstützt. In der Schweiz arbeiteten rund 45 Prozent aller Konzernmitarbeitenden Teilzeit (d.h. mit einem Beschäftigungsgrad unter 90 %).

Die Post führt für die Post und die Postkonzerngesellschaften in der Schweiz Verhandlungen über den Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags.

Rund 86 Prozent aller Mitarbeitenden der Post befanden sich in einem Arbeitsverhältnis auf der Grundlage eines Gesamtarbeitsvertrages (GAV). Ende Januar 2020 haben die Post und die Sozialpartner (Syndicom und transfair) die Verhandlungen zum neuen Dach-GAV abgeschlossen, welcher für rund 32'000 Mitarbeitende der Post gilt. Die neuen Firmen-GAV für die Post CH AG und für PostFinance AG konnten im vergangenen Jahr ebenfalls bereinigt werden. Der bisherige GAV von PostAuto wurde wegen Verhandlungsabbruch bis Ende 2021 verlängert. Alle neu verhandelten GAV beinhalten Verbesserungen für die Mitarbeitenden (insb. in den Bereichen Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub).

Die Post setzt sich im Gegenzug zu allfälligen ausserordentlichen Beiträgen an die Pensionskasse für einen massgeblichen Beitrag der Versicherten an die Finanzierung der Pensionskasse ein.

Die Pensionskasse der Post wies per Ende 2020 einen Deckungsgrad von 105.3 Prozent aus. Anfang 2020 wurde die Rückführung von Arbeitgeberbeitragsreserven (AGBR) mit Verwendungsverzicht in AGBR ohne Verwendungsverzicht vorgenommen (550 Mio.), was sich senkend auf den Deckungsgrad auswirkte. Die Rendite auf den Anlagen betrug

2,4 Prozent, wobei die Sparkapitalien der Aktivversicherten mit 1 Prozent verzinst wurden.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die Post kann im Rahmen ihrer finanziellen und personellen Möglichkeiten im In- und Ausland Kooperationen eingehen, wenn diese das Kerngeschäft im Inland unterstützen oder eine andere strategisch-industrielle Logik aufweisen, zur Erreichung der strategischen Ziele und zur nachhaltigen Sicherung des Unternehmenswerts beitragen. Die Kooperationen müssen führungsmässig eng betreut werden und dem Risikoaspekt ist genügend Rechnung zu tragen. Im Ausland dürfen keine Beteiligungen an Gesellschaften mit Grundversorgungsverpflichtung eingegangen werden.

Die Post erzielte im vergangenen Jahr im Ausland einen Betriebsertrag von 1’003 Millionen (davon 90 % in Europa). Das Betriebsergebnis im Ausland betrug 62 Millionen (davon 93 % in Europa). Das Auslandgeschäft vermochte damit 14,2 Prozent zum Betriebsertrag und 22,4 Prozent zum Betriebsergebnis des Konzerns beizutragen. Die Rentabilität (EBIT-Marge) im Ausland lag bei 6,2 Prozent (Vorjahr 6,4 %) und damit über derjenigen des Konzerns (3,9 %). Der Bundesrat verfolgt die Entwicklung des Auslandgeschäftes aufmerksam, namentlich auch vor dem Hintergrund des im Rahmen der neuen Strategie «Post von Morgen» angestrebten anorganischen Wachstums.

Das Joint Venture ASENDIA mit der französischen Post entwickelte sich in den vergangenen Jahren vom Brief- zum Kleinwarenversand und vermochte 2020 dank dem Wachstum im E-Commerce den Betriebsertrag und das Betriebsergebnis zu steigern.

5. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle bestätigt mit Bericht vom 8 März 2021, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Schweizerischen Post AG für das Geschäftsjahr 2020 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht. Sie empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung 2020 zu genehmigen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD (respektive durch eine von diesen bezeichnete Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Schweizerischen Post AG findet am 27. April 2021 statt. Der Verwaltungsrat beantragt der Generalversammlung,

1. den Lagebericht und die Jahresrechnung sowie die Konzernrechnung der Schweizerischen Post AG für das Geschäftsjahr 2020 zu genehmigen und den Bericht der Revisionsstelle vom 8. März 2021 zur Kenntnis zu nehmen.
2. den Bilanzverlust von 83'742'967 Franken auf die neue Rechnung vorzutragen. Im Weiteren wird eine Ausschüttung zu Lasten der übrigen Kapitalreserven über 50'000'000 Franken beantragt.
3. den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen. Die beantragte Entlastung bezieht sich ausdrücklich auf Handlungen im Geschäftsjahr 2020, die eingeschränkte Entlastung für die Jahre 2017 und 2018 bleibt bestehen.
4. Wiederwahl des Präsidenten und der Mitglieder des Verwaltungsrates

   Dieses Traktandum wird zu einem späteren Zeitpunkt im Bundesrat behandelt.
5. die Ernst & Young AG in Bern für das Geschäftsjahr 2021 als Revisionsstelle zu wählen.
6. die Obergrenzen für den Gesamtbetrag der Honorare des Verwaltungsrates (inkl. VRP) von 1'143'915, des Verwaltungsratspräsidenten von 265’425 und der Entlöhnung der Konzernleitung (inkl. Konzernleiter) von 6'828’026 für das Geschäftsjahr 2021 zu genehmigen.
7. zur Kenntnis zu nehmen, dass die Obergrenzen der Gesamtbeträge gemäss Art. 14 der Statuten «Die Schweizerische Post AG» im Jahr 2020 eingehalten wurden.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 19. März 2021 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Schweizerischen Post AG zuzustimmen.

Skyguide SA

Internet: www.skyguide.ch

Sitz: Genf

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 99,94 %

Verwaltungsrat: Walter T. Vogel (Präsident), Bernhard Müller, Doris Barnert, Anne Bobillier, Andreas Schmid, Cristina Feist-mann, Dominik Hänggi (Personalvertreter)

CEO: Alex Bristol

Ext. Revisionsstelle: PriceWaterhouseCoopers, Pully

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Skyguide besorgt im Auftrag des Bundes die zivile und militärische Flugsicherung in der Schweiz und in angrenzenden Gebieten. Die Coronavirus-Pandemie brachte den internationalen Flugverkehr zwischenzeitlich praktisch zum Erliegen. Die Auswirkungen der Pandemie auf Skyguide sind weitreichend und führten zu einem historisch schlechten Geschäftsergebnis. Trotzdem ist der Bundesrat der Ansicht, dass Skyguide die strategischen Ziele des Bundesrates im Jahr 2020 *insgesamt erreicht*.

Skyguide hat im Berichtsjahr den hoheitlichen Auftrag erfüllt. Die Sicherheit des Luftverkehrs war jederzeit gewährleistet. Ab März 2020 gab es praktisch keine Verspätungen mehr. Der permanente Luftpolizeidienst während 24 Stunden konnte am 31. Dezember 2020 planmässig aufgenommen werden. Die Leistungsvereinbarung mit der Luftwaffe wurde erfüllt.

Als Folge der Pandemie hat Skyguide einen Verlust von über 160 Millionen Franken erzielt. Der Einbruch des Flugverkehrs führte zu einem starken Umsatzrückgang. Gleichzeitig konnte Skyguide die Kosten nicht im gleichen Umfang reduzieren. Im EU-Recht ist ein Ausgleichsmechanismus vorgesehen, gemäss dem ungeplante Abweichungen vom Verkehrsaufkommen in den Folgejahren von den Fluggesellschaften über Gebühren ausgeglichen werden. Diese Regelung gilt grundsätzlich auch für 2021. Die konkreten Anwendungsmodalitäten müssen jedoch erst noch bestimmt werden. Der Bund seinerseits ist gesetzlich verpflichtet Skyguide mit genügend Eigenkapital auszustatten. Zur Sicherung der Liquidität wurde das Eigenkapital im Berichtsjahr um 150 Millionen Franken erhöht. Gleichzeitig hat Skyguide Sparmassnahmen ergriffen. Gegenüber der Finanzplanung konnten die Kosten um 31 Millionen Franken reduziert werden. Die Sparmassnahmen lagen damit 8 Millionen Franken höher als vorgesehen.

Als Langzeitfolge der Coronavirus-Pandemie werden die Flugsicherungsgebühren in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Damit die zusätzliche finanzielle Belastung für die Fluggesellschaften und die Flugplätze tragbar bleibt, muss Skyguide ihre Anstrengungen zur Erhöhung der Kosteneffizienz weiter verstärken, ohne dabei die Sicherheit des Luftverkehrs zu gefährden. Da die Personalkosten rund 70 Prozent der Gesamtkosten des Unternehmens ausmachen, wird dies nicht ohne Beitrag der Mitarbeitenden möglich sein. Skyguide ist gefordert, gemeinsam mit den Sozialpartnern ausgewogene und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten.

Kennzahlen	**2020**	2019
Finanzen[1] und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**259,4**	458,1[2]
Nettoergebnis (Mio. CHF)	**-164,6**	-4,4
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**653,9**	677,5
Allg. + übrige Reserve (Mio. CHF)	**175,5**	181,0
Eigenkapitalquote in %	**46,9**	47,4
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**1 364**	1 368
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
Anzahl kontrollierte Flüge (Mio.)	**0,532**	1,305
Pünktlichkeit (% der Flüge)	**99,0**	96,7
Ø Verspätung pro Flug[3] (Sek.)		
Überflug	**2,1**	6,8
Anflug Zürich	**0,7**	8,9
Anflug Genf	**2,8**	4,7
Militärische Flugbewegungen	**91°803**	94°519
Ø Streckenfluggebühr (EUR)	**92,7**	95,6
Technischer Deckungsgrad PK in %	**107,1**[4]	105,4
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)[5]	**27,8**	44,3
Gebühren (Mio. CHF)[6]	**229,3**	410,8

[1] Gemäss konsolidiertem Abschluss

[2] Die Differenz zu den Angaben im Kurzbericht über die Erreichung der strategischen Ziele 2019 sind auf die Änderung der Buchungspraxis bei den Guthaben/Verbindlichkeiten aus der Anwendung des Risikoteilungsmechanismus zurückzuführen.

[3] Von Skyguide verursachte Verzögerung pro Überflug/Flughafenbewegung

[4] Provisorischer Wert

[5] Für nicht kostendeckende Leistungen in ausländischen Lufträumen und gebührenbefreite Flüge, gemäss Bundesrechnung.

[6] Flugsicherungsgebühren, einschliesslich Entschädigung der Luftwaffe

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Skyguide erfüllte im Berichtsjahr ihren hoheitlichen Auftrag.

* Strategische Ziele: www.uvek.admin.ch > Das UVEK > Bundesnahe Betriebe > Zielvorgaben und Zielerreichung

Überdurchschnittlicher Sicherheitsstandard im europäischen Quervergleich; hoch entwickelte Sicherheitskultur

Die Sicherheit des Luftverkehrs war jederzeit gewährleistet. Aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens ist die Anzahl Verletzungen der Sicherheitsabstände weiter zurückgegangen. Nach den Kriterien der EASA erreichte die Sicherheitskultur von Skyguide einen im internationalen Vergleich hohen Reifegrad.

Beitrag zu einem sicheren, pünktlichen Luftverkehr; Wirtschaftlichkeitsziele jedoch aufgrund der Auswirkungen der Pandemie verfehlt

Ab März 2020 entstanden aufgrund des deutlich geringeren Verkehrsaufkommens praktisch keine Verspätungen mehr. Die Kosten für die kritische Infrastruktur fallen unabhängig von der Auslastung an. Der Rückgang der Anzahl Flugbewegungen führte somit zu deutlich höheren durchschnittlichen Kosten pro Flug. Die durchschnittlichen Kosten für An- und Abflüge auf den Landesflughäfen stiegen von 335 Franken auf 890 Franken.

Termingerechte Einführung des 24-Stunden-Betriebes des Luftpolizeidienstes

Die von der Luftwaffe geforderte Einsatzbereitschaft wurde gewährleistet. Der permanente Luftpolizeidienst konnte termingerecht am 31. Dezember 2020 aufgenommen werden. Der permanente Luftpolizeidienst stellt für Skyguide eine Herausforderung dar. Vor dem Hintergrund der beschränkten Anzahl Ausbildungsplätze und der hohen Ausfallquote gilt es, die Effizienz der Einsatzplanung zu optimieren. So sollen Bereitschaftszeiten auch für nicht-operationelle Tätigkeiten wie Trainingsvorbereitung, Verfahrensanpassung und Ähnliches genutzt werden.

Vorausschauende Vorbereitung auf den absehbaren Strukturwandel, jedoch Fokus auf prioritäre Projekte

Skyguide wirkte an verschiedenen Projekten und Programmen der EU-Initiative «Single European Sky» mit, deren Ziel es war, die Effizienz des europäischen Flugsicherungssystems zu verbessern. Mit einem Fokus auf innovative technische und operative Lösungen – u.a. «Virtual Center Switzerland» (Vernetzung der Kontrollzentren Genf und Dübendorf) und «U-Space» (Registrierung und Kontrolle von Drohnen) rüstete sich Skyguide für den absehbaren Strukturwandel im Flugsicherungswesen. Gleichzeitig sind, mitunter als Folge der Pandemie, die zur Verfügung stehenden Ressourcen beschränkt. Dies bedingt eine klare Fokussierung auf Projekte, die geeignet sind einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Kosteneffizienz zu leisten.

2. Finanzielle Ziele

Ausgeglichenes Ergebnis, Steigerung der Effizienz, nachhaltige Gebührenpolitik

Skyguide ist gemäss Luftfahrtgesetz eine nicht gewinnorientierte Aktiengesellschaft. Der Bundesrat erwartet grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis. Als Folge der Pandemie lag der Flugverkehr im von Skyguide kontrollierten Luftraum zeitweise bis zu 95 Prozent unter dem Verkehrsvolumen des Vorjahrs. Entsprechend gingen auch die Erträge aus Flugsicherungsgebühren sehr stark zurück (-43%). Zwar wurde ein Sparprogramm eingeleitet, das auch in den kommenden Jahren weiterverfolgt werden soll (Vorgabe: kumuliert 90 – 100 Millionen bis 2024). Im Berichtsjahr konnten Einsparungen von 31 Millionen realisiert werden. Da Skyguide die Sicherheit der zivilen und militärischen Luftfahrt in der Schweiz garantieren und die Funktionsfähigkeit der Landesflughäfen sicherstellen muss, konnten die Kosten allerdings nicht im Ausmass des Verkehrsrückgangs reduziert werden. Daraus resultierte ein historisch negatives Nettoergebnis von rund -165 Millionen Franken.

Gemäss europäischer Regulierung besteht ein Risikoteilungsmechanismus zwischen Flugsicherungen und Fluggesellschaften. Umsatzverluste aufgrund von unerwarteten Rückgang des Flugverkehrs können von den Flugsicherungen den Fluggesellschaften über höhere Gebühren nachbelastet werden. Die Europäische Kommission sieht in Anwendung dieses Mechanismus vor, dass die Flugsicherungsorganisationen ab 2023 ihre Verluste infolge der Coronavirus-Pandemie über mehrere Jahre mittels höherer Gebühren teilweise den Fluggesellschaften überwälzen können. Die konkreten Anwendungsmodalitäten müssen jedoch noch bestimmt werden. Diese zukünftigen Erträge konnten noch nicht in der Erfolgsrechnung von Skyguide abgebildet werden. Hätte man diese zukünftigen Einnahmen aktiviert, hätte sich der betriebliche Verlust von Skyguide auf 15,1 Millionen Franken beschränkt.

Die Geschäftstätigkeiten ausserhalb des hoheitlichen Auftrags von Skyguide (z.B. Ausbildung ausländischer Fluglotsinnen und Fluglotsen) verbesserten sich leicht (CHF +1,8 Mio.; Vorjahr: -0,1 Mio.).

Infolge der Abnahme der Anzahl Flüge in den delegierten Lufträumen sanken die Abgeltungen des Bundes an Skyguide um 16 Millionen auf 28 Millionen Franken. Im Berichtsjahr wurde zudem zur finanziellen Stabilisierung von Skyguide das Eigenkapital um 150 Millionen Franken erhöht.

Erhöhung des Kostendeckungsgrades der An- und Abflugsicherungsdienste auf den Regionalflugplätzen

Skyguide hat ihr Kostensenkungsziel aufgrund der im Zusammenhang mit der Pandemie getroffenen Sparmassnahmen übertroffen.

Nettoverschuldung von weniger als 2x EBITDA

Die Nettoverschuldung betrug 68,3 Millionen Franken. Gegenüber 2019 hat die Nettoverschuldung um 19,9 Prozent zugenommen. Das Ziel, dass die Nettoverschuldung 2x EBITDA nicht übersteigt, konnte wegen des stark negativen Ergebnisses (EBITDA 2020 -96,4 Mio.; Vorjahr 65,8 Mio.) naturgemäss nicht erreicht werden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik; zukunftsgerichtete Weiterentwicklung mit Sozialpartnern; zeitgemässe Grundbildung, nachhaltige Aus- und Weiterbildung

Skyguide ist eine verantwortungsbewusste Arbeitgeberin mit einer modernen Personalpolitik. Skyguide pflegt im Rahmen der Bewältigung der Folgen der Pandemie einen engen Austausch mit den Personalvertretern und den Sozialpartnern. Die Umsetzung der von der Geschäftsleitung ergriffenen Sparmassnahmen wurden mit den Sozialpartnern besprochen. Ebenso wurden Gespräche über die Erhöhung des Rentenalters aufgenommen. Die anerkannten Sozialpartner von Skyguide umfassten fünf Personalverbände bzw. Gewerkschaften. Die vier Verbände der Fluglotsen haben im Berichtsjahr entschieden, sich zu einem Verband, HelvetiCA, zusammenzuschliessen. Der konstruktive Dialog ist wichtig. Die anstehenden Herausforderungen lassen sich aus Sicht des Bundesrats nur gemeinsam und im Dialog lösen.

Die Ausbildung hat im Unternehmen einen hohen Stellenwert. Jede Person (ohne Lernende) wendete im Durchschnitt 8,8 Arbeitsstunden für Weiterbildung auf. Das Unternehmen bildete insgesamt 14 Lernende in technischen und kaufmännischen Berufen aus. Um den zukünftigen Bedarf an zivilen und militärischen Fluglotsinnen und Fluglotsen zu decken wurden 2020 insgesamt 97 Personen ausgebildet. Im Berichtsjahr blieb der Personalbestand bei 1'364 Vollzeitäquivalenten (Vorjahr 1'368 VZÄ) konstant. Die Fluktuationsrate hat weiter abgenommen und liegt im Berichtsjahr bei 2,1 Prozent (Vorjahr 4,0 Prozent).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Kooperationen sind zulässig nach Luftfahrtgesetz, unterstützen den gesetzlichen Auftrag/weisen eine unternehmerische Logik auf, tragen zur Erreichung der strategischen Ziele bei, können führungsmässig eng betreut werden und tragen dem Risikoaspekt genügend Rechnung

Im Berichtsjahr ging Skyguide keine neuen Kooperationen mit in- und ausländischen Partnern ein.

Die internationale (Forschungs- und Entwicklungs-) Zusammenarbeit im Rahmen von SES, SESAR und FABEC wurde fortgeführt.

Alle Beteiligungen und Kooperationen von Skyguide standen im Einklang mit dem Luftfahrtrecht und mit den strategischen Zielen des Bundesrates.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle bestätigt, dass die Jahresrechnung 2020 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsinteressen der Eigenossenschaft gegenüber Skyguide werden gemeinsam durch das UVEK und das VBS wahrgenommen.

Für die ordentliche Generalversammlung von Skyguide beantragt der Verwaltungsrat der Generalversammlung,

1. den Jahresbericht, die statutarische Jahresrechnung und die konsolidierte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2020 zu genehmigen;
2. das Bilanzergebnis wie folgt zu verwenden:
   - Zuweisung an die allgemeine Reserve: -
   - Zuweisung an die übrige Reserve: -
   - Auflösung der übrigen Reserven: -
   - Vortrag auf neue Rechnung: 164,377 Millionen Franken;
3. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen;
4. Aldo C. Schellenberg, als Ersatz für Bernhard Müller neu für drei Jahre in den Verwaltungsrat zu wählen; den Präsidenten, Walter T. Vogel und die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats (Doris Barnert, Anne Bobillier, Andreas Schmid, Cristina Feistmann, Dominik Hänggi) für drei Jahre wiederzuwählen;
5. die Firma PricewaterhouseCoopers AG (PwC) in Zürich, Niederlassung Pully, für die Dauer von einem Jahr in ihrem Amt als Revisionsstelle von Skyguide zu bestätigen;
6. folgende maximalen Obergrenzen für die Gesamtvergütungen im Geschäftsjahr 2022 zu genehmigen:
   a) 337‘000 Franken für die Mitglieder des Verwaltungsrates (ohne Vorsitz);
   b) 152‘000 Franken für den Präsidenten des Verwaltungsrates;
   c) 4‘285‘000 Franken für die Mitglieder der Geschäftsleitung.

   Diese Beträge schliessen erstmalig auch die Beiträge an die obligatorischen Sozialversicherungen ein.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 19. März 2021 das UVEK und das VBS, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung von Skyguide zuzustimmen.

Schweizerisches Nationalmuseum (SNM)

Internet: www.nationalmuseum.ch

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Museumsrat: Tim Guldimann (Präsident), Ladina Heimgartner (Vizepräsidentin, bis 31.12.2020), Sonia Abun-Nasr, Sandrine Giroud, André Holenstein, Marie-France Meylan Krause, Fulvio Pelli, Stefano Stoll

Direktor: Andreas Spillmann

Ext. Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Die Covid-19-Pandemie hat das Berichtsjahr 2020 des Schweizerischen Nationalmuseums stark geprägt. Die Museen waren über längere Zeit geschlossen und einige Ausstellungen mussten verschoben oder annulliert werden. Entsprechend konnte das SNM 11 der 13 Ziele des Bundesrats im 2020 erfüllen, unter den ursprünglichen Erwartungen blieben die Anzahl Leihnahmen und die Anzahl Veranstaltungen.

Dem SNM gelang es bis zu den temporären Museumsschliessungen Mitte März die Besuchendenzahl gegenüber dem Vorjahr um 23 Prozent zu steigern. Über das ganze Jahr gesehen resultierte jedoch ein Besucherrückgang von 48 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2020: 192 074; 2019: 369 873). Trotz diesen pandemiebedingten tieferen Eintrittszahlen gelang es dem SNM mit seinem Ausstellungsprogramm und digitalen Angeboten die Auseinandersetzung mit der vielfältigen Identität der Schweiz zu fördern. In Prangins wurde die Ausstellung «Liebe und Sexualität im 18. Jahrhundert» gezeigt, in Zürich ging die Ausstellung «Der erschöpfte Mann» der Kulturgeschichte des Mannes nach und die Ausstellung «Games» gab einen Überblick über die Geschichte der Videospiele. Schliesslich war in Schwyz die Ausstellung «Made in Witzerland» über den Schweizer Humor zu sehen.

Aufgrund der weltweiten Museumsschliessungen ging auch die Zahl der Ausleihen stark zurück (- 58 %) sowie die Erlöse aus Lieferungen und Leistungen (2020: 4,1 Mio.; 2019: 6,4 Mio.).

Das Berichtsjahr schloss mit einem Verlust von 0,2 Millionen Franken ab. Die pandemiebedingten Ertragseinbussen wurden durch Aufwandeinsparungen und eine Erbschaft aufgefangen.

Der Personalbestand ist im 2020 aufgrund von Nichtbesetzungen und geringerem Personalbedarf im Bereich Aufsicht und Besucherbetreuung leicht gesunken (2020: 190 FTE gegenüber 194 im 2019).

Schliesslich hat das SNM im Berichtsjahr die Gesamtsanierung in Zürich abgeschlossen.

Kennzahlen	**2020**	2019
nanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**58,7**	58,6
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	**-0,2**	-3,2
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**14,8**	14,7
Organisationskapitalquote in %	**32,9**	34,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**190**	194
Unternehmens-/Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Museumsbesuchende Zürich	**150 149**	302 304
Museumsbesuchende Prangins	**24 428**	40 607
Museumsbesuchende Schwyz	**17 497**	26 962
Anzahl Neuinventarisierungen	**10 360**	9 517
Anzahl Leihgaben	**478**	1 142
Erlöse aus Lieferungen und Leistungen (Mio. CHF)	**4,1**	6,4
Erhaltene Zuwendungen (Mio. CHF)	**2,4**	1,12
Techn. Deckungsgrad PUBLICA in %	**109,0**	107,4
Ökon. Deckungsgrad PUBLICA in %	**90,8**	90,6
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**31,7**	30,6
Beitrag an die Unterbringung (Mio. CHF)	**20,3**	20,3
Gebühren (Mio. CHF)	**-**	-

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Das Schweizerische Nationalmuseum (SNM) sorgt dafür, dass das Verständnis für die schweizerische Geschichte und die vielfältige kulturelle Identität der Schweiz vertieft und verbreitet wird. Hierzu pflegt das SNM eine einzigartige Sammlung schweizerischen Kulturgutes. Für das

* Strategische Ziele: https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/7973.pdf

SNM gilt es, mit qualitativ hochstehenden und originellen Museumsangeboten die heutige Schweiz verstehbar und fassbar zu machen. Die Herausforderung besteht darin, dieses Ziel für unterschiedliche Publikumssegmente zu erreichen.

Nach einem guten Jahresstart mit 23 Prozent Besuchenden mehr als im Rekordjahr 2019, verzeichneten die Museen des SNM nach der nationalen Schliessung der Museen Mitte März im Vergleich zum Vorjahr 62 Prozent weniger Besuchende. Über das ganze Jahr gesehen belief sich der Besucherrückgang auf 48 Prozent. Aufgrund der internationaleren sowie überregionalen Besucherstruktur fiel dieser im Landesmuseum Zürich mit 50 Prozent höher aus als im Château de Prangins oder im Forum Schweizer Geschichte Schwyz mit 40 bzw. 35 Prozent.

Ausstellungsprogramm mit breiter Themenpalette

Wegen der Covid-19-bedingten Museumsschliessungen kam es zu Programmänderungen, einige Ausstellungen mussten in die Folgejahre verschoben bzw. annulliert werden. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 7 durch das SNM erarbeitete Wechselausstellungen präsentiert.

Im Landesmuseum Zürich startete im Januar die Ausstellung «Games», welche die faszinierende Geschichte der Videospiele nachzeichnete. Im Frühling folgte «Nonnen. Starke Frauen im Mittelalter», die anhand von 15 Repräsentantinnen und wertvollen Exponaten zeigte, wie unterschiedlich die Lebensformen geistlicher Frauen im Mittelalter waren und welche Möglichkeiten ihnen offenstanden.

«Et plus si affinités… Liebe und Sexualität im 18. Jahrhundert», Mitte Mai im Château de Prangins eröffnet, thematisierte Liebe und Sexualität in einer Zeit, welche die alte Ordnung in Frage stellte und einen Sittenwandel mit sich brachte.

Im Juni wurde im Forum Schweizer Geschichte Schwyz «Made in Witzerland» eröffnet, die den Schweizer Humor erkundete und multimedial und facettenreich inszenierte.

Die Herbstausstellung im Landesmuseum Zürich «Der erschöpfte Mann» zeigte einen Streifzug durch die europäische Kulturgeschichte des Mannes. Zu sehen waren u. a. hochkarätige Leihgaben aus London, Wien und Paris.

Seit Oktober ergänzt die permanente Familienausstellung «Auf zur Reise!?» das Angebot im Château de Prangins: In einem interaktiven Rollenspiel mittels Audioguide – ein Novum in der Schweiz – begeben sich die jungen Besucher/innen mit zwischen dem 18. und 20 Jh. üblichen Transportmitteln auf spannende Entdeckungstouren.

Die Vermittlungsangebote zu den Ausstellungen wurden auch dieses Jahr genutzt. Angesichts der Pandemie-Situation erfolgte dies, dank der speziellen digitalen Angebote, auf mehreren Onlineplattformen.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 50 Veranstaltungen zur Begleitung des expositorischen Angebotes durchgeführt, was der Covid-19-Pandemie geschuldet ist.

Wissenschaftliche Arbeit an der Sammlung

Neben Konservierungsarbeiten und der stetigen Aufarbeitung einzelner Sammlungsbestände waren im Berichtsjahr folgende Themen Schwerpunkte:

- Das sich in der Sammlung des SNM befindliche Tapetenzimmer La Cibourg stammt aus einem Bauernhaus im Berner Jura. Aufgrund der dendrochronologischen Untersuchung eines Holzbalkens konnte das Erbauungsjahr um 1760 datiert werden.
- Der Abschlussbericht zu den Provenienzrecherchen zur möglichen Präsenz von Nazi-Raubkunst in den Sammlungen des SNM wurde zuhanden des Bundesamtes für Kultur im Februar 2020 abgegeben. Aufgrund der bis heute vorliegenden Quellen wurden drei Objekte als Raubkunst bzw. mit Verdacht auf Raubkunst identifiziert. Diese sind auf der Lost Art-Datenbank publiziert.

Leistungen für Dritte

Die Auftragslage von kantonalen und städtischen Fachstellen blieb stabil. Für die Kantone Aargau, Graubünden, Luzern, Schaffhausen, Schwyz, Tessin, Thurgau, Waadt und Zürich und verschiedene Schweizer Museen führte das SNM umfangreiche Aufträge aus, z.B. Materialanalysen an Wandmalereifragmenten der Fassade von Schloss Hauteville oder an Pigmentproben von Schloss Reichenau.

Covid-19-bedingt waren Einbussen bei den Erträgen aus gewerblichen Leistungen für Dritte aus der Verpachtung der Gastronomieinfrastruktur in Zürich und Prangins, Museumsshopverkäufen und Raumvermietungen zu verzeichnen.

Leihwesen

Im Vergleich zu 2019 erfolgten im Berichtsjahr aufgrund der weltweiten Museumsschliessungen mit 478 Objekten für 43 Ausstellungen deutlich weniger Ausleihen von Objekten aus der Sammlung des SNM (2019: 1142 bzw. 82), und mit 466 Leihnahmen wurde, was erneut dem Corona-Jahr geschuldet ist, auf weniger Exponate anderer Museen zurückgegriffen (2019: 714).

Sicherung eines repräsentativen Kulturerbes

Entsprechend dem aktualisierten Sammlungskonzept fanden im Berichtsjahr u.a. die folgenden Objekte Eingang in die 14 Sammlungsbestände des SNM:

- ein Exemplar aus der ersten Serie mechanischer Chiffriermaschinen, die «Crypto CX-52»;
- 24 aussergewöhnliche und ikonische Modelle von Christa de Carouge (1936-2018;

- ein vom Lausanner Architekten Alphonse Laverrière (1872-1954) entworfener Verkaufstisch mit Hocker aus der «Chemiserie Jacquet» in Genf von 1916;
- eine Griffwaffe, ein sogenannter Hirschfänger, aus dem berühmten Goldschmiedeatelier von Hans Peter Oeri (1637-1692)

Bauprojekte

Am 3. August 2020 fand die Gesamtsanierung und Erweiterung des Landesmuseums Zürich nach einer 20-jährigen Planungs- und Bauphase mit der Übergabe der letzten Bauetappe ihren Abschluss.

2. Finanzielle Ziele

Das SNM zeichnet sich in seiner Leistungserbringung durch wirtschaftliches Handeln aus. Dazu werden geeignete Kontroll- und Steuerungsprozesse eingesetzt.

Das vergangene Geschäftsjahr schloss mit einem Verlust von 0,2 Millionen Franken ab (2019: -3,2 Mio.). Bedingt durch die Folgen von Covid-19 musste das SNM unerwartete Ertragseinbussen hinnehmen, die dank Einsparungen und einer Erbschaft teilweise aufgefangen werden konnten.

Der Umsatz war mit 58,7 Millionen Franken rund 0,1 Millionen Franken höher als 2019. Der Beitrag des Bundes an das SNM stieg 2020auf 31,7 Millionen Franken (2019: 30,6 Mio.). Der Beitrag an die Unterbringung des SNM verblieb unverändert bei 20,3 Millionen Franken. Die Erlöse aus Lieferungen und Leistungen sanken von 6,4 Millionen Franken im 2019 auf 4,1 Millionen Franken aufgrund des Covid-19-bedingten tieferen Besucheraufkommens. Die Zuwendungen stiegen durch die genannte Erbschaft von 1,1 Millionen im Vorjahr auf 2,4 Millionen im Jahr 2020 an.

Der Betriebsaufwand sank gegenüber 2019 um 4,1 Millionen Franken auf 57,5 Millionen Franken, zum einen aufgrund ausserordentlicher Ausgaben im Vorjahr für die Erneuerung von Dauerausstellungen, zum anderen infolge Covid-19-bedingter Aufwandkürzungen. Das SNM als dezentrale Einheit des Bundes hatte kein Anrecht auf Kurzarbeits- oder sonstige Ausfallentschädigungen, dennoch konnte der Personalaufwand durch die Nichtbesetzung offener Stellen sowie durch den Abbau von Ferien- und Überzeitrückstellungen um 0,4 Millionen Franken auf neu 23,8 Millionen reduziert werden und der Sachaufwand um 3,8 Millionen auf 13 Millionen.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber 2019 um 0,1 Millionen erhöht und lag im Berichtsjahr bei 14,8 Millionen Franken.

Das Fondskapital erhöhte sich um die erwähnte Zuwendung um 1,3 Millionen auf neu 5,8 Millionen. Das gebundene Organisationskapital sank um 0,2 Millionen auf 4,1 Millionen. Das freie Kapital verblieb bei 0,8 Millionen.

Die Organisationskapitalquote zum Jahresende beträgt 32,9 Prozent (Vorjahr 34,5 %).

Das SNM verfügt über einen angemessenen Risikomanagementprozess und dem Bundesrat wurden für 2020 zwei neue Risiken gemeldet.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das SNM verfolgt eine verantwortungsbewusste, transparente und verlässliche Personalpolitik, die sich von der Personalstrategie des Bundes ableitet.

Die Fachkompetenzen werden durch individuelle Weiterbildung gefördert. Grosses Gewicht wird zudem auf transparente und zeitnahe Information gelegt. Jährlich findet ein Austausch mit den Sozialpartnern und dem Personalausschuss des SNM statt.

In Zusammenhang mit den temporären Museumsschliessungen infolge Covid-19 hat das SNM die Lohnfortzahlung auch für Mitarbeitende mit Arbeitsverträgen auf Abruf im Durchschnitt der vergangenen Monate beschlossen.

Der Personalbestand betrug per Ende 2020 190 FTE (2019: 194), verteilt auf 331 Mitarbeitende (2019: 337). Der leicht gesunkene Personalbestand ergab sich aus teilweise nicht wiederbesetzten Stellen und geringerem Personalbedarf im Bereich Aufsicht und Besucherbetreuung. Im SNM arbeiteten in diesem Zeitpunkt 32,9 Prozent Männer (2019: 34,4 %) und 67,1 Prozent Frauen (2019: 65,6 %). Bei den 43 Mitarbeitenden mit Führungsverantwortung betrug der Anteil Frauen 53,5 Prozent (2019: 48,8 %). Die Fluktuationsrate lag im Berichtsjahr bei 10,6 Prozent (2019: 16,0 %). Ohne Fachreferent/innen und Mitarbeitende im Stundenlohn, welche vor oder während eines Studiums im Nebenerwerb im SNM tätig waren, betrug diese 4,5 Prozent (2019: 9,5 %).

Die Verteilung der Muttersprachen ergab per Ende 2020 einen Anteil von 70,4 Prozent mit deutscher (2019: 70,9 %), 10,0 Prozent mit französischer (2019: 9,8 %), 7,2 Prozent mit italienischer (2019: 6,5 %) und 0,3 Prozent mit rätoromanischer Muttersprache (wie im Vorjahr). 12,1 Prozent der Mitarbeitenden haben eine andere Muttersprache als eine der Landessprachen angegeben (2019: 12,5 %). Es werden 41 Mitarbeitende mit einer ausländischen Nationalität beschäftigt (2019: 44 Mitarbeitende). Alle offenen Stellen wurden auf dem inländischen Arbeitsmarkt ausgeschrieben, neu eingestellte Mitarbeitende hatten ihren Wohnsitz in der Schweiz.

2020 waren zwölf Praktikant/innen während oder direkt nach einem Fachhochschul- oder Hochschulstudium im SNM tätig (2019: 19 Praktikant/innen). Zudem waren sechs Lernende beschäftigt (2019: 6 Lernende).

Die Integration von Menschen mit Behinderungen bleibt ein wichtiges Anliegen: Es sind sieben Mitarbeitende mit einer Behinderung beschäftigt. Ausserdem nahmen drei

Personen an einer Arbeitsintegrationsmassnahme teil (2019: 12 Personen).

Die erneute Überprüfung der Löhne mit dem Lohngleichheitsinstrument «Logib» hat ergeben, dass die Lohngleichheit gewährleistet ist. Die Abweichung zu Ungunsten der Frauen beträgt 0,2 Prozent (2017: 0,3 % zu Ungunsten der Männer).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Neue Forschungskooperation konnten gestartet werden. Die Nachfrage seitens Ausbildungsinstitutionen blieb konstant hoch, viele Termine mussten aber Covid-19-bedingt verschoben oder abgesagt werden.

Im Rahmen des vom europäischen Netzwerk Marie Skłodowska-Curie Innovative Training Networks finanzierten Projektes CHANGE (Methodologies for the assessment of changes in Cultural Heritage objects) setzte die Konservierungsforschung das Teilprojekt zur Glaskorrosion fort.

Das vom SNM angestossene und von der Stiftung Willy G. S. Hirzel finanziell unterstützte Projekt OSCAR (Online Swiss Coin Archive) wurde in Kooperation mit mehreren Schweizer Museen begonnen, mit dem Ziel, ein Onlineportal für Schweizer Münzen vom 6. Jh. n. Chr. bis heute zu schaffen.

Die mit der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis) gestartete Kooperation beinhaltet die Kontextualisierung der im Archiv der Actualités Suisses Lausanne (ASL) im SNM recherchierten Fotografien zur schweizerischen Aussenpolitik anhand des amtlichen Quellenmaterials. Die Dokumente zum Jahr 1990 sind jetzt online frei zugänglich (Open Access).

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit Ausbildungsinstitutionen absolvierten acht Studierende der Fachrichtung Konservierung und vier Studierende von verschiedenen Universitäten im Bereich Ausstellungsarbeit mehrwöchige Praktika. Zudem wurden drei Masterarbeiten betreut.

Wegen Covid-19 konnten 2020 nur vereinzelte Ausbildungsmodule in den Bereichen Kulturgütererhaltung, Materialanalytik, Museologie und Sammlungsarbeit stattfinden, so für die Akademie der Künste Stuttgart, die Fachhochschule Graubünden, die Universitäten Bern, Neuchâtel und Zürich sowie das Schweizerische Institut für Kunstwissenschaft.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle KPMG AG hat die Jahresrechnung 2020 bestehend aus Bilanz, Betriebsrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals, Geldflussrechnung und Anhang geprüft und beurteilt, dass diese im Einklang mit dem Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER und dem schweizerischen Gesetz erstellt wurde. Die KPMG AG erachtet die Jahresrechnung als ordnungsgemäss und empfiehlt, diese zu genehmigen, und bestätigt zudem, dass ein gemäss den Vorgaben des Museumsrates ausgestaltetes IKS für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Museumsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2020 mit dem eigenständigen Anhang zur Jahresrechnung zu genehmigen, den Bericht des Museumsrats über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2020 und den Bericht der Revisionsstelle KPMG AG zur Kenntnis zu nehmen sowie den Museumsrat für das Geschäftsjahr 2020 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 31. März 2021 den Geschäftsbericht 2020 mit dem eigenständigen Anhang zur Jahresrechnung genehmigt, den Bericht des Museumsrats über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2020 und den Bericht der Revisionsstelle KPMG AG zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Museumsrates für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 18. November 2020 hat der Bundesrat die Strategischen Ziele an das Schweizerische Nationalmuseum 2021-2024 verabschiedet.

Nach der Rücktrittserklärung von Direktor Andreas Spillmann per Ende März 2021 und dem darauffolgenden umfangreichen Bewerbungsverfahren ernannte der Museumsrat am 17. November 2020 Frau Denise Tonella zur neuen Direktorin den SNM. Am 11. Dezember 2020 erfolgte die Genehmigung der Ernennung durch den Bundesrat.

Die Vizepräsidentin des Museumsrates Ladina Heimgartner hat ihren Rücktritt aus dem Museumsrat per Ende 2020 bekannt gegeben.

Der Museumsrat führte im Berichtsjahr eine Selbstevaluation durch und nahm eine Aktualisierung der Meldungen zum Stand der Interessenbindungen vor. Die Meldungen sind öffentlich einsehbar unter https://www.fedlex.admin.ch/.

Pro Helvetia

Internet: www.prohelvetia.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: öffentlich-rechtliche Stiftung

Stiftungsrat: Charles Beer (Präsident), Susanna Fanzun, Hannes Gassert, Gianfranco Helbling, Françoise König Gerny, Esra Küçük, Sarah Lombardi, Elodie Pong, Karl Schwaar

Direktion: Philippe Bischof

Ext. Revisionsstelle: OBT AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Das Jahr 2020 stand ganz im Zeichen der Covid-19-Pandemie, die den Kulturbereich und damit auch die Stiftung Pro Helvetia vor grosse Herausforderungen gestellt hat. Dennoch wurden die vom Bundesrat gesetzten strategischen Ziele von Pro Helvetia umgesetzt und damit ein Beitrag zur Förderung von Schweizer Kunst und Kultur im Inland wie im Ausland geleistet.

Mit 1630 unterstützten Kunst- und Kulturvorhaben in der Schweiz hat Pro Helvetia die Zahlen der Vorjahre erreicht (2019: 1611; 2018: 1644). Bei den von der Stiftung unterstützten Projekten von Schweizer Kunst- und Kulturereignissen in 104 Ländern sind aufgrund der Covid-19-Pandemie die Zahlen dieses Jahr markant tiefer (2020: 2461; 2019: 4576). Pro Helvetia hat mit zusätzlichen Ausschreibungen (z.B. «Close Distance») flexibel auf die aussergewöhnliche Situation reagiert. So wurden beispielsweise spartenübergreifend neue Formate der Produktion und Verbreitung von künstlerischen Werken trotz eingeschränkter Bewegungs- und Versammlungsfreiheit finanziell unterstützt.

Die finanziellen Ziele der Pro Helvetia wurden erreicht. Ebenso konnten die personal- und vorsorgepolitischen Ziele eingehalten werden. Im Berichtsjahr wurden ausserdem die neue Geschäftsordnung sowie die neuen Beitragsverordnungen in Kraft gesetzt.

Die Administrationskosten sind mit 13,4 Prozent (2019: 12,8 %) gestiegen, blieben aber unter der strategischen Vorgabe des Bundesrates von 15 Prozent. Der Bundesrat erwartet für die neue Strategieperiode, dass die Administrationskosten Ende 2024 bei 13,0 Prozent liegen.

Schliesslich anerkennt der Bundesrat, dass Pro Helvetia in diesem Krisenjahr eng mit dem Bundesamt für Kultur (BAK) an den Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen von Covid-19 im Kultursektor mitgearbeitet hat.

Kennzahlen	2020	2019
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**43**	41
Reingewinn (Mio. CHF)	**0**	0
Freies Kapital (CHF)	**411**	592
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**28**	22
Eigenkapitalquote in %	**17,1**	24,8
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**79,2**	78,9
Stiftungsspezifische Kennzahlen		
Bearbeitete Gesuche	**5798**	5348
Zustimmungsquote in %	**38,9**	48,4
Administrativkosten nach ZEWO	**13,4**	12,8
Anteil Mittel Auslandaustausch in %	**56,8**	58,8
Beitrag pro Projekt (Ø in CHF)	**14 800**	11 900
Technischer Deckungsgrad PUBLICA[1)]	**105,0**	104,1
Ökonom. Deckungsgrad PUBLICA[1)]	**87,0**	86,1
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**43**	41
Gebühren (Mio. CHF)	**0**	0

[1)] Der technische und der ökonomische Deckungsgrad für das Jahr 2020 sind zum Zeitpunkt des Bundesbeschlusses über die Kurzberichterstattung noch nicht verfügbar, für den technischen Deckungsgrad liegt eine Schätzung vor. Die aktuellen Zahlen können nach der Publikation dem Geschäftsbericht 2020 der PUBLICA entnommen werden.

A. Zielerreichung 2020*

Covid-19

Der Kulturbereich war 2020 von der Covid-19-Pandemie schwer betroffen, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Tätigkeit von Pro Helvetia. Während viele Fördermassnahmen regulär durchgeführt werden konnten, mussten bei anderen zur Erfüllung des Förderauftrages im Rahmen der Kulturbotschaft und des Kulturförderungsgesetzes gezielte

* Strategische Ziele: https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2015/9309.pdf

Anpassungen vorgenommen werden. So lancierte die Stiftung die Ausschreibung «Close Distance» und spartenspezifische Calls als Reaktion auf die ungewöhnliche Situation. Ebenfalls zu den Massnahmen gehörte die Umsetzung von analog geplanten Projekten in digitaler Form.

1. Strategische Schwerpunkte

Pro Helvetia unterstützt und verbreitet Schweizer Kunst und Kultur. Sie fördert den kulturellen Austausch zwischen den Landesteilen sowie mit anderen Ländern und öffnet Türen zu neuen Weltgegenden und Märkten für Schweizer Kunstschaffende. Sie stärkt die kulturelle Teilhabe und setzt mit ihren Initiativen kulturelle Impulse, 2016-2020 insbesondere mit ihrem strategischen Schwerpunkt «Kultur und Wirtschaft».

Künstlerisches Schaffen in der Schweiz

Pro Helvetia unterstützte 2020 das künstlerische Schaffen in der Schweiz mittels Werk- und Produktionsbeiträgen in allen durch die Stiftung betreuten Sparten. Erstmals wurden Werkbeiträge im Bereich Comic vergeben. Aufgrund der durch die Covid-19-Pandemie eingeschränkten Auftrittsmöglichkeiten nahm die Vergabe von Werkbeiträgen in mehreren Sparten deutlich zu. Ergänzend wurden spartenspezifische Sondermassnahmen umgesetzt, wie beispielsweise die Ausschreibung «re|sound», mit der 27 Schweizer Veranstalter dabei unterstützt wurden, nach dem Lockdown Programme durchzuführen und somit Musikschaffenden neue Auftrittsmöglichkeiten zu verschaffen. Mit der Nachwuchsförderung werden spezifische Angebote wie Coachings, Mentorings, Workshops, Residenzprogramme sowie Vernetzungs- und Promotionsaktivitäten geleistet. Nebst etablierten Nachwuchsplattformen wurden 2020 etwa ein einjähriges Bildungsformat für Musikerinnen des Vereins «Helvetiarockt» sowie erstmals ein Förderprogramm im Bereich Dramaturgie im Tessin unterstützt.

Koordinierte Förderung von Design und interaktiven digitalen Medien («Kultur & Wirtschaft»)

Im Rahmen des Schwerpunktes «Kultur & Wirtschaft» führte Pro Helvetia 2020 erneut je eine Ausschreibung für die Förderung von Projekten in den Disziplinen Design und Interaktive Medien (Games) durch. 19 Projekte im Bereich Design (2019: 30) und 12 Projekte (2019: 20) im Bereich Interaktive Medien wurden unterstützt. Die Präsentation und Promotion der unterstützten Projekte an Fachanlässen im In- und Ausland wurde durch die Pandemie stark erschwert, im Bereich der Interaktiven Medien konnten jedoch zahlreiche Messen und Konferenzen in digitaler Form abgehalten werden. Die Stiftung hat den Schwerpunkt «Kultur & Wirtschaft» Ende 2020 abgeschlossen, ab 2021 wird dieser Förderbereich in die reguläre Tätigkeit der Stiftung integriert.

Internationale Präsenz

Im Ausland trug die Stiftung dazu bei, soweit es die Pandemie zuliess, dass 2461 (2019: 4576) Schweizer Kunst- und Kulturereignisse in 104 (2019: 120) Ländern stattfinden konnten. Eine Schlüsselrolle bei der aktiven Verbreitung des Schweizer Kulturschaffens spielten die Aussenstellen, welche die Stiftung selbst führt (Johannesburg, Kairo, Moskau, New Delhi, Shanghai, Paris) oder deren Kulturprogramme sie mittels Leistungsvereinbarung mitfinanziert (New York, Rom, San Francisco).

2020 hat Pro Helvetia das 2017 zur Erschliessung der Region Südamerika lancierte Austauschprogramm «Coincidencia» abgeschlossen. In dessen Rahmen fanden über 250 Tourneen, Ausstellungen, Konzerte, Rechercheprogramme und Residenzen statt. Ab 2021 wird Pro Helvetia die Arbeit in Südamerika mit einer Aussenstelle fortführen.

Um die Sichtbarkeit und Verbreitung des Schweizer Kunstschaffens insbesondere in Europa weiter zu steigern, hat die Stiftung flexible Promotionsmodelle in europäischen Kulturmetropolen mit einem Schwerpunkt in Grossbritannien weitergeführt. Pandemiebedingt wurde ein Grossteil der geplanten Aktivitäten in digitale Formate transformiert, so etwa Vernetzungsmassnahmen im Rahmen der ausgefallenen «Swiss Selection Edinburgh».

Ein besonderes Augenmerk richtete Pro Helvetia in der aktuellen Finanzierungsperiode auf Massnahmen, welche die Präsenz von Schweizer Kunstschaffenden an grossen internationalen Anlässen wie Festivals und Messen stärken. Durchgeführt werden konnten Anfang Jahr Schwerpunktpräsenzen am Jugendtheaterfestival Momix in Kingersheim (F) und am Dhaka Art Summit. Ab März 2020 mussten aufgrund der Covid-19-Pandemie viele Veranstaltungen abgesagt, verschoben oder in digitaler Form durchgeführt werden. Auf 2021 verschoben wurden auch wichtige Veranstaltungen mit geplanter Schweizer Präsenz, so das Festival «Impulstanz» in Wien, das Theaterfestival von Avignon mit der Plattform «Sélection suisse» und die Architekturbiennale Venedig mit dem Schweizer Pavillon.

Gesellschaftliche Kohäsion

Ein wirkungsvolles Instrument zur Förderung der gesellschaftlichen Kohäsion und des kulturellen Austausches zwischen den verschiedenen Sprachregionen stellten erneut die Projektbeiträge (z.B. für Konzertreihen, Ausstellungen, Tourneen, Übersetzungen, Lesereisen) dar. Einen wesentlichen Beitrag leistete die Stiftung auch durch die mehrjährige Vereinbarung mit der Interessensgemeinschaft Volkskultur (IGV) für den «VolksKulturFonds Pro Helvetia». Zur Kohäsion im Inland trägt die Stiftung seit 2016 durch eine verstärkte Unterstützung von Festivals und Veranstaltungen aller Sparten in peripheren Regionen bei, welche überregionales Schweizer Kulturschaffen präsentieren und in ihrem Kontext eine Referenzfunktion haben. Trotz den geltenden Einschränkungen wurden 2020 insgesamt 22

(2019: 29) Veranstaltungen aus allen Sparten gefördert, davon fanden rund 80 Prozent ausserhalb der städtischen Zentren statt.

Der Schwerpunkt «Interkulturelle Gesellschaft» (2017-2020) widmete sich den Herausforderungen und Potenzialen, welche die interkulturelle Gesellschaft für den Kultursektor mit sich bringt. Mit spezifischen Massnahmen wurde dabei die Unterstützung von Prozessen der interkulturellen Öffnung ermöglicht. 2020 führte Pro Helvetia zum zweiten Mal die Ausschreibung «Tandem Interkultur» durch, sieben Projekte konnten gefördert werden (2019: 7 Projekte).

Wie schon im Vorjahr hat Pro Helvetia 2020 die Übersetzungs- und Übersetzerförderung weiter konsolidiert und intensiviert. Nebst der Förderung konkreter Übersetzungsvorhaben wurden in Zusammenarbeit mit renommierten Partnern Qualifikations- und Vernetzungsangebote und Workshops für Schweizer Übersetzer/innen durchgeführt. Die zur Stimulierung von internationalen Übersetzungen und Lizenzverkäufen geplanten Besuchsprogramme und Einladungen von internationalen Verlagsakteuren an Literaturanlässe mussten wegen der Covid-19-Pandemie weitgehend abgesagt werden.

Kulturelle Teilhabe

Pro Helvetia fördert die Kulturvermittlung, indem sie Projekte unterstützt, welche dem Publikum künstlerische Werke und Darbietungen näherbringen. Durch die Förderung von Vermittlungsprojekten ausserhalb der traditionellen Kulturinstitutionen leistet Pro Helvetia einen Beitrag an den Abbau von Zugangsbarrieren. 2020 wurde z.B. das Projekt «TheaterBrut» unterstützt, welches zum Ziel hat, eine aus Kindern bestehende Expertengruppe und damit ein neues, junges Publikum aufzubauen.

Risikomanagement

Pro Helvetia aktualisierte im Berichtsjahr ihr internes Kontrollsystem IKS sowie das Risikomanagement (u.a. Vertragswesen, Beschaffungswesen). Die 2015 definierten Risiken behalten weiterhin ihre Gültigkeit und werden stetig überwacht. Die Eintrittswahrscheinlichkeit der Kernrisiken wird insgesamt als sehr gering eingeschätzt.

Evaluationen

2020 wurden die Leistungsvereinbarung mit Reso – Tanznetzwerk Schweiz und der Kleinkunstfonds von Pro Helvetia evaluiert. Aufgrund der Resultate der Evaluationen wurde beschlossen, Reso für weitere vier Jahre im Rahmen einer angepassten Leistungsvereinbarung zu unterstützen. Die Kleinkunstförderung hingegen wird ab 2021 in die Abteilung Darstellende Künste integriert.

Strategische Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Durch ihre vielseitige Unterstützung des künstlerischen Schaffens und des künstlerischen Nachwuchses sowie durch ihre Förderaktivitäten im Rahmen von «Kultur und Wirtschaft» leistete die Stiftung einen massgeblichen Beitrag zur Zielerreichung der in der Kulturbotschaft 2016-2020 definierten Handlungsachse «Kreation und Innovation». Zur Zielerreichung dieser Handlungsachse trug sie überdies mit der Förderung digitaler Formen der internationalen Präsenz von Kunst und Kultur aus der Schweiz bei. Einen wesentlichen Beitrag an die Zielerreichung der Handlungsachsen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kulturelle Teilhabe» leistete Pro Helvetia wie beschrieben durch ihre gesamte Fördertätigkeit. Dank der gezielten Anpassung der Fördermassnahmen konnte Pro Helvetia 2020 ihren Auftrag trotz der Covid-19-Pandemie wahrnehmen.

2. Finanzielle Ziele

Instrumente, Kontroll- und Steuerungsprozesse

Die Organisationsstruktur von Pro Helvetia ist auf effiziente und sorgfältige Entscheidungen über Finanzierungsgesuche ausgelegt und entsprechend schlank gehalten. Mit geeigneten Kontroll- und Steuerungsprozessen sowie dem internen Kontrollsystem IKS kann ein allfälliges operatives Schadensrisiko frühzeitig erkannt und abgewendet werden. Für das strategische Reporting gegenüber dem Eigner setzt die Stiftung die Indikatoren zur Bemessung der Erreichung der strategischen Ziele des Bundesrates für die Periode 2016-2020 ein. Pro Helvetia hat diese Ziele über die ganze Periode erreicht und schliesst diese insgesamt erfolgreich ab. Als Folge der von der EFK 2018 formulierten Empfehlung bezüglich Indikatoren und Evaluationen wurde ein neues Konzept entwickelt. Dieses bildet die Grundlage für die neuen Indikatoren der Strategischen Ziele des Bundesrates für die Stiftung Pro Helvetia 2021-2024.

Administrationskosten

Die Berechnung der gesamten Administrationskosten erfolgt gemäss dem anerkannten ZEWO-Standard, ihr Anteil ist mit 13,4 Prozent (2019: 12,8 %) unter der strategischen Vorgabe des Bundes von 15 Prozent für die Periode 2016-2020 geblieben. Die Zunahme der Gesuchszahl (+450 bzw. +8,4%) ist unter anderem auf die zusätzlichen Ausschreibungen im Zusammenhang mit Covid-19 zurückzuführen (2020: 5798; 2019: 5348).

Ergebnis der Jahresrechnung 2020

Die Jahresrechnung erfolgt in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung Swiss GAAP FER (insbesondere FER 21). Den geplanten geringfügigen operativen Verlust weist Pro Helvetia als Non-Profit-Organisation nach FER 21 dem Freien Kapital zu. Über die Dauer der Kulturbotschaft 2016-2020 kann somit ein ausgeglichenes Ergebnis präsentiert werden. Die statuarische Revision wird von der durch den Bundesrat für die Jahre 2020 bis 2022 gewählten Treuhandunternehmung OBT AG, Zürich, durchgeführt. Seit 2017 erfolgt die ordentliche Revision nach Artikel 727 OR.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Personalpolitik, Arbeitsbedingungen, Personalentwicklung

Die Personalpolitik von Pro Helvetia gründet auf Respekt, Vertrauen und sozialer Verantwortung; sie setzt Engagement, Entwicklung und Leistungsbereitschaft ins Zentrum. Mit den Sozialpartnern und dem Personalausschuss wird ein konstruktiver Dialog gepflegt.

2020 wurde die Verordnung für das Personal überarbeitet und vom Bundesrat am 7. Oktober 2020 genehmigt. Dies schliesst die Implementierung des neuen Lohnsystems ab.

Pro Helvetia legt grossen Wert auf Weiterbildungs- und weitere Personalentwicklungsmassnahmen und hat das im Vorjahr entwickelte Weiterbildungskonzept angewendet. Die Stiftung bot sieben Praktikant/innen (2019: neun) die Gelegenheit, während sechs bis neun Monaten wertvolle Erfahrungen im Kulturbereich zu sammeln. Zudem bildet sie im Administrationsbereich je einen Lernenden in den Bereichen KV und IT aus (2019: einen KV-Lernenden).

Die überdurchschnittlich hohe Teilzeitrate von 72,6 % (2019: 70,4 %) und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, tragen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit bei. Diese flexiblen Arbeitsbedingungen erhöhen die Arbeitsplatzattraktivität insbesondere auch für Mitarbeitende aus anderen Sprachregionen des Landes.

Diversität der Mitarbeitenden

Eine breite Diversität ihrer Belegschaft hat für Pro Helvetia als nationale Stiftung einen hohen Stellenwert. 2020 wurden die Vorgaben des Bundes bezüglich Mehrsprachigkeit und Geschlechterverteilung erneut erreicht, auch in Führungspositionen. Auf Stufe Geschäftsleitung betrug der Anteil Frauen und Männer je 50 Prozent (1.1.2020-31.8.2020), resp. 60 Prozent Männer und 40 Prozent Frauen (1.9.2020-31.12.2020). In den weiteren Führungspositionen ist das Geschlechterverhältnis ebenfalls ausgeglichen (44,4% Frauen, 55,6% Männer), (2019: 47 % Frauen, 53 % Männer). 67,0 % (2019: 67 %) der Mitarbeitenden der Geschäftsstelle in Zürich sprechen muttersprachlich Deutsch, 16,6 Prozent (2019: 19,5 %) Französisch, 13,6 Prozent (2019: 12 %) Italienisch, 1,4 Prozent (2019: 1,5 %) Romanisch und 1,4 Prozent andere Sprachen.

Die Löhne der Mitarbeitenden wurden auch 2020 über LOGIB evaluiert. Aktuell verdienen Frauen bei Pro Helvetia bei gleicher Funktion 0,3 Prozent (2019: 0,5 %) mehr als Männer.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Kooperative, subsidiäre Förderpolitik

Im Inland tauschte sich Pro Helvetia 2020 mit dem BAK regelmässig über gemeinsame kulturpolitische Themen aus und arbeitete eng mit den verschiedenen Akteuren des Bundes zusammen. Die Zusammenarbeit wurde 2020 durch die Notwendigkeit der Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen von Covid-19 im Kultursektor und die Beratungen im Parlament zur Kulturbotschaft 2021-2024 intensiviert. Ebenso wirkte die Stiftung am «Nationalen Kulturdialog» mit, nahm Einsitz in die Arbeitsgruppen «Tanzförderung», «Kulturelle Teilhabe» und «Soziale Sicherheit der Kulturschaffenden», und war an den städtischen und kantonalen Kulturbeauftragtenkonferenzen präsent. Für die Entwicklung und Umsetzung ihrer Fördermassnahmen arbeitete die Stiftung regelmässig mit öffentlichen und privaten Kulturförderern, Berufsverbänden, Interessengemeinschaften, weiteren Bundesstellen sowie mit privaten Unternehmen zusammen.

Aktivitäten im Ausland

Im Ausland stimmte sich die Stiftung 2020 regelmässig mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) ab. Pro Helvetia pflegte den Kontakt mit Schweizer Vertretungen im Ausland, beriet sie in kulturellen Fragen, nutzte ihre Informationsplattformen und Netzwerke und bot ein Einführungsprogramm für den diplomatischen Nachwuchs des EDA. Die geplanten Kooperationen mit Präsenz Schweiz konnten aufgrund von Covid-19 nicht durchgeführt werden. In regelmässigem Austausch stand Pro Helvetia mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) im Rahmen ihres Mandats zur Umsetzung des Kulturprogramms für das südliche Afrika. Partnerschaften mit swissnex San Francisco sowie Switzerland Global Enterprise wurden auch 2020 weitergeführt. Pro Helvetia beteiligte sich an verschiedenen internationalen Netzwerken und Arbeitsgruppen im Zusammenhang mit Massnahmen zur Eindämmung der Folgen der Pandemie auf die Kulturszene.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Treuhandunternehmung OBT AG hat die Jahresrechnung 2020 der Pro Helvetia geprüft und mit Bericht vom 12.02.2021 für ordnungsgemäss befunden. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Stiftungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2020 mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2020 zu genehmigen, den Revisionsbericht der OBT AG zur Kenntnis zu nehmen und den Stiftungsrat für das Geschäftsjahr 2020 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 31.03.2021 den Geschäftsbericht der Stiftung Pro Helvetia mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2020 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Stiftungsrates der Pro Helvetia über die Erreichung der strategischen Ziele des Bundesrates 2020 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Stiftungsrates für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Swissmedic

Internet: www.swissmedic.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Lukas Bruhin (Präsident), Daniel Bettiicher, Lukas Engelberger, Olivier Guillod, Marie-Denise Schaller, Vincenza Trivigno, Giovan Maria Zanini

Direktor: Raimund Bruhin

Ext. Revisionsstelle: Ernst & Young AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Die Swissmedic ist im zweiten Jahr der Strategieperiode 2019 bis 2022 auf Kurs, die Massnahmen zur Erreichung der strategischen Ziele wurden trotz der zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie wie geplant umgesetzt. Das operative Geschäft wurde zuverlässig und effizient abgewickelt.

Die Swissmedic leistete auch im 2020 auf internationaler Ebene in zahlreichen Gremien einen Beitrag zur Entwicklung der Regulierungs- und Qualitätsstandards. Die gute Vernetzung und der Austausch mit anderen Partnerbehörden waren bei der Bewältigung der Corona-Pandemie ein wichtiger Faktor. Die Abstützung auf Begutachtungsergebnisse anderer Behörden und die arbeitsteilige Begutachtung im internationalen Verbund wurden intensiv genutzt.

In allen Bereichen wurde der Vorgabewert für die Fristeinhaltung von 95 Prozent erreicht oder übertroffen. Für die Zulassung von innovativen Arzneimitteln und Indikationserweiterungen konnten die Bearbeitungsfristen um rund 10 Prozent verkürzt werden.

Die Abstützung im Zulassungsverfahren auf Entscheide anderer Behörden wird vermehrt genutzt (+ 5 %). Zur Zielerreichung sollen die Anstrengungen in diesem Bereich weitergeführt werden.

Die Swissmedic schliesst das Berichtsjahr 2020 mit einem Gewinn von 28,9 Millionen Franken ab. Die Einnahmen von 121,2 Millionen Franken stammen zu 85 Prozent aus Aufsichtsabgaben und Verfahrensgebühren. Die im Heilmittelgesetz (HMG) vorgesehene Bildung von Reserven von maximal einem Jahresbudget schreitet schneller voran als geplant. Eine Revision der Aufsichtsabgabe-Verordnung zur Senkung des Abgabesatzes ist in Vorbereitung.

Positiv zu beurteilen ist der Frauenanteil von 57,9 Prozent (2019: 57,7 %) in der Belegschaft und 40,0 Prozent (2019: 41,1 %) in den Kaderfunktionen. Gesteigert werden konnte zudem der Anteil der französischsprachigen Mitarbeitenden (2020: 13,7 %, + 1,2 %-Punkte) und jener der italienisch-sprachigen Mitarbeitenden (2020: 6,8 %, + 1,6 %-Punkte).

Kennzahlen	**2020**	2019
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**121,2**	112,1
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	**28,9**	26,0
Reserven (Mio. CHF)	**50,5**	24,5
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**161,1**	132,7
Eigenkapitalquote in % [1]	**35,9**	29,3
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**382,1**	358,1
Institutsspezifische Kennzahlen		
Anzahl Gesuche Zulassung	**20'779**	17'924
Fristeinhaltung Zulassung (%)	**99**	99
Anzahl Bewilligungen	**3'811**	4'246
Anzahl Vigilanzmeldungen Arzneimittel	**19'810**	18'553
Anzahl publizierter Sicherheits-Meldungen Medizinprodukte	**605**	722
Anzahl eröffnete Verfahren Strafrecht	**41**	84
Techn. Deckungsgrad Publica in %	**111,7**	109,1
Ökonom. Deckungsgrad Publica in %	**93,3**	92,6
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**16,6**	14,2
Gebühren und Abgaben (Mio. CHF)	**104,1**	97,5

[1] Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk Swissmedic werden direkt im Eigenkapital erfasst.

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Ein substantieller Beitrag zur Entwicklung der internationalen Standards ist geleistet und relevante Standards sind umgesetzt.

Die Swissmedic hat sich im Berichtsjahr erneut aktiv an der Weiterentwicklung von globalen Standards beteiligt und dafür rund 2'100 Personentage investiert. Die Aktivi-

* Strategische Ziele: Strategische Ziele 2019-2022 des Schweizerischen Heilmittelinstituts (Swissmedic)

täten erfolgten im Rahmen von Organisationen und Gremien wie des International Council for Harmonisation (ICH), des Access Consortiums (Heilmittelbehörden von AU, CA, SG, UK, CH) oder der Competent Authorities for Medical Devices (CAMD). In allen internationalen Organisationen und Gremien stand die Bewältigung der Covid-19 Pandemie im Vordergrund. Im Verlaufe des Berichtsjahrs trat Swissmedic der International Regulatory Cooperation for Herbal Medicines (IRCH) bei.

Im Bereich der Medizinprodukte standen harmonisierte Vorgaben und die Erarbeitung von technischen Standards für die Implementierung der neuen EU-Regulierung im Fokus der Aktivitäten.

Abstützung auf Begutachtungsergebnisse anderer Behörden und arbeitsteilige Begutachtung sind intensiv genutzt.

Die Abstützung auf Entscheide anderer Behörden werden vermehrt genutzt. Gegenüber der Baseline von 2018 mit 123 Gesuchen wurden im Berichtsjahr 129 oder ca. 5 Prozent mehr Gesuche in Anwendung von Artikel 13 Heilmittelgesetz (HMG) gutgeheissen. Als Zielwert wurde eine Steigerung um 30 Prozent bis im Jahr 2022 definiert, weswegen die Anstrengungen in diesem Bereich weitergeführt werden sollen. Seit dem 1.1.2020können zudem auch Impfstoffe in Anwendung von Artikel 13 HMG zugelassen werden. Im Berichtsjahr wurde noch kein diesbezügliches Zulassungsgesuche eingereicht.

Nach den im 2019 in Kraft getretenen neuen Bestimmungen in Artikel 14 Absatz 1 (langjährige Zulassung im Ausland) wurden 12 Gesuche (Vorjahr: 1) gutgeheissen.

Zugenommen hat im Berichtsjahr ebenfalls die arbeitsteilige Begutachtung von neuen Gesuchen und deren Erweiterungen im Rahmen des Access Consortiums. Dank gemeinsamer Gesuchsbearbeitung konnte 2020 in der Schweiz als erstem Land in Europa das Grippemittel Xofluza® zugelassen werden.

Die amerikanische Arzneimittelbehörde FDA lud zudem im Berichtsjahr Swissmedic ein, am Projekt ORBIS teilzunehmen. Ziel dieser Initiative ist die raschere Verfügbarkeit von innovativen Krebstherapien für Patientinnen und Patienten.

Die Covid-19 Pandemie hat gezeigt, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit und der speditive Informationsaustausch mit Partnerbehörden ist. Die weltweit erste reguläre Zulassung eines Covid-19 Impfstoffes auf mRNA Basis am 19. Dezember 2020 durch Swissmedic wäre ohne die internationale Vernetzung nicht möglich gewesen.

Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist vertrauenswürdig und aktuell.

Swissmedic hat in der Öffentlichkeit aufgrund der Corona-Pandemie an Sichtbarkeit gewonnen und war mit einer hohen Anzahl Medien-, Bürger- und Fachanfragen (2020: 10’861, 2019: 8’773) konfrontiert.

Dabei gelang es, die Swissmedic als unabhängige und vertrauenswürdige Heilmittelbehörde zu positionieren. Die Anfragen konnten trotz Zunahme zu 96 Prozent innerhalb von 10 Tagen beantwortet werden.

Seit Mai 2020 kommuniziert die Swissmedic aktiv über die Social-Media-Kanäle Twitter, Facebook und LinkedIn. Ende Jahr verzeichnete die Swissmedic knapp 13’000 Follower auf ihren Kanälen.

Swissmedic lancierte im Berichtsjahr eine neue Publikation: Das Magazin «Visible» gewährt Einblicke in die Tätigkeiten und den Alltag von Swissmedic und wird zweimal jährlich veröffentlicht.

Neu auf der Webseite (www.swissmedic.ch) aufgeschaltet sind Erklärungsvideos zu den Impfstoffen, welche sich hoher Beliebtheit erfreuen. Insgesamt verzeichnete die Webseite im Berichtsjahr steigende Nutzerzahlen (2020: 798'272 Seitenaufrufe, 2019: 697'111 Seitenaufrufe).

Swissmedic intensiviert den Austausch mit nationalen Entscheidungsträgern im Gesundheitsbereich.

Um die Visibilität von Swissmedic bei parlamentarischen Gruppen und auf Stufe der Kantone zu erhöhen, verstärkte die Swissmedic im Berichtsjahr den Austausch mit Gesundheitspolitikerinnen und -politikern. Im Fokus standen die Mitglieder der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit, die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) bzw. deren Mitglieder sowie die Vereinigung der Kantonsärztinnen und -ärzte und Kantonsapothekerinnen und -apotheker. Unter anderem wurden die Personen persönlich angeschrieben, um deren Bedürfnisse und Fragen direkt abzuholen und gleichzeitig gezielt Informationen zu wichtigen Swissmedic-Anliegen vermitteln zu können.

Die Geschäftsprozesse der Kernbereiche sind digitalisiert.

Die Mitarbeitenden von Swissmedic arbeiteten bedingt durch die Corona-Pandemie seit Frühling 2020 wenn immer möglich im Homeoffice. Dies beschleunigte die Digitalisierung von Geschäftsprozessen.

Der Zulassungsprozess kann bereits seit einigen Jahren vollständig digital abgewickelt werden. Zurzeit laufen verschiedenen Projekte zur Digitalisierung von Prozessen im Bereich der klinischen Versuche und zur Umsetzung der neuen Regulierung im Bereich der Medizinprodukte. Basierend auf einer erfolgreichen Pilotanwendung mit Methoden der künstlichen Intelligenz zur Überwachung von klinischen Versuchen wurde im Berichtsjahr der Auftrag zur Realisierung und operativen Umsetzung der Anwendung erteilt. Zudem wurde ein Gefäss geschaffen, um die Methode für weitere Geschäftsfälle zu testen und nutzbar zu machen.

Abgeschlossen wurde im Berichtsjahr die Initialisierungsphase zur Erneuerung von SAP (Ablösung SAP ERP durch SAP S4/HANA).

Zeitkritische Prozesse sind beschleunigt.

Im Bereich der Zulassung konnte die Verfahrensdauer für die Bearbeitung von Gesuchen mit neuen aktiven Substanzen und solchen für Indikationserweiterungen wie geplant um durchschnittlich 10 Prozent reduziert werden. Dazu beigetragen haben u.a. die Massnahmen zur Optimierung der Labelling-Phase und die Teilnahme am Projekt ORBIS.

Für weitere zeitkritische Prozesse in den Bereichen Bewilligungen und Marktüberwachung wurden Massnahmen umgesetzt, welche ihre Wirkung aber erst in den Folgejahren voll entfalten werden.

Die Regulierungssysteme von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden gestärkt.

Die drei definierten Projekte der Entwicklungszusammenarbeit – Unterstützung der African Medicines Regulatory Harmonisation Initiative, Einbezug von afrikanischen Zulassungsbehörden in einen Begutachtungsprozess von Swissmedic zu Arzneimitteln für die Therapie von Krankheiten, die mehrheitlich Menschen im südlichen Afrika betreffen und Schulungsangebote für Regulierungsbehörden in Ländern mit tiefem und mittlerem Einkommen – wurden im Berichtsjahr weitergeführt.

Im 2020 erteilte die Swissmedic erstmals im sogenannten Marketing Authorization Procedure for Global Health Products (MAGHP)-Verfahren die Zulassung für ein neues Arzneimittel. Am Verfahren beteiligten sich Fachpersonen aus acht afrikanischen Zulassungsbehörden. Diese konnten sich an der Evaluation beteiligen, um eigene Kapazitäten und Vertrauen in das Verfahren aufzubauen. Als Nebeneffekt wird erwartet, dass die Fristen für die Zulassung durch die nationalen Behörden deutlich kürzer werden, womit wichtige Arzneimittel für Patientinnen und Patienten schneller verfügbar sind.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde das Regulatory Training statt vor Ort zweimal im Webinar-Format durchgeführt.

2. Finanzielle Ziele

Allgemeine finanzielle Ziele

Die Erfolgsrechnung 2020 schliesst mit einem Gewinn von 28,9 Millionen Franken (Vorjahr 26,0 Millionen) ab. Rund 85 Prozent des Ertrages von total 121,2 Millionen Franken stammen aus Verfahrensgebühren und Aufsichtsabgaben. Der Bundesbeitrag macht knapp 14 Prozent aus. Die Einnahmen aus Verfahrensgebühren und Aufsichtsabgaben haben gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Millionen Franken zugenommen. Der Betriebsaufwand von total 91,9 Millionen Franken hat gegenüber dem Vorjahr um ca. 7 Prozent zugenommen, blieb aber ca. 3 Prozent oder 3,1 Millionen Franken unter dem Budget. Das Eigenkapital, welches sich aus dem Gewinn/Verlust, den Reserven, dem Dotationskapital und den kumulierten versicherungsmathematischen Verlusten zusammensetzt, beträgt 57,8 Millionen Franken (Vorjahr 38,9 Millionen).

Die Reserven werden angemessen erhöht.

Die Swissmedic konnte die Reserven weiter erhöhen. Per Ende 2020 betragen sie ca. 50,5 Millionen Franken (Vorjahr ca. 24,5 Millionen). Dies entspricht rund 53 Prozent des Jahresbudgets 2020 (Vorjahr 27 Prozent).

Der Aufbau der Reserven schreitet schneller voran als geplant. Geplant war ein Aufbau der Reserven von 18 Millionen Franken per Ende der Strategieperiode 2022. Hauptgrund dafür sind die Einnahmen aus der Aufsichtsabgabe. Im Rahmen der Umsetzung des revidierten HMG wurde der Abgabesatz auf Basis der verfügbaren, d.h. der publizierten Umsätze zu Fabrikabgabepreisen festgelegt, er beträgt aktuell 8 Promille. Die von den Abgabepflichtigen gegenüber Swissmedic deklarierten Umsätze sind nun aber ca. 1 Milliarde Franken höher als die publizierten. Entsprechend fallen die Einnahmen aus der Aufsichtsabgabe deutlich höher aus. Eine Senkung des Abgabesatzes soll deshalb im 2021 eingeleitet werden. Dabei muss auch der Investitionsbedarf der nächsten Jahre für die Erneuerung der IT Infrastruktur und den Ausbau der Digitalisierung, z.B. mittels Einsatz von künstlicher Intelligenz, berücksichtigt werden, da diese Investitionen gemäss Vorgaben im HMG aus den Reserven zu finanzieren sind.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Allgemeine personal- und vorsorgepolitische Ziele.

Das Resultat der Personalbefragung, die im Berichtsjahr durchgeführt wurde, bestätigt, dass die Swissmedic eine attraktive Arbeitgeberin ist. Auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten erreichten die Themen Arbeitszufriedenheit (80 Punkte), Commitment (89 Punkte) und Attraktivität (87 Punkte) hohe positive Werte.

Die Fluktuationsrate (Kündigungen von Mitarbeitenden) betrug 4,3 Prozent (2019: 4,1 %). Von den neu zu besetzenden Führungspositionen wurde knapp die Hälfte mit Frauen besetzt. Der Frauenanteil in der Belegschaft betrug 57,9 Prozent (2019: 57,7 %) und in den Kaderfunktionen 40,0 Prozent (2019: 41,1 %). Der Anteil der französischsprachigen Mitarbeitenden hat gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozentpunkte zugenommen, jener der italienisch-sprachigen Mitarbeitenden um 1,6 Prozentpunkte. Der Anteil an deutschsprachigen Mitarbeitenden liegt erstmals unter 80 Prozent.

Die Überprüfung der Lohngleichheit durch eine externe Stelle ergab, dass die Löhne dem in der Bundesverfassung verankerten Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» entsprechen. Die kleine Lohndifferenz von 1,4 Prozent zu Ungunsten der Frauen liegt innerhalb der Toleranzschwelle von 5 Prozent.

Im Berichtsjahr gab es keine grundlegenden Anpassungen bei der Ausgestaltung der beruflichen Vorsorge. Das Vorsorgewerk Swissmedic weist per Ende 2020 einen Deckungsgrad von 111,7 Prozent auf (2019: 109,1 %).

Swissmedic verfügt jederzeit über die zur Auftragserfüllung erforderlichen Kompetenzen.

Für die Beurteilung der Wirksamkeit, Sicherheit und Qualität von neuen innovativen Arzneimitteln und Transplantatprodukten wurden die personellen Ressourcen um 4.5 Vollzeitstellen erhöht.

Im Bereich der Zulassung und Überwachung der Arzneimittel verfügt die Swissmedic aktuell über die erforderlichen Kompetenzen. Eine erste Erhebung der strategisch relevanten Soll-Kompetenzen wurde durchgeführt und bildet die Grundlage für die Weiterentwicklung in diesem Bereich. Der Aufbau der Kompetenzen im Bereich der Medizinprodukte wurde weitergeführt.

Im Berichtsjahr wurde eine Organisationseinheit mit 5.5 Vollzeitstellen aufgebaut, welche sich mit den Herausforderungen der Digitalen Transformation im Bereich Mensch/Kultur, Prozesse und Technologie auseinandersetzt.

Die Ressourcen im Bereich der Medizinprodukte sind aufgebaut.

Die Aufbauorganisation wurde per 1. April 2020 so angepasst, dass der weitere Ressourcen- und Kompetenzaufbau durch die neuen Abteilungsleitenden erfolgen kann. Im Berichtsjahr haben 13 neue Mitarbeitende im Fachbereich Medizinprodukte angefangen, das entspricht rund 11 Vollzeitstellen. Vier weitere Inspektoren konnten zur Verstärkung der Marktüberwachung rekrutiert werden, diese werden im ersten Halbjahr 2021 starten. 2021 werden vor allem noch Kompetenzen zum Vollzug der neuen Vorgaben für In-vitro-Diagnostika, die im Mai 2022 in Kraft treten werden, aufgebaut.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Es bestehen keine finanziellen Kooperationen und Beteiligungen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (EY) bestätigt, dass die Jahresrechnung der Swissmedic ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2020 sowie dessen Ertragslage und Cashflows für das dann endende Jahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge des Institutsrats an den Bundesrat

Der Institutsrat beantragt dem Bundesrat die Kenntnisnahme des Berichts über die Erreichung der strategischen Ziele 2020, die Genehmigung des Geschäftsberichts mit der Jahresrechnung 2020 und die Kenntnisnahme des Revisionsberichts. Er beantragt dem Bundesrat im Weiteren, den Bilanzgewinn von 28.9 Mio. in Übereinstimmung mit Artikel 79 HMG den Reserven zuzuweisen sowie dem Institutsrat Entlastung zu erteilen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 4. Juni 2021 den Kurzbericht sowie den Geschäftsbericht von Swissmedic mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2020 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Institutsrats über die Erreichung der strategischen Ziele 2020 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Institutsrats für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum

Internet: www.ige.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: C. Eichenberger (Präsidentin), B. Renggli (Vizepräsidentin), L. Amgwerd, Y. Bugmann, O. Gassmann, B. Hübscher, S. Stalder, P. Walser, E. Zwick

Direktorin: Catherine Chammartin

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle Bern

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Das IGE erbringt primär *Dienstleistungen mit Monopolcharakter*, seine Hauptaufgabe ist die Erteilung und Verwaltung von Marken, Patenten und Designs. Das IGE verfügt über keine strategischen Ziele des Bundesrates.

Die Eintragungsgesuche für Marken stiegen im Geschäftsjahr 2019/20 im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozent, während die Markenverlängerungen um 7 Prozent anstiegen. Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 6904 (Vorjahr 7127) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von nationalen Patenten und 127 443 (Vorjahr 121 695) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von europäischen Schutztiteln bezahlt. Die Patentverlängerungen sind die wichtigste Ertragsquelle des IGE. Aus ihnen werden gemäss Institutsgesetz auch die Kosten für hoheitliche und gemeinnützige Leistungen bestritten.

Im Bereich der *Ministerialaufgaben* trat am 1.4.2020 das modernisierte Urheberrecht in Kraft.

Der Nationalrat nahm als Zweitrat am 12.12.2019 die *Motion 19.3228 Hefti* «Für ein zeitgemässes Schweizerpatent» an. Der Bundesrat hat am 14.10.2020 die Vernehmlassung zur Teilrevision des Patentgesetzes eröffnet.

Am 26. Februar 2020 trat die *Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über die Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO)* in Kraft. Das Parlament hat dem Beitritt der Schweiz inzwischen zugestimmt.

Das IGE erzielte in seinem 24. Geschäftsjahr einen *Gewinn* von 1,5 Millionen Franken resultierend aus einem Nettoerlös von 60,2 Millionen Franken gegenüber einem Aufwand für Drittleistungen von 2,9 Millionen Franken, einem Betriebsaufwand von 55,7 Millionen Franken und einem negativen Finanzergebnis von 158 000 Franken. Der durchschnittliche Personalbestand des IGE stieg auf 259 Personen (Vorjahr 244) an.

Die *Revisionsstelle* (EFK) erteilt das Testat zur geprüften Jahresrechnung 2019/20 ohne Einschränkung.

Kennzahlen	**2019/20**	2018/19
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**60,2**	62,9
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	**-6,4**	-2,0
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF)	**0**	0
Alle Reserven (Mio. CHF)	**91,8**	90,3
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**176,7**	152,2
Eigenkapitalquote in %	**31,8**	41,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)[1]	**259**	244
Unternehmens-/Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Markeneintragungen	**16 017**	14 763
Internat. Markenregistrierung mit Schutzausdehnung Schweiz	**16 604**	16 840
Patenterteilung national	**651**	615
Erteilte europäische Patente mit Wirkung Schweiz / Liechtenstein	**135 473**	136 472
Technischer Deckungsgrad PK in %	**109,6**	107,6
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	**95,4**	93,7
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**0**	0
Gebühren (Mio. CHF)	**53,1**	55,8

[1)] Jahresdurchschnitt

A. Zielerreichung 2020

1. Strategische Schwerpunkte

- *Dienstleistungen mit Monopolcharakter*

Die primäre Aufgabe des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum (IGE) ist die Erteilung und Verwaltung von immaterialgüterrechtlichen Schutztiteln (insbes. Marken, Patente und Designs). Für diese Dienstleistungen mit

Monopolcharakter besteht eine ausführliche materielle Regelung auf Gesetzes- und Verordnungsebene, welche sowohl die Prüfungspraxis wie auch das zu befolgende Verfahren umfassend vorgeben. Das dabei zu bewältigende Arbeitsvolumen hängt direkt und allein von den Anmeldezahlen für Eintragungen, Verlängerungen und Registeränderungen ab, welche vom IGE nicht beeinflusst werden können. Die erhobenen Gebühren (die ohne den an die Europäische Patentorganisation weitergeleiteten Anteil aktuell 88 % der Nettoeinnahmen des IGE ausmachen) sind in den zugrundeliegenden Spezialerlassen abschliessend festgelegt; die Höhe der einzelnen Gebühren unterliegt der Genehmigung durch den Bundesrat.

Der Geschäftsgang entwickelte sich im Geschäftsjahr 2019/20 wie folgt: Die Anzahl der Schweizer Markeneintragungsgesuche stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozent auf 17 310 an (Vorjahr 17 231). 9 Prozent aller Gesuche gelangten in die vorgezogene Markenprüfung (dafür ist erforderlich, dass nur Waren- und Dienstleistungsbegriffe aus der Datenbank des IGE verwendet werden). Auf diesem Weg konnten 58 Prozent (Vorjahr 41 %) der Gesuche innerhalb weniger Tage eingetragen werden. Handelt es sich um einen offensichtlich unproblematischen Fall, wird die Marke sofort und ohne zusätzliche Gebühren eingetragen. Im Berichtsjahr wurden 16 017 nationale Markeneintragungen verzeichnet (Vorjahr 14 763). Der Anteil der über das elektronische Portal eTrademark eingereichten Eintragungsgesuche blieb stabil bei 97 Prozent. Die Anzahl der Markenverlängerungen stiegen um 7 Prozent auf 11 699 (Vorjahr 10 914). Es wurden insgesamt 33 000 (Vorjahr 26 421) kostenlose Registermutationen (Übertragungen, Vertreteränderungen, Sitzverlegungen, Adress- oder Firmenänderungen usw.) vorgenommen.

Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 6904 (Vorjahr 7127) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von nationalen Patenten und 127 443 (Vorjahr 121 695) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von europäischen Schutztiteln bezahlt. Das bestätigt den Trend weg vom nationalen Patent hin zu Europäischen Anmeldungen. Inzwischen sind nur noch gut 5 Prozent der in der Schweiz in Kraft stehenden Patente national. Die Patentverlängerungen sind die wichtigste Ertragsquelle des IGE. Aus diesen Einnahmen werden gemäss Institutsgesetz auch die Kosten für hoheitliche und gemeinnützige Leistungen bestritten.

Zwar ist die Einführung der Vollprüfung, welche die Motion Hefti fordert, noch nicht vom Parlament beschlossen worden, dennoch bereitet sich das Institut bereits jetzt darauf vor, den Übergang optimal ausgestalten zu können, indem damit begonnen wurde, die Prüfrückstände abzubauen. Das Ziel des IGE ist, die Prüfrückstände von 36 auf 24 Monate zu senken. Der Bundesrat nimmt zur Kenntnis, dass bis im Sommer 2020 diese Frist bereits um 3 Monate auf 33 Monate reduziert werden konnte.

Im Berichtsjahr sind die nationalen Designeintragungen leicht zurückgegangen. Die Eintragungen sanken auf 631 (Vorjahr 671). Das abrupte Herunterfahren der Wirtschaft scheint namentlich die selbständigen Designer in ihren Erwerbsmöglichkeiten stark eingeschränkt zu haben.

Die Corona-Krise, der Lockdown und der damit einhergehende Zwang zur Heimarbeit hatten praktisch keinen Einfluss auf die Produktivität in der Schutzrechtsverwaltung.

- *Ministerialaufgaben*

Am 1.4.2020 fand der Prozess zur Modernisierung des Urheberrechts seinen formellen Abschluss mit dem Inkrafttreten der vom Parlament am 27.9.2019 genehmigten Änderungen.

Am 12. Dezember 2019 hat das Parlament die Motion 19.3228 Hefti Thomas «Für ein zeitgemässes Schweizer Patent» überwiesen. Diese Motion verlangt vom Bundesrat, einen Gesetzesentwurf (u.a.) zur Einführung eines vollgeprüften Patents vorzulegen. Der Bundesrat hat am 14.10.2020 dazu eine Vernehmlassung eröffnet.

Am 26.2.2020 trat die Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über die Ursprungsbezeichnung und geografischen Angaben der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO) in Kraft. Der Bundesrat hat die Botschaft zum Beitritt der Schweiz im Frühling 2020 verabschiedet. Der Ständerat hat das Geschäft in der Herbstsession ohne Gegenstimme genehmigt. Wegen der Covid-19-Pandemie hat die WBK-N die Behandlung des Geschäfts vom November 2020 auf Januar 2021 verschoben. Der Nationalrat hat dem Geschäft in der Frühjahrssession 2021 zugestimmt. Daraus ergibt sich eine Verschiebung für den Beitritt der Schweiz auf voraussichtlich Ende 2021.

- *Freie Dienstleistungen*

Zum gesetzlichen Leistungsauftrag des IGE gehört auch die Erbringung von Informationsdienstleistungen auf der Grundlage des Privatrechts.

Bei den Patent- und Technologierecherchen ging der Umsatz aufgrund der Corona-Krise auf 4,72 Millionen Franken zurück (Vorjahr 5,19 Millionen Franken). Insbesondere die grossen Konzerne, und darunter vor allem die Pharmaindustrie, haben nach wie vor grosses Vertrauen in die Recherchen des IGE und ziehen dieses bei wichtigen Abklärungen hinzu. Der Umsatzrückgang der freien Dienstleistungen im Patentbereich und der damit einhergehende Arbeitsrückgang wurden durch die stark angestiegenen begleiteten Recherchen und den Abbau von Prüfungspendenzen mehr als kompensiert. Der Bruttoumsatz der Markenrecherche ist auf 384 000 Franken gesunken, was einem Rückgang von 20 Prozent zum Vorjahr entspricht. Dieser mehrjährige Trend setzt sich somit fort. Die Kostendeckung konnte jedoch garantiert werden. Obwohl die Kunden der Markenrecherche die Qualität der geleisteten Dienste sehr schätzen, ist die Anzahl der Recherchenmandate aufgrund von kostenfreien Produkten auf dem Markt und der Situation rund um die Corona-Krise gesunken. Das IGE muss die

Strategie im Bereich Markenrecherche im Lichte der Entwicklungen überprüfen und dem Bundesrat Bericht erstatten.

2. Finanzielle Ziele

Das IGE erzielte im Geschäftsjahr 2019/20 einen Betriebsgewinn von 1,5 Millionen Franken. Die Neubewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach den vom IGE angewandten International Financial Reporting Standards (IFRS) führt zu aktuariellen Verlusten von 7,9 Millionen Franken. Das negative Gesamtergebnis von 6,4 Millionen Franken vermindert das Eigenkapital per 30. Juni 2020 auf einen Betrag von 56,2 Millionen Franken.

Der Betriebsgewinn von 1,5 Millionen Franken (Vorjahr 7,1 Mio.) resultiert aus einem Nettoerlös von insgesamt 60,2 Millionen Franken (Vorjahr CHF 62,9 Mio.) gegenüber einem Aufwand für Drittleistungen von 2,9 Millionen Franken (Vorjahr CHF 2,8 Mio.), einem Betriebsaufwand von 55,7 Millionen Franken (Vorjahr 52,8 Mio.) und einem Finanzergebnis von 0,16 Millionen Franken.

Der Aufwand für Drittleistungen bleibt mit 2,9 Millionen Franken auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr (bei sinkenden Erträgen in diesem Bereich) und der Betriebsaufwand liegt mit 55,7 Millionen Franken um 2,9 Millionen Franken über dem Vorjahreswert. Die zusätzlichen Kosten resultieren vor allem aus der Erhöhung des Personalbestandes und der Personalvorsorgerückstellungen gemäss IAS 19.

Die Neubewertung der Vorsorgeverpflichtungen gemäss IFRS führt zu aktuariellen Verlusten von insgesamt 7,9 Millionen Franken. Der Verlust auf den Vorsorgeverpflichtungen ist vor allem in den Änderungen der finanziellen Annahmen (technischer Zinssatz) und den Veränderungen des Versichertenbestandes begründet. Die aktuariellen Verluste werden als «Other Comprehensive Income» (OCI) direkt dem Eigenkapital belastet.

Die Gebühren von 53,1 Millionen Franken stellen mit einem Anteil von 88 Prozent vom Nettoerlös unverändert die weitaus wichtigste Erlösposition des IGE dar und verteilen sich auf die Schutzbereiche Patente (CHF 24,8 Mio.), Marken (CHF 27,1 Mio.) sowie Designs (CHF 1,1 Mio.). Die Einnahmen aus Patentjahresgebühren verzeichneten trotz der Zunahme der Anzahl Europäischer Patentjahresgebühren von 4,7 Prozent einen Rückgang von 5,9 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. Dies liegt hauptsächlich an der per 1.7.2019 erfolgten Gebührensenkung, wodurch die Einnahmen um 7,1 Millionen Franken sanken. Deutlich zugenommen haben die Gebührenerlöse im Bereich der Marken, welche ein Plus von 3 Millionen Franken erzielten. Die Gebühreneinnahmen im Bereich Design sind um 0,2 Millionen Franken gestiegen.

Das Eigenkapital setzt sich aus den Gewinnreserven von 91,8 Millionen Franken und den kumulierten versicherungsmathematischen Verlusten von 35,6 Millionen Franken zusammen.

Das Budget 2020/21 und die mittelfristige Planung 2021/22 bis 2023/24 rechnen mit jährlichen negativen Abschlüssen. Im Planungsjahr 2020/21 ist ein Einbruch der Nettoerlöse von rund 7 Prozent eingeplant. Die mittelfristige Planung rechnet mit einer raschen Erholung, wobei die Planungsunsicherheit aufgrund der Corona Pandemie gross ist. Die versicherungsmathematischen Verluste/Gewinne sind in der Planung nicht eingerechnet.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. e BPG in Verbindung mit Art. 8 IGEG untersteht das IGE nicht dem BPG. Es ist deshalb nicht direkt an die personalpolitischen Vorgaben des BPG (Art. 4) gebunden, verfolgt aber weitgehend gleichgerichtete Ziele.

Der durchschnittliche Personalbestand stieg von 244 auf 259 Vollzeitstellen an. An der jährlichen Direktionsklausur werden jeweils die über den aktuellen Grundbedarf hinausgehenden Stellen geprüft und nur bei gegebener Notwendigkeit erneut (befristet) bewilligt. Der Ausbau steht vor allem im Zusammenhang mit Massnahmen, um einen grösseren Mehrwert für die Kunden*innen und Nutzer*innen zu generieren, zum Beispiel indem eine markante Reduktion der Behandlungsfristen im Markenbereich unter Erhalt bzw. Optimierung der Qualität erreicht wird. Das angestrebte hohe Qualifikations- und Leistungsniveau des Personals konnte aufrechterhalten werden. 44,2 Prozent des Institutspersonals sind Frauen, 1,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Frauenanteil in Kaderpositionen sank im Vergleich zum Vorjahr (32.5 %) um 0,8 Prozentpunkte auf 31,7 Prozent. Der Anteil der Mitarbeitenden in Teilzeitanstellung stieg auf 43,5 Prozent an (Vorjahr 43,0 %). Die Zahl der Ausbildungsstellen für Lernende und Praktikanten/Praktikantinnen (KV und Informatik) beträgt 13 (Vorjahr 11). Von Hochschulpraktika konnten 7 (Vorjahr 5) Personen profitieren.

Per 31.12.2020 betrug der Deckungsgrad des Vorsorgewerks IGE bei PUBLICA 109,6 Prozent (Art. 44 BVV2) bzw. 95,4 Prozent (ökonomischer Deckungsgrad). Nach einer Negativrendite auf dem Anlagevermögen von -3,5 Prozent im Jahr 2019 erzielte PUBLICA im Berichtsjahr eine Netto-Gesamtrendite von 9,2 Prozent. Dies ermöglichte eine Verzinsung der Altersguthaben und Guthaben aus freiwilligen Sparbeiträgen mit einem Zinssatz von 2 Prozent.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die *Revisionsstelle* hielt im Prüfbericht vom 17.9.2020 zuhanden des Institutsrats fest, dass die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des IGE zum 30.6.2020 sowie dessen Ertragslage und Cashflows für das dann endende

Jahr in Übereinstimmung mit den IFRS vermittelt und dem IGEG entspricht. Das Testat zur geprüften Jahresrechnung wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt. Am 04.11.2020 genehmigte der Institutsrat den auf die Betriebsführung beschränkten *Geschäftsbericht* 2019/20 der Direktion einstimmig. Gleichzeitig nahm er vom Bericht der Revisionsstelle Kenntnis und genehmigte die Jahresrechnung für die Periode 1.7.2019 bis 30.6.2020 einstimmig.

C. Anträge an den Bundesrat

Der *Rechenschaftsbericht* der Direktorin nach Art. 5 Abs. 2 IGEG ist ein umfassender Bericht an den Bundesrat, der die gesamte Tätigkeit des IGE zum Inhalt hat und sich – entsprechend dem Rhythmus der politischen Führung und Aufsicht – jeweils auf ein Kalenderjahr bezieht. Der Rechenschaftsbericht enthält einen besonderen Abschnitt über das Ergebnis der Prüfung durch die Revisionsstelle sowie die Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung durch den Institutsrat.

Gestützt darauf hat das EJPD dem Bundesrat den Rechenschaftsbericht zusammen mit dem Antrag auf Entlastung des Institutsrates für das Jahr 2020 zur Genehmigung unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 31.03.2021 den Rechenschaftsbericht des IGE für das Jahr 2020 genehmigt und dem Institutsrat Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Institut für Metrologie METAS

Internet: www.metas.ch

Sitz: Köniz

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Matthias Kaiserswerth (Präsident), Alessandra Curioni-Fontecedro, Thierry J. L. Courvoisier, Tony Kaiser, René Lenggenhager, Sonia I. Seneviratne, Ursula Widmer

CEO: Philippe Richard

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Das Eidgenössische Institut für Metrologie METAS hat im Jahr 2020 die strategischen Ziele* des Bundesrates erfüllt.

Die fachlichen Ziele wurden erreicht. Das Angebot der Dienstleistungen und der Infrastruktur des METAS deckt den grössten Teil der Bedürfnisse der Industrie und die Bedürfnisse im gesetzlich geregelten Bereich ab. Mit seinen breiten technisch-wissenschaftlichen Kompetenzen in verschiedenen Fachbereichen ist das METAS ein interessanter Kooperationspartner für die Industrie. Das Engagement der Mitarbeitenden des METAS auf internationaler Ebene ist weiterhin bedeutsam.

Die finanziellen Vorgaben wurden erfüllt. Der Selbstfinanzierungsgrad erreichte 56,7 Prozent (Vorjahr: 55,7 %) und das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresergebnis von 2,5 Millionen Franken (Vorjahr: CHF 1,6 Mio.) abgeschlossen.

Bei den personal- und vorsorgepolitischen Zielen ist das METAS ebenfalls auf Kurs. Besonders hervorzuheben ist, dass sich das METAS mit seinem breiten Angebot an Lehrstellen bzw. Praktika für Hochschulabsolvierende weiterhin stark für die Berufsbildung und den Eintritt ins Berufsleben engagiert.

Die durch COVID 19 bedingte Pandemie hat sich auch auf das METAS ausgewirkt. Es waren zahlreiche Umstellungen und Anpassungen notwendig. Der Betrieb konnte aber immer aufrechterhalten werden.

Kennzahlen	**2020**	2019
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**52,6**	52,7
Jahresergebnis (Mio. CHF)	**2,5**	1,6
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**55,4**	52,6
Eigenkapitalquote in %	**7,2 %**	-26,4
Liquiditätsgrad II (Quick ratio)	**6,0**	4,8
Anlagedeckungsgrad I	**0,2**	-0,6
Anlagedeckungsgrad II	**2,2**	2,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**197,5**	197,2
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Anteil Lernende (%)	**7,5**	7,5
Frauenanteil total (%)	**19,6**	17,8
Frauenanteil wiss.-techn. Personal (%)	**11.9**	11,0
Anzahl CMCs (Calibration and Measurement Capabilities)[1)]	**407**	403
Anteil Ausgaben F+E (%)	**15,4**	14,9
Vollzugsquote gesetzl. Messwesen[2)] (%)	**95**	95
Investitionsquote[3)] (%)	**4,9**	3,8
Techn./ökonom. Deckungsgrad Vorsorgewerk METAS PUBLICA (31.12.2020) (%)	**107,5/ 88,7**	105,1/ 87,6
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 2 Bst. a–h und Abs. 3 und 4 EIMG (Mio. CHF)	**24,2**	24,3
Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 5 EIMG (weit. zugewiesene Aufgaben; Mio. CHF)	**7,5**	7,5
Gebühren (Mio. CHF)	**8,6**	8,1
Drittmittel (ohne Forschung)	**9,3**	9,9

1) Von den 407 CMCs, die am Jahresende bestehen, entfallen 21 auf das designierte Institut IRA, 8 auf das designierte Institut PMOD. Die CMCs im Bereich Temperatur wurden 2020 wieder zurück ins METAS überführt.

2) Anzahl durchgeführte Eichungen zur Anzahl zur Eichung fälliger Messmittel.

3) Nettoinvestitionen im Verhältnis zu den Anschaffungskosten des Anlagevermögens.

* Strategische Ziele: http://www.metas.ch/metas/de/home/metas/institut/strategische-ziele.html

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Das METAS ist das nationale Metrologieinstitut der Schweiz. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Schweizer Wirtschaft, Forschung und Verwaltung mit der erforderlichen Genauigkeit messen kann. Weiter hat das METAS sicherzustellen, dass die zum Schutz von Mensch und Umwelt notwendigen Messungen richtig und rechtskonform durchgeführt werden.

Diese fachlichen Ziele hat das METAS im Berichtsjahr erreicht. Das Angebot der Dienstleistungen und der Infrastruktur des METAS deckt den grössten Teil der Bedürfnisse der Industrie und die Bedürfnisse im gesetzlich geregelten Bereich ab. Dank gut funktionierender internationaler Zusammenarbeit und Kooperationen können im Inland nicht angebotene metrologische Dienstleistungen von ausländischen Metrologieinstituten bezogen werden. Die geringe Zahl der Reklamationen im Verhältnis zur Zahl der ausgestellten Zertifikate (0,2 %; Vorjahr: 0,6 %) spricht für hohe Kundenzufriedenheit.

Angesichts des Schweizer Preisniveaus und des Kostendrucks ist es für das METAS eine stete Herausforderung, sich im Wettbewerb mit anderen nationalen Metrologieinstituten zu positionieren.

In der gesetzlichen Metrologie lagen die Schwergewichte der Tätigkeit auf Arbeiten zur Überprüfung der Eichfristen bei Messmitteln, der Rechtsanwendung und auf Revisionsarbeiten von verschiedenen Erlassen der Metrologie.

Das METAS berücksichtigt bei seiner Aufgabenerfüllung das internationale Umfeld, indem es sich mit anderen nationalen Metrologieinstituten vernetzt und mit diesen zusammenarbeitet, insbesondere im Rahmen der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute EURAMET, und indem es in internationalen Organisationen und Verbänden mitwirkt.

Die Forschung des METAS findet zu einem grossen Teil über die Beteiligung an Projekten im Rahmen des Europäischen Metrologieprogrammes für Innovation und Forschung statt (European Metrology Programme for Innovation and Research EMPIR; Teil des EU-Förderprogramms für Forschung und Innovation Horizon 2020). Das METAS konnte im Berichtsjahr erfolgreich an Projektausschreibungen von EMPIR teilnehmen. Sechs Projekteingaben waren erfolgreich. Weil das METAS sich auch an Projekten ohne finanzielle Unterstützung beteiligt hat, lagen die Drittmittelerträge in der diesjährigen Ausschreibung bei 20 Prozent und damit unter dem langjährigen Mittel von 51 Prozent.

Das Engagement der Mitarbeitenden des METAS auf internationaler Ebene ist weiterhin bedeutend. In EURAMET, der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute, nimmt das METAS eine aktive und gestaltende Rolle ein. Der Stellvertretende Direktor ist Mitglied des Aufsichtsrates (Board of Directors) und das METAS stellt den Vorsitzenden des Technischen Komitees Electricity and Magnetism. Der Leiter des Labors Optik leitet als Präsident die Commission Internationale de l'Éclairage (CIE), die internationale Körperschaft für Normen und Standardisierung auf dem Gebiet der Lichttechnik und der Beleuchtung. Der stellvertretende Direktor des METAS hatte bis zum Ablauf seiner Amtszeit im Oktober 2020 den Vorsitz der WELMEC, der europäischen Vereinigung für gesetzliche Metrologie inne. In seiner Zeit als Vorsitzender gelang es ihm, diese Organisation mit einer klaren rechtlichen Struktur und einem permanenten Sekretariat neu zu strukturieren. Der Vizedirektor des METAS ist einer der Vizepräsidenten der Organisation internationale de métrologie légale (OIML). Der Direktor des METAS ist Mitglied des Comité international des poids et mesures (CIPM).

Das METAS unterstützt den Innovationsprozess und die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft mit dem vorhandenen Expertenwissen und der metrologischen Infrastruktur sowie mit anwendungsorientierten Forschungsprojekten in Zusammenarbeit mit Industriepartnern (namentlich im Rahmen von Innosuisse-Projekten) gezielt.

Das METAS verfügt über ein breites technisch-wissenschaftliches Wissen. Das fundierte messtechnische Wissen ist für die Industrie nicht nur in Form von Kalibrier- und Messdienstleistungen nutzbar, sondern auch direkt für Produktentwicklungen oder Prozessoptimierungen. Aus diesem Grund ist das METAS in vielen Bereichen ein interessanter Kooperationspartner für die Industrie. Seit Januar 2013 ist das METAS beitragsberechtigte Forschungsinstitution bei Innosuisse. Bisher wurden fünfzehn Projektvorschläge (einer im Jahr 2020) bewilligt.

Der Bundesrat erwartet weiterhin, dass das METAS eines der weltweit führenden nationalen Metrologieinstitute bleibt.

2. Finanzielle Ziele

Das METAS hat die finanziellen Ziele erreicht. Die Vorgabe, mindestens 45 Prozent des Jahresbudgets aus Gebühren, Abgeltungen nach Artikel 3 Absatz 5 EIMG (SR 941.27) und Drittmitteln zu finanzieren, konnte es mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 56,7 Prozent (Vorjahr 55,7 %) erneut übertreffen. Der Selbstfinanzierungsgrad vor Berücksichtigung der Pensionskassenverpflichtungen gemäss dem Rechnungslegungsstandard IPSAS 39 beträgt 58,1 Prozent (Vorjahr 56,6 %). Im Weiteren war das METAS, gestützt auf eine langfristige Investitionsplanung, in der Lage, im Berichtsjahr sämtliche Investitionen aus selbst erwirtschafteten Mitteln (Cash Flow) zu finanzieren. Die Erfolgsrechnung konnte mit einem Überschuss von 2,5 Millionen Franken (Vorjahr 1,6 Mio.) abgeschlossen werden. Der Gewinn wird dem Konto Gewinnvortrag gutgeschrieben. Er wird für die Verminderung des Verlustvortrages verwendet. Das Eigenkapital beträgt per 31.12.2020 4,0 Millionen Franken (per 31.12.2019: -13,9 Mio.). Im Berichtsjahr wurden

versicherungsmathematische Gewinne in der Höhe von 15,4 Millionen Franken direkt über das Eigenkapital verbucht.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die personal- und vorsorgepolitischen Ziele wurden erfüllt. Das METAS engagiert sich stark für die Berufsbildung, was sich am vergleichsweise hohen Anteil der Lernenden in Bezug auf den Gesamtpersonalbestand zeigt (7,5 %; wie im Vorjahr). Sieben verschiedene Berufsausbildungen vorwiegend technischer Richtung werden am METAS angeboten. Auch 2020 konnten alle Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger ihre Ausbildung erfolgreich abschliessen. Während mehrerer Monate beschäftigte das METAS noch zwei dieser Lehrabgänger als junge Berufsleute weiter. Gegen Ende Jahr konnten alle offenen Lehrstellen für das kommende Jahr besetzt werden.

Das METAS bietet zudem, insbesondere im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, auch eine Reihe von mehrmonatigen Praktika für Studierende von Hochschulen oder Universitäten an.

Der Personalbestand des METAS hat sich 2020 gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Am METAS sind vorwiegend technisch oder naturwissenschaftlich ausgebildete Mitarbeitende tätig. Eine personalpolitische Herausforderung stellt die Rekrutierung von Frauen in diesen nach wie vor männerdominierten Berufsgruppen dar. Im Berichtsjahr ist der Frauenanteil insgesamt leicht gestiegen (von 17,8 % auf 19,6 %), auch der Anteil der Frauen im Kader konnte gesteigert werden (von 19,4 % auf 21,2 %).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das METAS ist an keinen Kooperationen beteiligt und hat keine Beteiligung an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 19.2.2021 fest, dass die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2020 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungsstandard IPSAS und dem EIMG vermittelt. Das Testat wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat erstellt nach Artikel 8 Buchstabe g EIMG (SR 941.27) den Geschäftsbericht, der sich aus der Jahresrechnung und dem Jahresbericht zusammensetzt. Er hat dem Bundesrat diese Unterlagen zum Geschäftsjahr 2020 zusammen mit dem Antrag über die Gewinnverwendung und auf seine Entlastung zur Genehmigung unterbreitet. Den Bericht der Revisionsstelle vom 19.2.2021 sowie den Bericht des Institutsrats über die Erreichung der strategischen Ziele hat er dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 31.3.2021 den Geschäftsbericht des METAS für das Jahr 2020 genehmigt, dem Antrag über die Gewinnverwendung stattgegeben und den Mitgliedern des Institutsrats Entlastung erteilt.

Der Bundesrat hat am 28.10.2020 die strategischen Ziele für das METAS für die Jahre 2021 bis 2024 verabschiedet.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Die durch COVID-19 hervorgerufene Pandemiesituation hat sich auch auf den Betrieb des METAS ausgewirkt. Zahlreiche Umstellungen und organisatorische Anpassungen waren erforderlich, um Massnahmen zum Schutz der Gesundheit umsetzen zu können. Das führte in einzelnen Fällen zu Verzögerungen beim Erbringen von Dienstleistungen. Letztlich konnten aber alle angeforderten Dienstleistungen ausser den Kursen erbracht werden. Dies war vor allem auch dank dem grossen Einsatz der Mitarbeitenden möglich, die sich rasch und flexibel umstellten und auch unter veränderten Bedingungen ihre Arbeit erbracht haben. Zwischendurch ging auch die Zahl der Aufträge etwas zurück. Entsprechend nahmen die Drittmittel ohne Forschung gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Millionen Franken ab. Weil im Gegenzug durch eine vorsichtige Ausgabenpolitik Sachausgaben reduziert werden konnten und deutlich weniger Spesen anfielen (praktisch keine Reisetätigkeiten), liessen sich auch Kosten einsparen. Deshalb kann das METAS trotz allem auf ein gutes Geschäftsjahr zurückblicken.

Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB

Internet: www.rab-asr.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Wanda Eriksen-Grundbacher (Präsidentin), Prof. Sabine Kilgus (Vizepräsidentin), Viktor Balli, Prof. Conrad Meyer, Prof. Daniel Oyon

Direktor: Dr. Reto Sanwald (ab 9.10.2020)

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Die Umsetzung der strategischen Ziele für die Periode 2020-2023 verlief aus Sicht des Bundesrates im Jahr 2020 nach Plan.

Die *aufgaben- und unternehmensbezogenen* Ziele wurden erreicht. Die risikoorientierte Aufsicht über die aktuell 23 staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen verläuft in Übereinstimmung mit den definierten Aufsichtskonzepten. Dabei berücksichtigt die RAB langfristige Trends wie die fortschreitende Digitalisierung der Branche und reagiert auch auf kurzfristig aufkommende Aufsichtsthemen wie die Covid-19 Pandemie. Deren Auswirkungen auf die Prüfarbeit der Revisionsunternehmen können erst nach Abschluss der Revisionen zum Geschäftsjahr 2020 beurteilt werden.

RAB-intern wurden die Herausforderungen der Pandemie dank der guten Informatik-Infrastruktur gut bewältigt. Die Mitarbeitenden konnten ohne Funktionseinbussen aus dem Homeoffice agieren, und die Überprüfungen bei den staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen wurden weitgehend in der Form von Fernüberprüfungen durchgeführt.

Der Bundesrat hat ein Postulat angenommen, wonach zu prüfen ist, ob bundesnahe Unternehmen als Gesellschaften des öffentlichen Interesses qualifiziert werden sollen; damit würden deren Revisionsstellen neu der Aufsicht der RAB unterstehen.

2020 haben in der Schweiz pandemiebedingt keine Joint Inspections mit der US-amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde stattgefunden. Der Direktor der RAB war bis Oktober 2020 Vorsitzender (Chairman) des International Forum of Independent Audit Regulators (IFIAR).

Die *finanziellen* Ziele der RAB wurden erreicht. Ebenso konnte die RAB ihre personal- und vorsorgepolitischen Ziele einhalten.

Kennzahlen	**2020**	2019
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**6,8**	7,1
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	**0**	0
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF)	**0**	0
Alle Reserven (Mio. CHF)	**5,0**	5,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**7,6**	7,8
Eigenkapitalquote in %	**66,1**	64,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**24,5**	26,4
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Gesamtzahl Zulassungen (natürliche Personen und Revisionsunternehmen)	**11 973**	11 834
Anzahl staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen	**23**[1)]	26
Technischer Deckungsgrad PK in %	**112,8**	108,9
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	**111,2**	107,0
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**0**	0
Gebühren (Mio. CHF)	**6,8**	7,1[2)]

1) Die (Netto)-Reduktion um drei Unternehmen erklärt sich durch die Gesetzesrevision per 1.1.2020, wonach es keine direkt der FINMA unterstellten Finanzintermediäre (DUFI) mehr gibt; deren Revisionsorgane standen bis 31.12.2019 unter RAB-Aufsicht.
2) Zahl korrigiert von 6,9 in 2019. Die Verfahrenskosten von Enforcement-Verfahren wurden irrtümlich nicht als Gebühren ausgewiesen.

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Grundsatz

Zweck und Grundauftrag der RAB ergeben sich aus dem Revisionsaufsichtsgesetz (RAG; SR *221.302*). Gestützt

* Strategische Ziele: https://www.rab-asr.ch/#/page/126

darauf umfassen die Hauptaufgaben der RAB die Zulassung von Personen und Unternehmen, die gesetzlich vorgeschriebene Revisionsdienstleistungen erbringen, die Beaufsichtigung der Revisionsstellen und Prüfgesellschaften von Gesellschaften des öffentlichen Interesses und die Abwicklung der (inter-)nationalen Amtshilfe im Bereich der Revisionsaufsicht. Die strategischen Ziele innerhalb dieses gesetzlichen Auftrages werden vom Verwaltungsrat der RAB erlassen und vom Bundesrat genehmigt. Die vorliegende Berichterstattung bezieht sich auf die strategischen Ziele 2020-2023.

Revisionsqualität auf hohem Niveau (Ziel 1)

Im Zentrum der Aufsicht steht unverändert die risikoorientierte Durchsetzung der gesetzlichen und berufsständischen Vorgaben für Revisionsdienstleistungen bei den aktuell 23 (Vorjahr: 26) staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen. Die fünf grössten Revisionsunternehmen (sog. «Big-5»), die jeweils mehr als 50 Gesellschaften des öffentlichen Interesses prüfen, werden jährlich und alle übrigen staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen je nach Tätigkeitsgebiet alle drei Jahre inspiziert.

2020 haben insgesamt 19 Überprüfungen (Vorjahr: 22) in Übereinstimmung mit den jeweiligen Aufsichtskonzepten stattgefunden. Ad hoc-Überprüfungen, die vom üblichen Inspektionsrhythmus abweichen, wurden keine durchgeführt (Vorjahr: 1).

Im Bereich der Rechnungsprüfung erfolgte die grösste Anzahl von Feststellungen bei der Identifikation von und Reaktion auf Risiken, bei den dolosen Handlungen und den geschätzten Werten. Im Bereich der Aufsichtsprüfung erfolgten die meisten Feststellungen bei der GwG-Einhalteprüfung, bei Risikomanagement und -berichterstattung sowie bei Themen der Aufsichtsprüfung, deren Ursprung in der Rechnungsprüfung liegt (z.B. Bewertung von Liegenschaften in Immobilienfonds).

Wo die RAB auf wesentliche Mängel gestossen ist, hat sie mit den betroffenen Unternehmen entsprechende Massnahmen vereinbart. Die RAB legt seit 2020 verstärkt Wert auf die Analyse der Feststellungen der letzten fünf Jahre, um mit den Revisionsunternehmen auch Massnahmen auf Firmen-Ebene zu vereinbaren. Bei schwerwiegendem Fehlverhalten wurden angemessene Sanktionen ausgesprochen.

Die wichtigsten Empfehlungen zur Organisation von Aufsichtsbehörden und zur Durchführung von Inspektionen werden vom International Forum of Independent Audit Regulators (IFIAR) und vom EU Committee of European Auditing Oversight Bodies (CEAOB) erarbeitet. Die RAB ist seit 2007 Mitglied der IFIAR und seit 2016 Beobachterin beim CEAOB. Sie berücksichtigt die Grundsätze der IFIAR und des CEAOB in ihrer Aufsichtstätigkeit.

Neben der konsequenten Ahndung von Verstössen sind auch präventive Massnahmen wirkungsvoll. Dazu gehört u.a. der laufende Kontakt mit den Audit Committees (AC).

Die RAB begleitet weiterhin die Digitalisierung der Wirtschaftsprüfung. 2020 ist festzustellen, dass der Einsatz von Data Analytics erwartungsgemäss an Bedeutung gewinnt. Im Weiteren wurde die Covid-19 Pandemie aufmerksam begleitet, die v.a. für die Revision der Jahres- und Konzernrechnungen 2020 relevant sein wird.

Infrastruktur: Prozesse und Technologie (Ziel 2)

2020 standen v.a. inkrementelle Verbesserungen der Systeme und Prozesse der RAB im Vordergrund.

Zudem arbeiteten die meisten Mitarbeitenden der RAB aus Gründen der Pandemie von Mitte März 2020 bis Mitte August und ab Mitte Oktober im Homeoffice. Die RAB blieb dabei voll funktionsfähig. Die konsequenten Investitionen insbesondere in Laptops, online-Datenzugriff und Videoplattform haben sich bewährt.

Die Überprüfungen bei den staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen wurden weitgehend in der Form von Fernüberprüfungen durchgeführt (Video-Interviews und Daten-Zugriff entweder online oder via Laptops, die vom Revisionsunternehmen zur Verfügung gestellt werden).

Zulassung (Ziel 3)

Die Zulassung von Revisionsunternehmen ist im Gegensatz zur Zulassung von natürlichen Personen gesetzlich befristet und alle fünf Jahre zu erneuern. 2020 wurden rund 370 Zulassungen von Revisionsunternehmen erneuert. Der Trend der Vorjahre, wonach die Gesamtzahl der zugelassenen Revisionsunternehmen sinkt, hat sich auch 2020 bestätigt (-4.3%). Vor allem Unternehmen, die keine oder nur wenige Revisionen durchführen oder die vor einem Generationenwechsel stehen, haben auf die Zulassung verzichtet oder sich mit anderen Revisionsunternehmen zusammengeschlossen. Im Rahmen der Bearbeitung der Erneuerungsgesuche wurde erneut festgestellt, dass die interne Qualitätssicherung insbesondere bei der Weiterbildung und der internen Nachschau noch nicht überall konsequent betrieben wird.

Die RAB hat sich weiterhin dafür eingesetzt, dass (bisherige oder künftige) Spezialzulassungen im Revisionswesen durch die RAB auszusprechen sind. Wie es mit den zulassungsähnlichen Vorgaben der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) für Revisionsstellen von Vorsorgeeinrichtungen weitergeht, wird sich im Rahmen der Überprüfung im Nachgang zum Expertenbericht Ochsner/Suter weisen (vgl. dazu Ziel 6).

Kultur und Governance (Ziel 4)

Mit den staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen finden während den Überprüfungen der RAB laufend Dis-

kussion zu Themen der Governance und Kultur statt. Bereits 2019 bildete die Unternehmenskultur einen Aufsichts-Schwerpunkt[1]. 2020 wurde insbesondere der interne Konsultationsprozess der Revisionsunternehmen überprüft[2]. Mit Blick auf die Governance stand die Einführung der neuen Standards zur Qualitätssicherung (ISQM 1 und 2) bis Dezember 2022 im Vordergrund. Die RAB stellt sicher, dass dieser Wechsel von den Revisionsunternehmen prioritär behandelt wird.

Standardsetting (Ziel 5)

Die RAB hat auch 2020 aktiv am nationalen und internationalen Standardsetting des Berufsstandes teilgenommen und stellt mittels ihrer Eingaben sicher, dass qualitative Aspekte die notwendige Aufmerksamkeit erhalten. Im Rahmen von Eingaben der IFIAR hat sich die RAB zu den Themen Paralleldienstleistungen, Revisionshonoraren und Konzernprüfungen eingebracht.

Im Übrigen bleibt die RAB bei der Schaffung eigener Regularien zurückhaltend. 2020 hat sie lediglich ein Rundschreiben geringfügig nachgeführt. Neue Rundschreiben wurden keine erlassen.

Regulierung und Innovation (Ziel 6)

Der Bundesrat hat 2017 den Expertenbericht von Peter Ochsner und Daniel Suter zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Revisions- und Revisionsaufsichtsrecht zur Kenntnis genommen. Er ist zum Schluss gekommen, dass kein grundsätzlicher Handlungsbedarf besteht. Der Bundesrat will jedoch sieben Empfehlungen vertieft abklären lassen und so den aktuellen Rechtsrahmen gegebenenfalls optimieren. Entsprechende Arbeiten laufen unter der Federführung des Bundesamtes für Justiz (BJ).

Die Definition der «Gesellschaft des öffentlichen Interesses» erfasst aktuell börsenkotierte Unternehmen und Finanzinstitute und ist damit aus Sicht der RAB nach wie vor zu eng ausgestaltet. Zumindest grössere Vorsorgeeinrichtungen sowie staatsnahe Unternehmen sollten ebenfalls als Gesellschaften des öffentlichen Interesses qualifiziert und folglich durch ein staatlich beaufsichtigtes Revisionsunternehmen geprüft werden. Der Ständerat hat am 11. März 2020 das Postulat 19.4389 der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates (GPK-S) angenommen, wonach zu prüfen ist, ob bundesnahe Unternehmen als Gesellschaften des öffentlichen Interesses zu behandeln sind.

Enforcement (Ziel 7)

2020 sind 37 Hinweise Dritter auf mögliche Normverstösse bei der RAB eingegangen (Vorjahr: 39). Davon betreffen 14 staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen (Vorjahr: 16).

Die RAB veröffentlicht neben allen rechtskräftigen Gerichtsurteilen neu auch Kurzfassungen aller Enforcement-Verfügungen auf ihrer Homepage. 2020 haben sich die zuständigen Gerichte in acht Urteilen mit der Praxis der RAB auseinandergesetzt. Diese wurde mehrheitlich gutgeheissen. In zwei Fällen wurde die Sanktion reduziert und in einem Fall ein Verweis aufgehoben. In drei Urteilen wurde die restriktive Anwendung des Öffentlichkeitsgesetzes durch die RAB gestützt.

Internationale Kooperation (Ziel 8)

Im Verhältnis zu den USA wurden 2020 pandemie-bedingt keine Joint Inspections zusammen mit der US-amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde (PCAOB) in der Schweiz durchgeführt.

Die RAB arbeitet weiterhin auf eine möglichst vollständige gegenseitige Anerkennung und damit auf den Grundsatz der sog. Heimatstaatenaufsicht hin.

2020 hat sich die RAB aktiv in internationale Gremien im Bereich der Revision eingebracht und hat dabei die Interessen der Schweiz vertreten. Die RAB ist weiterhin im Board der IFIAR vertreten und stellte mit ihrem bisherigen Direktor bis Oktober 2020 den Vorsitzenden (Chairman) der ganzen Organisation. Zudem steht die Enforcement Working Group der IFIAR weiterhin unter Schweizer Vorsitz. Die IFIAR hat für die RAB unverändert einen hohen Nutzen. Dazu zählen der direkte Kontakt zu den globalen Revisionsnetzwerken, die Schulung in den Bereichen Inspektion und Enforcement, der Austausch von Wissen über das Marktumfeld im Revisionsbereich und die praktischen Erfahrungen in der unabhängigen Revisionsaufsicht.

2. Finanzielle Ziele (Ziel 9)

Die RAB finanziert sich ausschliesslich über Gebühren und Aufsichtsabgaben der zugelassenen und beaufsichtigten Personen und Revisionsunternehmen. Bundesgelder wurden auch im Pandemie-Jahr 2020 keine beansprucht. Das Budget wurde aufwandseitig aus Gründen der Pandemie unterschritten (CHF 6,8 Mio. statt CHF 7,4 Mio.). Die vom Gesetz verlangte Reserve (Art. 35 Abs. 3 RAG; Stand Ende 2020: CHF 5,0 Mio.) ist mit Blick auf die aktuellen Risiken weiterhin angemessen. Die finanzielle Belastung der Revisionsunternehmen ist im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele (Ziel 10)

Die RAB ist eine attraktive Arbeitgeberin für Spezialistinnen und Spezialisten der Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Aufsicht über den Finanzmarkt. Offene Stellen konnten schnell und vollwertig wiederbesetzt werden. Auf der vorsorgepolitischen Seite der Anstellungsverhältnisse orientiert sich die RAB am Bund.

[1] vgl. die Ergebnisse im Geschäftsbericht der RAB 2019, S. 14 ff.

[2] vgl. die Ergebnisse im Geschäftsbericht der RAB 2020, S. 24.

Die Fluktuationsrate war 2020 mit 7,1 Prozent deutlich tiefer als im Vorjahr (2019: 12,5 %). Ohne den Todesfall des bisherigen Direktors liegt die Fluktuation bei 3,5%.

Die altersmässige Chancengleichheit ist mit Blick auf die stete Zunahme des Durchschnittsalters (2015: 40,8 Jahre; 2020: 44,8 Jahre) sichergestellt. Der Anteil der weiblichen Mitarbeitenden ist auf 39,3 Prozent gestiegen (2019: 34,4%). Weiter stehen mit der Präsidentin und der Vizepräsidentin zwei Frauen an der Spitze des Verwaltungsrats. In der Geschäftsleitung ist keine Frau vertreten. Die Lohngleichheit wird auf Grund der Grösse der Organisation jährlich in einer internen Lohnanalyse überprüft. Die Vielfalt des Personals zeigt sich unter anderem mit einem Anteil von 25,0 Prozent französisch- und italienisch-sprachigen Mitarbeitenden (2019: 25,0%) und 14,3 Prozent ausländischen Mitarbeitenden (2019: 12,5%) angemessen. Die RAB beschäftigt keine Lernenden oder Hochschulpraktikanten, was primär auf ihre Grösse zurückzuführen ist.

Im Einklang mit anderen öffentlich-rechtlichen und privaten Arbeitgebern verzichtet die RAB ab 2020 auch auf der Stufe der Geschäftsleitung auf die Ausrichtung von variablen Lohnbestandteilen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die RAB ist an keinen Kooperationen beteiligt und hält keine Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 22.2.2021 fest, dass sie auf keine Sachverhalte gestossen ist, aus denen sie schliessen müsste, dass die Jahresrechnung 2020 nicht dem Gesetz entspricht. Das Testat wurde ohne Einschränkungen oder Hinweise erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2020 zu genehmigen, den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen und die Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2020 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Anträgen des Verwaltungsrates am 31.3.2021 zugestimmt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 5. Oktober 2020 ist der langjährige Direktor der RAB Frank Schneider unerwartet im Amt verstorben. Der Verwaltungsrat hat den bisherigen stellvertretenden Direktor, Dr. Reto Sanwald, zum Direktor und Martin Hürzeler zum stellvertretender Direktor ernannt. Der Bundesrat hat die Wahl des Direktors am 18. Dezember 2020 bestätigt.

Die Pandemie hat die RAB 2020 hauptsächlich in deren Arbeitsabläufen herausgefordert (vgl. vorne zu Ziel 2). Die Auswirkungen auf die Prüfarbeit der Revisionsunternehmen kann erst nach Abschluss der Revisionen zum Geschäftsjahr 2020 beurteilt werden.

Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung (SIR)

Internet: www.isdc.ch

Sitz: Ecublens

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Franz Werro (Präsident), Florence Aubry Girardin, Andrea Bonomi, Dominique Brown-Berset, Martin Good, Markus Schefer, Daniel Wüger

Direktorin: Christina Schmid

Ext. Revisionsstelle: keine eigene Rechnung

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Mit Inkrafttreten des totalrevidierten Instituts-Gesetzes wurde 2020 ein neu konstituierter Institutsrat eingesetzt. Von den in der Strategieperiode 2020 bis 2023 vorgesehenen Zielen standen die Qualität der Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung der Forschung im Vordergrund.

Die Covid-19 bedingten Einschränkungen wie z.B. die zeitweise Schliessung der Bibliothek hatten wesentliche Auswirkungen auf einzelne Kennzahlen. Davon zeugen insbesondere der Rückgang der Bibliotheksbesuche und der Seminare für Studierende – seitens kantonaler Gerichte und der übrigen Klientschaft war der Einnahmerückgang mit ca. 7 Prozent moderat. Trotz der Einschränkungen konnten die Dienstleistungen weitgehend aufrechterhalten werden.

Am stärksten von der Pandemie betroffen war das strategische Ziel der Forschungsunterstützung. Aufgrund der Restriktionen mussten zwei Veranstaltungen verschoben und Seminare für Studierende und Doktorierende abgesagt werden. Es waren aber auch positive Entwicklungen zu verzeichnen: zwei Fachtagungen wurden online durchgeführt und stiessen auf überdurchschnittlich grosses Interesse. Die bei dieser Art der Veranstaltungsorganisation gewonnenen Erkenntnisse werden in die weiteren Arbeiten einfliessen.

Die Bibliothek hat mit dem Beitritt zur neu geschaffenen Bibliotheksplattform swisscovery Fortschritte bei der Forschungsunterstützung gemacht. Damit erhalten Studierende und Wissenschaftler der ganzen Schweiz einen vereinfachten Zugang zum Bibliotheksbestand.

Kennzahlen	**2020**	2019
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**0,5**	0,5
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**0,5**	0,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**28.6**	29.8
davon Frauen in %	**47.2**	47.2
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Anfragen für Rechtsgutachten und rechtsvergleichende Studien (Anzahl)	**188**	215
Seminare für Studierende (Anzahl)	**3**	17
Fachtagungen (Anzahl)	**3**	7
Publikationen und Forschungsberichte (Anzahl)	**2**	1
Bibliothek: Neuerwerbungen (Anzahl)	**3776**	6145
Bibliothek: Ausleihen (Anzahl)	**12894**	45851
Bibliothek: Besucher (Anzahl)	**5796**	14392
Einnahmen		
Einnahmen aus Gebühren	**121 994**	507 251[1]
Einnahmen aus gewerbl. Leistungen	**351 328**	-

[1] Bis zum 31.12.2019 fakturierte das SIR alle Leistungen als gebührenpflichtige Leistungen.

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

- *Hohe Qualität von Rechtsauskünften, Gutachten und Forschungsarbeiten sicherstellen*

Im 2020 erhielt das Institut insgesamt 188 Anfragen für Rechtsgutachten und erstellte 64 Rechtsgutachten. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr (215 Anfragen sowie 98 Rechtsgutachten im 2019) liegt wohl an den Covid-bedingten Schliessungen und Einschränkungen der Verwaltungs-,

* Strategische Ziele abrufbar unter: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-79503.html

Gerichts- und Wirtschaftstätigkeit. Dieselben Gründe haben auch dazu geführt, dass die Anzahl angefragter Rechtsordnungen gesunken ist (von 83 auf 66).

Auch wenn die überwiegende Mehrheit der Anfragen aus dem Privatsektor stammt und somit gewerbliche Leistungen betrifft, verursachen diese einen verhältnismässig geringeren stundenmässigen Aufwand. Gut 65% des Aufwands des SIR für das Bearbeiten von Gutachtensanfragen und das Erstellen der Gutachten erfolgt als gesetzliche Leistung zugunsten öffentlich-rechtlicher Institutionen (Bund, Kantone, Gerichte, etc.). Der Grossteil davon betrifft Dienstleistungen für den Bund (50% des gesamten Gutachtenaufwandes). Die übrigen 35% des Gutachtenaufwands wurden für gewerbliche Leistungen, d.h. zur Bearbeitung von Anfragen aus dem Privatsektor (insbesondere Advokatur und Notariate) aufgewendet, wobei ein bedeutender Teil grenzüberschreitende Umstrukturierungen betrifft.

Die Sicherstellung der Qualität der juristischen Arbeiten war 2020 wegen der vorübergehenden Schliessung der Bibliothek sowie der Umstellung auf Heimarbeit eine Herausforderung. Dank einer raschen Digitalisierung verschiedener Arbeitsprozesse und eines entsprechenden Einsatzes waren inhaltlich keine Qualitätseinbussen zu verzeichnen. Bei der Abwicklung vereinzelter Gutachten kam es allerdings zu Verzögerungen, was sich auf die Kundenzufriedenheit auswirkte.

2019 hat das SIR die sprachliche Qualität der Gutachten extern evaluieren lassen. Die Erkenntnisse wurden 2020 diskutiert, es ergab sich aber kein grundsätzlicher Handlungsbedarf.

Im Institutsrat fanden 2020 grundlegende Diskussionen statt, wie eine hohe Qualität der Auskünfte, Gutachten und Forschungsarbeiten sichergestellt werden kann. Erste Entscheide wurden anfangs 2021 getroffen. Die Umsetzung läuft.

- *Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Forschung und Förderung der Einreichung von Forschungsgesuchen der Angestellten bei Institutionen der Forschungsförderung*

Die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Forschung wurde im Berichtsjahr diskutiert und es wurden bereits erste Massnahmen getroffen.

Entsprechend haben die 2020 eingestellten Mitarbeitenden ein ausgeprägtes wissenschaftliches Profil und sind diese bestrebt, ihre Forschungstätigkeiten weiterhin zu betreiben. Zudem wurden Mitarbeitende bei verschiedenen Projekten unterstützt.

Weitere Massnahmen sollen im 2021 eruiert, beschlossen und in den Folgejahren umgesetzt werden.

Das Institut war schliesslich zusammen mit der Universität Genf an der Organisation einer Tagung beteiligt, für deren Durchführung seitens des SNF Unterstützungsbeiträge in Aussicht gestellt wurden. Angesichts der epidemiologischen Lage musste die Durchführung der Tagung auf 2021 verschoben werde.

- *Zusammenarbeit mit Universitäten, anderen Forschungsinstitutionen und weiteren Partnern in der Schweiz und im Ausland überprüfen und intensivieren*

2020 wurde die bewährte Zusammenarbeit mit Institutionen der Rechtsvergleichung (Association Henri Capitant – Chapitre Suisse, Internationale Akademie für Rechtsvergleichung) und des internationalen Rechts (Schweizerische Vereinigung für Internationales Recht) sowie mit schweizerischen Hochschulen (insbesondere der Universität Genf, der Universität Lausanne und der Universität Bern) durch gemeinsam organisierte Tagungen weitergeführt. Eine Tagung mit einem neu gegründeten Netzwerk im vergleichenden Familienrecht ist in Vorbereitung, und weitere Projekte mit ausländischen Partnern werden aktuell evaluiert. Dabei liegt der Fokus auf internationalen Netzwerken sowie Institutionen mit ausgewiesener Qualität und Kompetenz.

- *Unterstützung von Studierenden sowie von Wissenschafterinnen und Wissenschaftern aus der Schweiz und dem Ausland in ihrer Forschung*

Die Unterstützung von Wissenschafterinnen und Wissenschaftern war 2020 aufgrund der teilweisen Schliessung der Bibliothek sowie der Restriktionen im Reiseverkehr eine grosse Herausforderung. Mit einer Anpassung der Dienstleistungen an die veränderten Umstände, wie beispielsweise mit einer Intensivierung der bibliographischen Auskünfte, wurde dieser Herausforderung begegnet.

Eine wesentliche Neuerung im Bibliotheksbereich wird den Studierenden sowie Wissenschafterinnen und Wissenschaftern insbesondere in der Schweiz zugutekommen. Mit dem Beitritt des Instituts zu swisscovery, der neu eingeführten einheitlichen akademischen Bibliotheksplattform, wird das schweizerische akademische Publikum vereinfacht Informationen und Zugang zum Bibliotheksbestand erhalten.

- *Gewährleistung der Sichtbarkeit von Publikationen und weiterer Dienstleistungen, insbesondere auch jener der Bibliothek*

Die erwähnte Beteiligung an swisscovery gewährleistet die Sichtbarkeit der Bibliothek, insbesondere für das schweizerische akademische Publikum.

2. Finanzielle Ziele

Der Bundesrat erwartet, dass das SIR nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt wird und seine Ressourcen wirtschaftlich und wirksam einsetzt.

Das SIR führt seine Rechnungslegung nach den Grundsätzen von Art. 47 FHG und setzt die Standards gemäss Art. 48 FHG um. Für die sorgfältige, wirtschaftliche und

sparsame Verwendung des Globalkredits und der Vermögenswerte sind Prozesse gemäss den Vorgaben der EFV und des Departements EJPD implementiert und werden laufend angepasst.

Das neue Ziel der Kostendeckung bei den gewerblichen Leistungen konnte im ersten Betriebsjahr unter dem totalrevidierten Bundesgesetz über das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SIRG; SR 425.1) nicht erreicht werden (Unterdeckung in der Höhe von CHF 236 093). Einerseits fielen die Erlöse tiefer aus, weil teils noch alte Tarife fakturiert wurden, wenn die Arbeiten vor 2020 aufgenommen wurden. Andererseits sind die gewerblichen Leistungen künftig umfassender zu fakturieren. Die Prozesse sind entsprechend anzupassen, damit eine Kostendeckung so rasch wie möglich erreicht werden kann.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der Bundesrat erwartet, dass das SIR sich an die personal- und vorsorgerechtlichen Vorgaben gemäss Bundespersonalgesetzgebung hält.

Im SIR waren im Jahresdurchschnitt 28.6 Vollzeitstellen besetzt, wobei die Aushilfen (1 FTE), Lernenden (2 FTE) und Praktikanten (1 FTE) darin nicht einbegriffen sind. Bei den Praktikanten war im 2020 ein starker Rückgang zu verzeichnen (von 4 auf 1). Es handelt sich dabei um ausländische Juristen. Der Rückgang der Praktikanten steht daher im Zusammenhang mit der erschwerten Einreisesituation, fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten und Unsicherheiten aufgrund von Covid-19.

Auf die Mitglieder der Direktion und das übrige Personal ist das Bundespersonalgesetz (BPG) anwendbar. Somit sind die personalpolitischen Vorgaben wie bei der zentralen Bundesverwaltung zu erfüllen. Der Frauenanteil des Personals liegt mit 47.2% im Rahmen der Sollwerte des Bundes (Soll 46-50%). Im höheren Kader besteht gar ein Frauenanteil von 66.7% (Soll 27-32%). Im mittleren Kader sind 40.3% (Soll 36-43%) der Angestellten Frauen.

Die Arbeitsformen innerhalb des SIR fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. So arbeiten 69.1% der Angestellten beim SIR mit einem Beschäftigungsgrad von 90% oder weniger. Darüber hinaus besteht je nach Funktion schon seit einigen Jahren die Möglichkeit, einen Teil der Arbeitszeit im Homeoffice zu erledigen. Die bisher gemachten Erfahrungen aus der Corona-Krise haben gezeigt, dass diese Arbeitsform besser funktioniert als erwartet. Das SIR will deshalb Homeoffice auch in Zukunft konsequent fördern, soweit dies mit der jeweiligen Funktion vereinbar ist.

Das Personal des SIR ist im Vorsorgewerk Arbeitgeber Bund bei der Pensionskasse des Bundes PUBLICA versichert. Für das SIR wurde kein eigener Vorsorgeplan abgeschlossen, weshalb im vorliegenden Bericht auf diesbezügliche Kennzahlen verzichtet wird. Informationen können unter www.publica.ch eingesehen werden.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die Kooperationen des Instituts beschränken sich auf die in den strategischen Schwerpunkten erwähnten Projekte im Rahmen von gemeinsam organisierten Veranstaltungen (siehe oben zur Zusammenarbeit mit schweizerischen Universitäten). Mit dem Bundesamt für Justiz betrifft die Zusammenarbeit in erster Linie die Bibliothek, indem das SIR die dortige Bibliothek weitgehend betreut. Schliesslich koordiniert sich das SIR im Rahmen der Bibliotheksnetzwerke eng mit den Bibliotheken der Gerichte des Bundes.

B. Bericht der Revisionsstelle

Das SIR verfügt über keine eigene Rechnung. Allfällige Revisionen werden daher von der Eidgenössischen Finanzkontrolle oder dem Finanzinspektorat EJPD im Rahmen der Botschaft über die jeweilige Staatsrechnung durchgeführt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat beantragt dem Bundesrat die Kenntnisnahme des Berichts des Institutsrates über die Erreichung der strategischen Ziele an den Bundesrat (Art. 9 Bst. a SIRG; SR 425.1). Er beantragt weiter die Genehmigung des Jahresberichts und die Entlastung des Institutsrats (Art. 9 Bst. h).

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 31.03.2021 den Jahresbericht des SIR für das Jahr 2020 genehmigt und dem Institutsrat Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB

Internet: www.ehb.swiss

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

EHB-Rat: Adrian Wüthrich (Präsident), Claude Pottier (Vizepräsident), Dr. Amalia Mirante (Vizepräsidentin), Olivier Dinichert, Prof. Dr. Winfried Kronig, Angelika Locher Schmid, Andri Rüesch, Claude-Alain Vuille, Amalia Zurkirchen

Direktorin: Dr. Barbara Fontanellaz

Ext. Revisionsstelle: BDO AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Das EHB hat auf ganz verschiedenen Ebenen auf die Covid-19-Pandemie reagiert. Der Unterricht wurde je nach den bundesrätlichen Bestimmungen im Fern- oder im Präsenzunterricht mit den entsprechenden Hygiene- und Distanzregeln durchgeführt. In der Weiterbildung wurden diverse kurze Webinare entwickelt, die die Berufsbildungsverantwortlichen in der ganzen Schweiz und die eigenen Dozierenden mit neuen Tools und deren Anwendung vertraut machten. Die Forschung hat mit diversen Beiträgen und Projekten die digitale Transformation der Berufsbildung unterstützt (z.B. mit einem Trend-im-Fokus-Papier «Berufseinstieg in der Rezession»), aktuelle Problemstellungen aufgegriffen und zur Weiterentwicklung der Berufsbildung beigetragen.

Insbesondere die internationale Zusammenarbeit hat unter der Pandemie gelitten. Es mussten diverse Anlässe abgesagt werden, und für den Wissenstransfer bedeutsame Auftritte konnten nicht realisiert werden.

2020 war für das EHB auch in politischer Hinsicht ein Meilenstein: Das Parlament nahm das neue EHB-Gesetz einstimmig an und ebnete damit den Weg zur Hochschule. Das entsprechende Akkreditierungsgesuch wurde im Januar 2021 eingereicht. Die Vorarbeiten dazu haben das EHB 2020 stark beschäftigt. Im Zentrum stand das Qualitätsmanagement, welches sowohl eine externe Peer-Review als auch diverse interne Konzepte umfasste. Zudem konkretisierte sich die Mitwirkung der Studierenden mit der Konstitution eines Studierendenrates. Auch die Optimierung der EHB-Standorte wurde weiterbearbeitet.

Am 1.3.2020 konnte mit dem Arbeitsbeginn von Direktorin Barbara Fontanellaz und Ratspräsident Adrian Wüthrich die Führung des EHB erneuert werden.

Der Bundesrat kann am Ende der Periode 2017-2020 feststellen, dass die Ziele grossmehrheitlich erreicht wurden. Es handelt sich überwiegend um Daueraufgaben, die auch in der kommenden Zielperiode weitergeführt werden.

Kennzahlen	**2020**	2019
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**48,5**	49,0
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	**-0,8**	1,8
Alle Reserven (Mio. CHF)	**4,2**	5,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**10,6**	10,3
Eigenkapitalquote in %	**39,5**	48,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**188**	175,7
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Abschlüsse: Diplome	**243**	207
Abschlüsse: Zertifikate	**793**	755
Abschlüsse: Zusatzausbildungen	**195**	289
Projekte Berufsentwicklung	**242**	232
Forschungsprojekte	**58**	44
Techn. Deckungsgrad PUBLICA	**108,0**	105,6
Ökonom. Deckungsgrad PUBLICA	**90,8**	89,3
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**42,0**	42,0
Gebühren (Mio. CHF)	**6,3**	6,9

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Das EHB nimmt seine Rolle als Expertenorganisation des Bundes für die Berufsbildung wahr und ist ein kompetenter und verlässlicher Ansprechpartner für die Verbundpartner.

Das EHB konnte 2020 seine Expertise einmal mehr unter Beweis stellen. Es gewann einen Worlddidac-Award für die Lernplattform mySkillbox und erhielt damit eine Anerkennung für innovative und qualitativ hochstehende Lehrmaterialien. Zudem gewann es den Berufsbildungspreis

* Strategische Ziele: https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2016/8541.pdf

der Schweizerischen Gesellschaft für angewandte Berufsbildungsforschung für die Plattform Realto, die das betriebliche und schulische Lernen verbindet. Die Verbundpartnerbefragung zeigte, dass die Angebote des EHB geschätzt werden, dass das EHB über grosses Know-how verfügt und sich als nationale Institution etabliert hat.

Das EHB erfüllt Aufgaben von nationalem Interesse, steht im Dialog mit der Gesellschaft und trägt zur nachhaltigen Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt bei.

In der Verbundpartnerbefragung wurde mehrfach hervorgehoben, dass das EHB dank der schweizweiten Präsenz eine zentrale Rolle in der Schweizer Berufsbildung spielt. Mit dem EHB-Magazin «skilled» macht das EHB den Stand der Forschung und der Lehre sowie Projekte einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Covid-19-bedingt waren Auftritte an Veranstaltungen nur beschränkt oder virtuell zu realisieren. In Sachen Nachhaltigkeit hat das EHB 2020 eine Corporate-Social-Responsability-Strategie entworfen und die Nachhaltigkeit als einen der zentralen Werte verankert.

Das EHB greift Problemstellungen und Strömungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt frühzeitig auf und trägt zur Weiterentwicklung der Berufsbildung bei.

2020 veröffentlichte das Schweizerische Observatorium für Berufsbildung OBS EHB verschiedene Trendberichte; darunter auch zu den Herausforderungen und Potenzialen von Fernunterricht, sowie Forschungserkenntnisse zum Thema «Berufseinstieg in der Rezession». Mit Skillsnet.swiss kommt das EHB einem oft geäusserten Wunsch nach einer Informations- und Vernetzungsplattform zur digitalen Transformation der Berufsbildung nach.

Das EHB nimmt eine führende Position in der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungspersonen sowie der Berufsentwicklung und Berufsbildungsforschung ein.

Im Jahr 2020 erzielte das EHB schweizweit einen Marktanteil von 51,1 Prozent (2019: 53,5 %, -2,4 %) bei den berufspädagogischen Diplomstudiengängen und kann trotz eines leichten Rückgangs seine führende Position halten. In der Berufsentwicklung und in der Berufsbildungsforschung gehört das EHB mit 58 laufenden Projekten (2019: 44, +32 %) und 137 Publikationen (2019: 155, -11,6 %) zu den wichtigen Akteuren in der Schweiz.

Das EHB unterstützt die Strategie des Bundes für die internationale Berufsbildungszusammenarbeit und trägt mit Aus- und Weiterbildungsangeboten, mit seiner Forschung und mit seinen Dienstleistungen in der Berufsentwicklung zur Stärkung des dualen Modells der Berufsbildung im internationalen Kontext bei.

Angesichts der Covid-19-Pandemie konnte das EHB 2020 praktisch keine ausländischen Delegationen empfangen. Erfreulich ist, dass das EHB drei neue Projekte/Mandate akquirieren konnte und in neun verschiedenen Ländern seine Expertise einbringt (2019: 11 Länder).

Die Leistungen des EHB im Dienst der Verbundpartnerschaft sind in der Berufsbildungspraxis verankert und von grosser Nähe zur Arbeitswelt gekennzeichnet.

Die Gesamtzufriedenheitswerte der Kundinnen und Kunden zeigen einmal mehr sehr hohe Werte: Zentrum für Berufsentwicklung 96,8 Prozent (2019: 100 %, -3,2 %), Testatkurse 84,2 Prozent (2019: 84,2 %), Prüfungsexperten-Schulung 91,5 Prozent (2019: 90,1 %, +0,4 %), Forschung und Entwicklung 100 Prozent (2019: 100 %). Besonders hervorzuheben sind die Resultate der Ausbildung, die sich bei den Studierenden mit dem neuen Ausbildungskonzept auf über 80 Prozent (2019: 71,6 +8,4 %) verbessern konnten. Um die Nähe zur Arbeitswelt sicherzustellen, pflegte und intensivierte das EHB die vielfältigen Kontakte zu seinen Stakeholdern und suchte gezielt deren Zusammenarbeit, z.B. in der Ausbildung von Prüfungsexpertinnen und -experten.

Das EHB wirkt bei der Überprüfung seiner gesetzlichen Grundlagen mit und bereitet eine institutionelle Akkreditierung als Hochschule vor.

Das EHB hat 2020 verschiedene Vorbereitungsarbeiten geleistet; so die Verabschiedung einer Qualitätssicherungsstrategie mit Qualitätssicherungskonzepten für alle Sparten, die Genehmigung der spartenspezifischen Evaluationskonzepte, die Konstituierung des Studierendenrates oder Standortüberlegungen. Es wirkte auch bei der Vorberatung des EHB-Gesetzes in den parlamentarischen Kommissionen mit. Das Akkreditierungsgesuch wurde vorbereitet und im Januar 2021 beim Schweizerischen Akkreditierungsrat eingereicht. Der Zeitplan wurde aufgrund der parlamentarischen Beratung angepasst und insgesamt eingehalten.

Das EHB verfügt über ein angemessenes Risikomanagementsystem in Anlehnung an ISO 31000. Zudem verfügt es über ein den internationalen Standards genügendes sowie effizientes und effektives Qualitätsmanagement.

Das Risikomanagement hat sich während Covid-19 bewährt. Die getroffenen Vorkehrungen haben funktioniert, und das EHB konnte jederzeit seinen Aufgaben nachkommen. Dem WBF wurden keine Risiken gemeldet, die auf den Bund zukommen könnten.

2020 hat die Hochschulleitung eine Rezertifizierung gemäss der European Foundation for Quality Management (EFQM) auf Stufe «Qualified by Excellence» eingeleitet. Damit soll das Zertifikat «Commited to Excellence», welches Ende 2021 ausläuft, durch eine höhere Anerkennung abgelöst werden.

Das EHB fördert mit seinen Studiengängen, Kursen und Zusatzausbildungen die Qualität des Berufsbildungssys-

tems und begünstigt das lebenslange Lernen der Berufsbildungsverantwortlichen. Es entwickelt und vermittelt praxisverankerte und wissenschaftsbasierte Erkenntnisse und Kompetenzen.

Über 16 000 Personen (2019: 13 800, +16 %) absolvierten am EHB eine Aus- oder Weiterbildung. Insbesondere die Weiterbildung konnte einen grossen Zuwachs verzeichnen (8408 Teilnehmende an Testatkursen, 2019: 4335, +49%). Das EHB hat mit der Umstellung auf Distance Learning eine Reihe kurzer Webinare zu digitalen Tools entwickelt, die grossen Anklang fanden. Stark geprägt war der Unterricht am EHB durch die Covid-19-Pandemie. Phasen von Fern- und Präsenzunterricht wechselten sich ab. Dies führte zu Absagen, Verschiebungen und Modalitätsänderungen; Hygiene- und Distanzregelungen mussten umgesetzt werden. Dank Anpassung der Qualifikationsverfahren konnten 1036 Personen (2019: 962, +7,7%) ihre Ausbildung erfolgreich abschliessen.

Die grösste Zustimmung in der Verbundpartnerbefragung erhielt die Aussage, dass die Angebote des EHB in der Berufsbildungspraxis verankert sind.

Das EHB qualifiziert Berufsbildungsverantwortliche, Prüfungsexpertinnen und -experten sowie Spezialistinnen und Spezialisten der Berufsbildung inhaltlich und didaktisch zweckmässig und bereitet sie auf die mit ihren Aufgaben verbundenen Herausforderungen vor.

Das neue Ausbildungskonzept für Berufsbildungsverantwortliche orientiert sich am Modell der Situationsdidaktik und verstärkt den Bezug zwischen Theorie und Praxis. Die Studierenden haben die Möglichkeit, ihre Praxiserfahrung zu analysieren und Verbesserungsmassnahmen einzuleiten. Intervision, Besuche in Berufsbildungsinstitutionen sowie die Begleitung im Berufsalltag fördern und unterstützen die Praxisverankerung. Die Befragungen der Studierenden, die nach dem neuen Konzept ausgebildet werden, zeigen, dass die angestrebten Verbesserungen erreicht werden konnten.

Das EHB schafft mit seiner Forschung evidenzbasierte Grundlagen und bereitet bestehende Studien und Forschungsresultate auf. Es trägt so zur Steuerung und Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems auf allen Ebenen bei. Es sorgt aktiv für den Wissenstransfer in die Praxis der Berufsbildung und der Arbeitswelt.

2020 bearbeitete das EHB eine rekordhohe Zahl von 58 Projekten (2019: 44, +31,8 %). Es deckte dabei die ganze Bandbreite der Berufsbildung ab, angefangen bei der Berufswahl, über die Berufsbildungsqualität, die Anrechnung von Bildungsleistungen bis hin zu Kompetenzen der Zukunft und digitale Lehr- und Lernformen an höheren Fachschulen. Das EHB konnte zudem ein neues Projekt des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung akquirieren, welches Fragen nach den Ausbildungsbedingungen in Lehrbetrieben nachgeht.

Pandemiebedingt sind die Auftritte an Forschungskolloquien und Tagungen 2020 stark zurückgegangen (19, 2019: 90, -78,9 %). Die Anzahl Publikationen konnte hochgehalten werden; doch auch sie liegt mit einem Wert von 137 etwas unter dem Vorjahr (2019: 155, -13,1 %). Der Bundesrat erwartet, dass sich diese Zahlen nach der Pandemie wieder auf dem früheren Stand einpendeln. Zudem führte das EHB die Umsetzung der Massnahmen zur Verbindung von Forschung und Lehre fort.

Das EHB ist mit seinen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und dem Studiengang «Master of Science in Berufsbildung» in der Hochschullandschaft anerkannt.

Der Master of Science verzeichnet stabile Immatrikulationszahlen (42, 2019: 47, -10,6 %). Noch nicht so gefestigt ist der erstmalig durchgeführte Bachelor auf Science (BSc); ein Drittel der Studierenden (7 von 19) hat die Ausbildung abgebrochen. Hauptgrund ist mangelnde Vereinbarkeit von Studium und beruflicher Belastung. Entsprechende Massnahmen (z.B. Zulassungsberatung) wurden eingeleitet. Das Modulangebot des BSc wird jedoch in der Lehrevaluation positiv bewertet.

Das EHB unterstützt die Verbundpartner bei der Neu- und Weiterentwicklung der Berufe unter Berücksichtigung von deren Bedürfnissen und bei einer gesamtschweizerisch harmonisierten und sprachregional verträglichen Umsetzung der Berufsbildung.

Das EHB unterstützte die Verbundpartner 2020 in insgesamt 242 Projekten (2019: 232, +4,3 %), darunter 18 Revisions- (2019:19) und 164 Implementierungsprojekte (2019: 145) der beruflichen Grundbildung. Die weiteren Projekte verteilen sich auf die höhere Berufsbildung (18, 2019: 30) und transversale Projekte (42, 2019: 37). Neben Mandaten von Berufsverbänden bearbeitete das EHB auch einen Auftrag des BAG (Bildungsgänge und Abschlussprüfungen für die Zulassung zu Behandlungen mit nichtionisierender Strahlung oder Schall).

2. Finanzielle Ziele

Das EHB wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt und setzt seine Ressourcen wirtschaftlich, effizient und effektiv ein. Es finanziert seine Tätigkeiten aus den gesetzlich vorgesehenen Finanzierungsquellen und erzielt über die Geltungsdauer der strategischen Ziele mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis. Zudem erhöht es den Zweit- und Drittmittelanteil der Sparte Forschung und Entwicklung auf 20 Prozent.

Verschiedene Aktivitäten des EHB tragen dazu bei, dass der Mitteleinsatz effizient gestaltet werden kann: Anpassungen in der Ablauf- und Aufbauorganisation, Entwicklung von Spartenstrategien und Businessplänen, Koordination der Akquisitionen, Überarbeitung von Rollen und Prozessen in der Verwaltungsplattform.

Die Jahresrechnung schloss mit einem Verlust von 0,8 Millionen Franken ab. Dieses Ergebnis ist einerseits auf tiefere Erträge aus Studiengebühren (CHF -0,2 Mio.) und aus Dienstleistungen und Drittmitteln (CHF -0,3 Mio.) zurückzuführen. Bedingt durch Covid-19 konnten verschiedene Kurse und Lehrgänge nicht durchgeführt werden, und verschiedene Dienstleistungen (Berufsentwicklung, Internationales) wurden nicht oder erst später nachgefragt. Anderseits erhöhten sich die Personal- (CHF +1,7 Mio.) und Informatikkosten (CHF +0,8 Mio.). Für strategische Projekte im Bereich Digitalisierung und Akkreditierung wurde zusätzliches Personal benötigt. Diese Stellen sind grösstenteils befristet. In der Informatik stiegen die Kosten aufgrund der Beschaffung neuer Notebooks und wegen der Anschaffung weiterer Hardware (Bildschirme, Netzwerk-Security etc.), um die Umstellung auf Homeoffice aufgrund der Corona-Pandemie zu ermöglichen.

Über die Geltungsdauer der strategischen Ziele erzielte das EHB Gewinne von 1,6 Millionen Franken. Der Anteil der Zweit- und Drittmittel beläuft sich auf 29,7 Prozent.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das EHB betreibt eine vorausschauende, sozialverantwortliche, transparente und verlässliche Personalpolitik. Es fördert die Chancengleichheit, die persönliche Entwicklung und die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das EHB unterstützt den bedarfsgerechten Einsatz der Mitarbeitenden und fördert deren Leistungsfähigkeit und -bereitschaft. Ausdruck dafür sind verschiedene Neuerungen, die 2020 lanciert wurden: eine Anlaufstelle bei Pandemie-Unsicherheiten, ein Merkblatt für mobiles Arbeiten, eine Care-Stelle und ein Leitfaden für inklusive Sprache. Das EHB weist hohe Frauenanteile sowohl allgemein (66,5 %, 2019: 63,7 %, +2,8 %) als auch im Kader (53,1 %, 2019: 46,9 %, +6,2 %) auf. Die Sprachen der Mitarbeitenden sind verteilt auf 58,6 Prozent deutsch (2019: 95,3 %, -0,7 %), 27,1 Prozent Französisch (2019: 27 %, +0,1 %), 14,3 Prozent Italienisch (2019: 13,7 %, +0.6 %).

Das EHB achtet bei seinen Vorgesetzten und Mitarbeitenden auf Integrität und fördert die hohe Fachkompetenz der Mitarbeitenden. Es hält den Anteil an Lernenden von mind. 5 Prozent des Personalbestandes.

Dank einer Rücklaufquote von 81 Prozent ergibt sich ein breit abgestütztes Stimmungsbild bei der Personalbefragung 2020. Die Ergebnisse zeigen, dass insgesamt eine gute Arbeitszufriedenheit herrscht (Mittelwert 74 von 100 möglichen Punkten), eine hohe Identifikation mit dem EHB besteht (Mittelwert 86 Punkte) und dass viele Mitarbeitende ihre Arbeit mit grosser Begeisterung ausüben (Mittelwert 87 Punkte). Handlungsfelder gibt es bei den Arbeitsabläufen, der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit, den Partizipationsmöglichkeiten und der Personalentwicklung. 2020 beschäftigte das EHB 17 Lernende. Das entspricht einem Anteil von 6.8 Prozent (2019: 6.6 %, +0,2 %)

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das EHB kooperiert mit anderen Institutionen und arbeitet mit anderen Anbietern von Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche zusammen. Es nutzt Synergien in der Forschung und fördert den Dialog mit anderen Hochschulen.

Insbesondere mit den pädagogischen Hochschulen werden in der Lehre und in der Forschung aktiv Kooperationen gesucht. Ziel ist bei den berufspädagogischen Bildungsgängen die Harmonisierung der Bildungsangebote. Neben 17 Hochschulen stehen auf der Liste der Kooperationspartner 35 Praxispartner und 24 andere Partner sowie 28 internationale Kooperationspartner.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung 2020 des EHB geprüft und diese mit Bericht vom 30.3.2021 für ordnungsgemäss befunden. Die Revisionsstelle empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Das WBF legte dem Bundesrat den Geschäftsbericht 2020 einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung sowie den Bericht des EHB-Rats über die Erreichung der strategischen Ziele und den Bericht der Revisionsstelle vom 30.3.2021 zur Kenntnisnahme vor.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Geschäftsbericht 2020 einschliesslich Jahresrechnung am 21.4.2021 genehmigt und den Mitgliedern des EHB-Rates Entlastung erteilt. Der Bilanzverlust per 31. Dezember 2020 von 0,8 Millionen wird mit den Reserven verrechnet.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 1.3.2020 haben Dr. Barbara Fontanellaz als Direktorin und Adrian Wüthrich als Präsident des EHB-Rats ihre Arbeit aufgenommen. Damit endete eine Übergangszeit in der Direktion von mehr als 15 Monaten und im Ratspräsidium von drei Monaten.

Am 25.9.2020 haben National- und Ständerat das EHB-Gesetz in den Schlussabstimmungen einstimmig angenommen und damit den Weg frei gemacht für die Akkreditierung als pädagogische Hochschule des Bundes für Berufsbildung.

SIFEM AG

Internet: www.sifem.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Jörg Frieden (Präsident), Susanne Grossmann, Regine Aeppli, Yulia Balandina Jaquier, Geoffrey Burns, Angela de Wolff, Kathryn Imboden

Geschäftsführerin: Obviam AG, Bern

Ext. Revisionsstelle: BDO AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Die SIFEM hat im ersten Jahr der Corona-Krise die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie in den Zielländern deutlich zu spüren bekommen, jedoch weniger umfassend und heftig als befürchtet. In Anbetracht dieser Umstände legt sie am Ende der Strategieperiode 2018-2020 passable Geschäftszahlen vor.

Die **finanziellen Ziele** wurden teilweise erreicht. Im Berichtsjahr resultiert ein Anlageverlust von -17,2 Millionen Franken (Vorjahr: Anlagegewinn von 16,9 Mio.). Unter Berücksichtigung der operativen Kosten von 11,4 Millionen Franken fiel das Betriebsergebnis mit -28,6 Millionen Franken (Vorjahr: 5,1 Mio.) ebenfalls negativ aus. Kumuliert über den Zeitraum 2018-2020 ergibt sich ein operativer Verlust von -46,0 Millionen Franken. Damit wurde die Erwartung verfehlt, über den gesamten Strategiezyklus ein positives Rechnungsergebnis zu erreichen.

Erfreulich ist die vollständige Erfüllung aller Ziele im Rahmen der **strategischen Schwerpunkte**, welche die Entwicklungswirkung der SIFEM und das Risikomanagement umfassen. Die Entwicklungsergebnisse, aber auch die angewendeten Messmethoden sowie die Datenqualität und das Einhalten der Prozesse wurden erstmals von unabhängigen Spezialisten validiert.

Damit hat die Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft des Bundes 15 von 16 messbaren Vorgaben im Zeitraum 2018-2020 ganz erreicht oder übertroffen und auch unter erschwerten Bedingungen die Erwartungen des Bundesrates mehrheitlich erfüllt. Der Bundesrat fordert die SIFEM jedoch auf, geeignete Massnahmen zu ergreifen, um im Zuge der verbesserten globalen Konjunkturaussichten inskünftig die finanziellen Ziele wieder einhalten zu können. Er erwartet, dass sie ihre Bestrebungen intensiviert, damit ein positives Betriebsergebnis in der Strategieperiode 2021-2024 erreicht wird.

Kennzahlen	2020	2019
Finanzen[1] und Personal		
Operatives Betriebsergebnis (Mio. CHF)	**-28,6**	5,1
Gesamtergebnis (Mio. CHF)	**-84,3**	-6,9
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF)[2]	**-74,2**	-1,5
Alle Reserven (Mio. CHF)	**38,0**	93,6
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**616,9**	643,3
Eigenkapitalquote in %	**94,7**	97,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**0,2**	0,2
Unternehmensspezifische Kennzahlen[3]		
Rendite im mehrjährigen Durchschnitt - Internal Rate of Return (%)	**5,25**	6,0
Wertmultiplikator - Total Value over Paid-in	**120**	124
Neue Investitionsverpflichtungen (Mio. USD)	**85,6**	104,5
Rückflüsse aus Investitionen (Mio. USD)	**51,7**	56,5
Gesamtvolumen Investitionsverpflichtungen (Mio. USD) - Total Active Commitments	**883,6**	839,0
Einbezahlte Investitionen (zu Marktwerten, Mio. USD) - Residual Value	**420,0**	420,5
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**0**	0
Gebühren (Mio. CHF)	**0**	0
Erhöhung Aktienkapital (Mio. CHF)	**40**	30

[1] Jahresabschluss basierend auf den *International Financial Reporting Standards*

[2] Gemäss Jahresabschluss nach Obligationenrecht

[3] Die SIFEM verwendet den US-Dollar zur Messung der Investitionsleistung

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Hebelwirkung

Die SIFEM mobilisiert private Investitionen für die Zielländer und die begünstigten Unternehmen. Zu diesem Zweck trägt sie einen Teil der politischen oder kommerziellen Risiken

* Strategische Ziele: www.sifem.ch > über uns

und teilt umgekehrt die Risiken und Rückflüsse aus den Investitionen mit den privaten und institutionellen Investoren. In der Periode 2018-2020 mobilisierte jeder von der SIFEM investierte US-Dollar private Investitionen im Umfang von 5,8 US-Dollar. Der Zielwert (ein Verhältnis von mindestens 1 zu 4) wurde übertroffen. Die Hebelwirkung ist höher als im Vorjahr (5 USD), liegt aber unter dem Durchschnitt der vorangegangenen Strategieperiode 2014-2017 (USD 9,1).

Nachhaltigkeit

Sämtliche Finanzintermediäre, mit denen die SIFEM zusammenarbeitet, sind zur Einhaltung der Verantwortungsbewussten Investitionspolitik verpflichtet. Die SIFEM Portefeuille-Unternehmen als Kunden der Finanzintermediäre müssen national geltende Nachhaltigkeitsregularien einhalten und darauf hinarbeiten, die relevanten internationalen Normen anzuwenden. Massgebend sind die Performance Standards der IFC (Weltbank) oder daraus abgeleitete Kriterien. Hinsichtlich Einhaltung der Menschenrechte beziehen sich diese Leitlinien auf die Guiding Principles sowie auf die International Bill of Human Rights der UNO. Im Bereich der Arbeitsbedingungen gelten die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation.

Die Überprüfung erfolgt sowohl im Vorfeld als auch während der Umsetzung der Investitionsprojekte durch ein umfassendes Monitoring. Falls ein Fonds oder eine Finanzinstitution zum Zeitpunkt der SIFEM-Investition die Verantwortungsvolle Investitionspolitik nicht vollständig erfüllt, wird ein rechtlich verbindlicher Umwelt- und Sozialaktionsplan (ESAP) mit einem Umsetzungszeitplan vereinbart. Im Jahr 2020 verzögerte sich bei einer erfolgten Investition die Umsetzung des ESAP. Abgesehen davon gab es keine Risikofälle bzw. Missachtung der Vorgaben.

Insgesamt positive Entwicklungswirkung

Die SIFEM hat den Anspruch, dass alle Investitionen messbare Entwicklungseffekte erzielen. Zur Messung wird ein internes Rating-Tool verwendet, mit welchem die Investitionen bewertet und deren Entwicklungsleistung über die gesamte Investitionsperiode verfolgt wird. Vorgängig werden für jede Investition Richtwerte für die erwarteten Entwicklungseffekte definiert. Grossmehrheitlich (zu 85 %; 2019: 82 %) wird den ex-post beurteilten Investitionen eine «gute» oder «sehr gute» Entwicklungswirkung attestiert. Der Zielwert von 75 Prozent wurde im Jahr 2020 damit übertroffen.

Zusätzlich werden für jede Investition ausgewählt Indikatoren erhoben, um bestimmte Entwicklungseffekte auf der Portefeuille-Ebene aggregiert zu messen und auszuweisen. Zu den wichtigsten Parametern zählen die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Beitrag zum Klimaschutz (vgl. unten) sowie ein höheres Steueraufkommen an den Investitionsstandorten. Zusammengenommen entrichteten die Firmen, in welche die SIFEM seit 2014 investiert hat, Steuern in der Höhe von 2,4 Milliarden US-Dollar (Vorjahr: 1,9 Milliarden). Der Anstieg ist einigen grösseren Unternehmen in Portefeuille zu verdanken, bei denen es sich auch um bedeutende Steuerzahler handelt. Mögliche Auswirkungen der Covid-Krise sind (noch) nicht erfasst.

Beschäftigungswirkung

Die SIFEM ist im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes ein wichtiges Instrument für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Zielländern. Im Berichtsjahr hat die SIFEM anteilsmässig 12 839 Stellen unterstützt (d.h. ohne Berücksichtigung des Beitrags von Ko-Investoren) gegenüber 19 600 im Vorjahr. Der jährliche Stellenzuwachs in den Portfoliounternehmen erreichte 5,5 Prozent (Vorjahr: 7,4 %), womit die durchschnittliche dreijährige Wachstumsrate über den gesamten Strategiezeitraum hinweg 6,6 Prozent beträgt. Damit wurden die Zielwerte (mindestens 10 000 neue Stellen pro Jahr; Nettozuwachs an Arbeitsplätzen von mindestens 6 % im Dreijahresdurchschnitt) übertroffen. Die durchschnittliche Werte über die ganze Strategieperiode spiegeln jedoch weitgehend die Portfoliosituation, bevor die wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19 Pandemie in den Zielländern der SIFEM voll erfasst werden konnten.

Die SIFEM fördert mit ihren Investitionen auch die Qualität der Beschäftigung. So müssen alle Fondsmanager und Finanzinstitute gewährleisten, dass die Portefeuille-Unternehmen nationale Gesetze bezüglich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz einhalten und die Arbeitssicherheit über die national geltenden Grundanforderungen hinaus verbessern. Dies war überall der Fall. Was die Personalentwicklung betrifft, so berichten 60 Prozent der Portefeuille-Unternehmen (2019: 70 %), dass sie Weiterbildungen für ihre Angestellten durchgeführt haben. Die SIFEM ist bestrebt, die Unternehmen nach der Überwindung der Akutphase der Corona-Krise wieder zu verstärkten Ausbildungsanstrengungen anzuhalten.

Investitionen zur Förderung der sozialen Inklusion und des Klimaschutzes

Die strategischen Ziele 2018-2020 verpflichten die SIFEM, einen Teil der Investitionen zu Gunsten von Projekten mit spezifischen, messbaren Zielen im Entwicklungs- und Sozialbereich zu tätigen, welche insbesondere ärmeren bzw. benachteiligten Bevölkerungsschichten den Zugang zu erschwinglichen Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und/oder mit innovativen Lösungen zur Erhaltung globaler öffentlicher Güter (Klima, Biodiversität etc.) beitragen. Im Jahr 2020 waren von den neuen Investitionsverpflichtungen 71 Prozent in dieser Kategorie angesiedelt (2019: 44 %). Mit durchschnittlich 58 Prozent (2018-2020) Neuinvestitionen zur Förderung der sozialen Inklusion und des Klimaschutzes wurde der Zielwert (30%) übertroffen.

Gesamthaft ist die SIFEM bis heute Verpflichtungen von rund 136 Millionen Franken eingegangen, die zum Klimaschutz beitragen, was rund 12 Prozent aller ihrer Investitionen entspricht. Im Jahr 2020 hat die SIFEM eine neue Investition im Bereich des Klimaschutzes im Umfang von 16,2

Millionen Franken getätigt. Sie ermöglicht die Ko-Finanzierung von Wind-, Solar- und Energieeffizienz-Projekten hauptsächlich in Afrika und Asien. In der Strategieperiode 2018-20 wurden insgesamt 3 Klima-Investitionen mit einem Gesamtbetrag von 36,2 Millionen Franken getätigt. Das vom Bundesrat vorgegebene Ziel (mindestens 3 neue Klimafinanzierungsinvestitionen) wurde damit erreicht.

Bei Klimaschutzprojekten ermittelt die SIFEM seit 2014 die eingesparten CO2-Emissionen. Im Berichtsjahr haben solche Projekte 5'882 Gigawattstunden mit erneuerbaren Energieträgern produziert sowie rund 5,5 Millionen Tonnen CO2-Emissionen vermieden (Vorjahr: 5470 Gigawattstunden resp. 6,1 Mio. t C02).

Risikomanagement

Das interne Kontrollsystem der SIFEM erfüllt die Vorgaben des Obligationenrechts, und das Risikomanagement wurde von der Revisionsstelle als angemessen beurteilt. Die Revisionsstelle bestätigt, dass die Vorgaben der Artikel 728a Abs. 1 OR erfüllt sind.

Die SIFEM ist entsprechend ihrem Auftrag in schwierigen Märkten tätig und soll Risiken tragen, die der Privatsektor noch nicht allein übernehmen kann. Per Ende 2020 waren 39,7 Prozent (2019: 42,9 %) der Private Equity Fonds-Investitionen und 9,2 Prozent (2019: 7,7 %) der festverzinslichen Anlagen als Hochrisiko-Projekte klassifiziert. Das Gesamtrisiko des Portefeuilles ist somit tiefer als im Vorjahr. Die Risikoexposition wird bezogen auf den Nettovermögenswert (und nicht die Anzahl der Investitionen) berechnet. Weil die *Bewertung* der risikoreichen und sehr risikoreichen Projekte im Jahr 2020 stark zurückgegangen ist, hat sich ihr Anteil am Gesamtportfolio verringert, obwohl die Anzahl der Hochrisikoprojekte zugenommen hat. Die gemäss strategischen Ziel vorgegebenen Höchstanteile von 45 Prozent für Fonds-Investitionen und 20 Prozent für festverzinsliche Anlagen wurden aber wiederum eingehalten.

2. Finanzielle Ziele

Wirtschaftlichkeit

Die Betriebskosten der SIFEM und der mit der Geschäftsführung und dem Portefeuille-Management beauftragten Firma Obviam beliefen sich im Jahr 2020 auf 11,4 Millionen Franken (Vorjahr: 10,9 Mio.). Der Verwaltungskostenanteil entspricht 1,4 Prozent der aktiven Investitionsverpflichtungen (Vorjahr: 1,3 %) und liegt unter dem vom Bundesrat festgesetzten Höchstwert von 1,5 Prozent. Der Anstieg der Betriebskosten ist einem Wechselkurseffekt geschuldet. Aufgrund der starken Abwertung des US-Dollars gegenüber dem Schweizer Franken im Jahr 2020 ist der Wert der aktiven Investitionsverpflichtungen in Schweizer Franken gesunken.

Rechnungsergebnis

Für das Jahr 2020 weist die SIFEM ein negatives Betriebsergebnis von -28,6 Millionen Franken (Vorjahr: Gewinn von 5,1 Mio.) aus. Dafür verantwortlich ist – nach Abzug der Betriebskosten – das negative Investitionsergebnis von -17,2 Millionen Franken (Vorjahr: 16,0 Mio.). Tatsächlich hat der Marktwert des Beteiligungs-Portefeuilles durch die von der Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise in vielen Investitionsländern erheblich gelitten; auch für gewisse Darlehen mussten Wertberechtigungen vorgenommen werden. Demgegenüber hat die letzte verbliebene Investition in China, das rasch wieder auf den Wachstumspfad zurückgekehrt ist, die Bewertung günstig beeinflusst.

Das Gesamtergebnis fiel im Jahr 2020 mit einem Verlust von -84,3 Millionen Franken (Vorjahr: -6,9 Mio.) ebenfalls stark negativ aus. Die Abweichung vom Betriebsergebnis ist Währungsdifferenzen aus der Umrechnung von US-Dollar in die Berichtswährung (CHF) geschuldet.

Rückflüsse

Aufgrund der unerwartet raschen Erholung an den Finanzmärkten konnte die SIFEM trotz Corona-Krise Investitionen veräussern, allerdings in geringem Umfang als gewöhnlich; auch die Zinszahlungen waren rückläufig. Dennoch erreichten die Investitionsrückflüsse im Jahr 2020 51,7 Millionen US-Dollar (2019: USD 56,5 Mio.). Für den gesamten strategischen Zeitraum 2018-2020 sind sie mit 55,9 Millionen US-Dollar um 33 Prozent höher (Zielwert: 10 %) als im Mittel der vorangegangenen Strategieperiode 2014-2017 (USD 41,2 Mio).

Investitionen

Dank den soliden Rückflüssen und einer ausserordentlichen Kapitalerhöhung von 10 Millionen Franken (s. auch Ziffer E) konnte die SIFEM im Jahr 2020 neue Investitionen im Umfang von 85,6 Millionen Franken (Vorjahr CHF 104,5 Mio.) tätigen. Bei den 10 erfolgten Investitionszusagen handelt es sich um 6 Investitionen in Risikokapitalfonds, die KMU und andere schnell wachsende Unternehmen in Subsahara-Afrika und Lateinamerika unterstützen, 1 Darlehen an ein Finanzinstitut, das auf die Kreditvergabe an KMU in Südostasien abzielt, sowie 3 Covid-spezifische Massnahmen zur Pandemie-Krisenbewältigung im Gesamtbetrag von 12,8 Millionen Franken: Zwei bestehenden SIFEM-Kunden in Asien wurde Notfall-Liquidität im Umfang von 3 Millionen zur Verfügung gestellt. Zudem beteiligte sich die SIFEM für 9,8 Millionen mit anderen bilateralen Entwicklungsfinanzierungsgesellschaften und der Europäischen Investitionsbank an einer Darlehens-Fazilität für notleidende Finanzinstitute in den Zielländern.

Die für Investitionsgesellschaften wie die SIFEM wichtigsten langfristigen Finanzkennzahlen sind die Rendite im mehrjährigen Durchschnitt (Internal Rate of Return) und der Wertmultiplikator (Total Value over Paid-In). Die Rendite ist im Jahr 2020 auf 5,25 Prozent (Vorjahr: 6,0 %) zurückgegangen, der Wertmultiplikator von 1,24 auf 1,20 gesunken. Diese Rückgänge sind primär eine Folge der wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, die den Wert

des SIFEM-Anlageportefeuilles erheblich beeinträchtigt haben. Die vom Bundesrat vorgegebenen Zielwerte über das gesamte Portefeuille hinweg (Rendite grösser als 3 %, Wertmultiplikator grösser als 1,15) wurden aber übertroffen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Abgesehen vom Verwaltungsrat beschäftigt die SIFEM lediglich eine teilzeitlich angestellte Verwaltungsratssekretärin. Die Geschäftsführung der SIFEM erfolgt durch die Firma Obviam mit Sitz in Bern im Mandatsverhältnis. Dementsprechend ist die Pensionskassenlösung Sache des Mandatsträgers.

Der Verwaltungsrat hat überprüft und bestätigt, dass Obviam die Vorgaben des Bundesrates betreffend Personalpolitik, Anstellungsbedingungen, Arbeitsumfeld und Führungspraxis, sowie auch die Entschädigungsregeln im Zusammenhang mit dem SIFEM-Mandat einhält.

B. Bericht der Revisionsstelle

Mit Bericht vom 4. März 2021 bestätigt die Revisionsstelle, dass die Rechnungslegungsnormen eingehalten wurden und der Jahresabschluss gemäss den angewandten Grundsätzen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Die Jahreszahlen 2020 entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten der Gesellschaft.

Die Revisionsstelle bestätigt, dass ein ordnungsgemässes Internes Kontrollsystem existiert und der Verwaltungsrat angemessene periodische Risikobewertungen durchführt. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an die Generalversammlung

Der Verwaltungsrat hat der Generalversammlung 2021 die nachfolgenden Anträge gestellt. N.B.: Gemäss SIFEM-Statuten beziehen sich die Anträge zu den Geschäftszahlen auf den Abschluss nach *obligationenrechtlichen* Vorgaben. Aufgrund dieser Rechnungslegung weist die SIFEM im Berichtsjahr einen Gesamtverlust von -74,2 Millionen Franken aus. Der statutarische Abschluss ist jedoch nicht vergleichbar mit der Rechnung gemäss IFRS (s. Ziffer A.2 des Berichts), wonach die SIFEM im Jahr 2020 ein negatives Gesamtergebnis von -84,3 Millionen Franken erzielt hat.

- Kenntnisnahme des Berichts der Revisionsstelle;
- Genehmigung des Lageberichts und der Jahresrechnung 2020;
- Übertragung des Jahresverlustes von -74,2 Millionen Franken auf die neue Rechnung;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2020;
- Wahl der Revisionsstelle BDO AG, Zürich, für ein Jahr;
- Wahl von Dr. oec. Dominique Biedermann als Mitglied des Verwaltungsrates für den Rest der laufenden Amtsperiode Mai 2020-2023;
- Kapitalerhöhung ausgehend von 624 444 010 Franken auf 654 444 010 Franken, liberiert durch eine Bareinlage von 30 000 000 Franken;
- Erhöhung der Obergrenze der Vergütung für den Verwaltungsrat der SIFEM AG (einschliesslich berufliche Vorsorge) auf 335 114 Franken für das Geschäftsjahr 2021;
- Genehmigung der Obergrenze der Vergütung für den Verwaltungsrat der SIFEM (einschliesslich Sozialversicherungen und berufliche Vorsorge) von 336 200 Franken, davon Vergütung für den Präsidenten von 54 000 Franken, für das Geschäftsjahr 2022.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 28. April 2021 das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Generalversammlung der SIFEM zuzustimmen.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 12. August 2020 hat der Bundesrat der SIFEM eine ausserordentliche Kapitalerhöhung im Umfang von 10 Millionen gewährt, welche das Parlament im Oktober im Rahmen eines Nachtragkredits bewilligte. Mit diesen zusätzlichen Mitteln konnte die SIFEM kurzfristig ihre Investitionskapazität stärken und wegen der Corona-Krise notleidende Finanzintermediäre sowie mit Liquiditätsproblemen kämpfende Portefeuille-Unternehmen rasch und gezielt unterstützen.

Die neuen strategischen Ziele für die SIFEM AG für die Periode 2021-2024 wurden am 25. November 2020 vom Bundesrat genehmigt. Die SIFEM wurde beauftragt, ihre Leistungen in verschiedenen Bereichen zu verstärken.

Am 4. Dezember 2020 hat das WBF den Bundesrat über den im 2. Quartal 2021 erfolgenden Zusammenschluss der Firma Obviam mit der in Genf domizilierten Asteria Investment Managers SA informiert. Es handelt sich um eine privatrechtliche Neuausrichtung von Obviam. Der SIFEM-Verwaltungsrat hält dazu fest, dass die Fusion von Asteria Obviam zur Stärkung des Schweizer Markts für nachhaltige, wirkungsorientierte Investitionen motiviert ist. Asteria Obviam ist verpflichtet und hat schriftlich bestätigt, das SIFEM-Geschäftsführungsmandat weiterhin nach den geltenden Vertragsbestimmungen zu erfüllen und Schlüsselpersonen in ihren bisherigen Funktionen zu behalten. Die Leistung von Asteria Obviam wird im Rahmen der engen operationellen Steuerung durch den SIFEM-Verwaltungsrat sowie nachgelagert die Aufsichtstätigkeit des WBF fortlaufend überprüft.

Identitas AG

Internet: www.identitas.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 51 %

Verwaltungsrat: Manfred Bötsch (Präsident), Matthias Schelling (Vizepräsident), Corinne Bähler, Peter Bosshard, Heinrich Bucher, Andrea Leute (Bundesvertreterin BLW), Katharina Stärk (Bundesvertreterin BLV)

Geschäftsführer: Christian Beglinger

Ext. Revisionsstelle: Gfeller + Partner AG, Langenthal

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Am 1. Juni 2018 hat der Bundesrat erstmals strategische Ziele* für die Periode 2019-2022 festgelegt. Eignergespräche wurden im Geschäftsjahr 2020 unter der Führung des GS-WBF zwei Mal abgehalten.

Im Jahr 2020 wurde die Tierverkehrsdatenbank (TVD) auf Schafe und Ziegen ausgedehnt. Dieser herausfordernde Schritt hat das ganze Geschäftsjahr stark geprägt. Vor allem im ersten Semester mussten verschiedene Optimierungen und Ergänzungen am neu eingeführten IT-System vorgenommen werden. Trotz der intensiven Beanspruchung des Kundensupports durch die Tierhalterinnen und Tierhalter konnte die Servicequalität auf einem befriedigenden Niveau gehalten werden. Ende Jahr konnte nach einer Pilotphase die neue Applikation eTransit aufgeschaltet werden, dank welcher elektronische Begleitdokumente ausgestellt und verwaltet werden.

Die Mitarbeitenden der Identitas AG waren stark belastet. Wegen der Einführung der TVD für Schafe und Ziegen musste in den ersten Tagen des Geschäftsjahrs ein Ferienverbot erlassen werden. Im März kam der Corona-bedingte Teil-Lockdown: Die Mitarbeitenden mussten mehrheitlich zu Hause arbeiten. Die täglichen Arbeiten konnten jedoch fast normal weitergeführt werden.

Identitas AG hat mit 94,0 Vollzeitstellen einen Gesamtumsatz von 16,6 Millionen Franken erzielt. Die Senkung der Entschädigung der Identitas AG für den Betrieb der TVD per 1. Januar 2019 hat die angestrebte Reduktion der nicht betriebswirtschaftlichen Reserven eingeleitet. Zusammen mit Mehraufwänden infolge der Einführung der TVD Schafe und Ziegen hat dies zu einem Betriebsverlust von 0,6 Millionen Franken geführt. Mit dem Gewinn aus Finanzanlagen von 0,1 Millionen Franken und der Auflösung von Rückstellungen für latente Steuerforderungen von 0,5 Millionen Franken wird ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht.

Kennzahlen [1]	**2020**	2019
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**16,6**	14,0
Reingewinn(+) / -verlust(-) (Mio. CHF)	**0,0**	-1,7
Einbehaltene Gewinne (Mio. CHF)	**13,3**	13,3
Bilanzsumme (Mio. CHF) [2]	**34,2**	31,3
Eigenkapitalquote in %	**39,7**	43,3
Personalbestand (Vollzeitstellen) [3]	**94,0**	85,0
Entschädigung Bund (Mio. CHF)	**7,9**	8,3
Gebührenumsatz Tierverkehr Nutztiere (Mio. CHF) [4]	**0,0**	0,0
Gebührenumsatz Hunderegistration (Mio. CHF) [5]	**1,4**	1,0
Spartenergebnis Grundauftrag Bund (Mio. CHF) [6]	**-1,7**	-1,9
Spartenergebnis Grundauftrag Kantone (Mio. CHF) [7]	**-0,1**	-0,5
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
Umsatz pro FTE (TCHF)	**177,0**	165,0
Reingewinn pro FTE (TCHF)	**0,0**	-20,0
Rentabilität des Eigenkapitals in %	**0,0**	-12,3
Technischer Deckungsgrad PK in % [8]	**109,7**	111,4

[1] Die Berichterstattung der Identitas im Block Kennzahlen wird im vorliegenden Bericht nach Swiss GAAP FER ausgewiesen. Die Anträge an die Aktionärsversammlung basieren auf dem revidierten handelsrechtlichen Abschluss.

[2] Treuhänderische Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Vertrag mit der Schweiz. Eidgenossenschaft und weiteren Kunden werden ausschliesslich in der Bilanz ausgewiesen. Saldiert gleichen sich diese Werte aus, führen aber aufgrund der Bruttodarstellung zu einer um 18,1 Millionen Franken (VJ 13,9 Millionen Franken) höheren Bilanzsumme.

[3] Jahresdurchschnitt.

[4] Identitas weist im Umsatz keine Gebühreneinnahmen Tierverkehr Nutztiere aus. Der Bund hat mittels Vertrag die Identitas mit dem Betrieb der Tierverkehrsdatenbank und weiteren damit verbundenen Systemen beauftragt und entschädigt die Leistungen nach Aufwand oder pauschal; die Gebühren werden durch das BLW vereinnahmt.

[5] Die Einnahmen im Rahmen der Entwicklung und des Betriebs der nationalen Hundedatenbank AMICUS haben Gebührencharakter.

[6] Leistungen im Tierverkehrsbereich, für welche der Bund Gebühren einnimmt.

[7] Leistungen im Bereich Hunderegistration, für welche Identitas Einnahmen mit Gebührencharakter hat.

[8] Für 2020: provisorische Deklaration der Vorsorgeeinrichtung.

* Strategische Ziele des Bundesrats vom 1. Juni 2018 für die Identitas AG 2019–2022 (BBl *2018* 3821)

A. Zielerreichung 2020*

1. Strategische Schwerpunkte

Bereitschaft für den Krisenfall beim Auftreten von Tierseuchen

Die Tierseuchenlage war im Geschäftsjahr stabil. Die bedrohliche Lage bei der Afrikanischen Schweinepest und bei der Vogelgrippe haben kaum Einfluss auf die Tätigkeit der Identitas AG gehabt.

Datenmanagement für den Bund in den Bereichen Tiergesundheit und Tierverkehr, Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Stoffflüsse und Rückverfolgbarkeit

Dank der Ausdehnung der TVD auf Tiere der Schaf- und Ziegengattung verfügt der Bund neuerdings über ein wertvolles Instrument für die Tierseuchenbekämpfung und für die Lebensmittelsicherheit. Der Datenschutz bleibt ein Thema, das fortlaufend kritisch zu beobachten ist.

Nach mehr als 10 Jahren erfolgreichen Diensten wurde im Frühling die Applikation Fleko (Fleischkontrolldatenbank) durch ein neues System abgelöst.

Nach einer erfolgreichen Pilotphase konnte im Herbst die Applikation eTransit für die Schweinegattung produktiv geschaltet werden. Damit verfügen die Tierhalter, die Tiertransporteure und die Schlachtbetriebe über ein modernes digitales Instrument, um die Tiertransporte zu dokumentieren. Die aktuelle Herausforderung ist, dieses Instrument breiter in die Praxis zur Anwendung zu bringen.

Im Geschäftsjahr genoss die Nutzung der Schnittstelle zur TVD (AnimalTracing) ein reges Interesse. Zwei zusätzliche Vollzeitstellen wurden in der Kundenbetreuung und für die Abstimmung mit der Benutzer- und Zugriffsverwaltung des Bundes (Agate) investiert.

Unterstützung der öffentlichen Institutionen und der Privaten mit qualitativ hochstehenden Dienstleistungen zur Reduktion des administrativen Aufwands

Während des Geschäftsjahrs hat sich die Identitas AG in verschiedenen Projekten und Entwicklungen des Bundes engagiert. Als Beispiel können die Tierstatistik und das digitale Auslaufjournal erwähnt werden.

Die Unternehmung wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen organisiert und geführt und hat Kunden in der Verwaltung von Bund und Kantonen. 36 % des Umsatzes wird mit Privaten erzielt (VJ 35 %).

Die Revision des Tierseuchengesetzes und des Landwirtschaftsgesetzes wurde im Juni 2020 vom Parlament verabschiedet. Damit sind die Grundlagen für die Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Identitas AG gelegt.

2. Finanzielle Ziele

Organisation, Mitteleinsatz und Preisgestaltung erfolgen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen.

Die Finanzierung erfolgte ausschliesslich mit eigenen Mitteln, die nötigen Investitionen und Abschreibungen wurden getätigt. Aus Kostengründen wurde der Ersatz einzelner Infrastrukturelemente hinausgeschoben.

Das Unternehmen schliesst das Jahr mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der Verwaltungsrat beantragt, auf eine Dividende zu verzichten. Insgesamt weist die Identitas AG per 31. Dezember 2020 in der Sparte «Grundauftrag Bund» Reserven in Höhe von 8,1 Mio. CHF aus. Die angemessene Höhe der Reserven und deren Bestimmung werden im Laufe des Jahres 2021 vom Eigner festgelegt.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Vorausschauende, sozial verantwortliche, transparente und verlässliche Personalpolitik mit attraktiven Arbeitsbedingungen für alle Altersgruppen

Zur Senkung der Fluktuation ist eine neue HR-Politik in Umsetzung, die den Fokus auf langfristiger Bindung der Mitarbeitenden und Wissenserhalt legt. Die Beitragssätze der beruflichen Vorsorge wurden wegen den tieferen Umwandlungssätzen erhöht. Die berufliche Weiterbildung der Mitarbeitenden wird mit CHF 5'502 pro Vollzeitstelle unterstützt und gefördert.

Vorgaben des Bundesrates zur Steuerung der Vergütungen des obersten Kaders sind in den Statuten verankert.

Gemäss den Statuten der Identitas AG kann die Aktionärsversammlung über die Vergütung des obersten Kaders bestimmen. Die von der Aktionärsversammlung freigegebenen, maximalen Gesamtvergütungen für Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2020 werden eingehalten. Der Nachweis wird in der revidierten Jahresrechnung erbracht.

Im Mai 2020 wurde der Verwaltungsrat im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen von 10 auf 7 Sitze verkleinert. Der Fokus wurde dabei auf die Erhöhung des Frauenanteils gelegt und dieser konnte von 1/10 (10 %) auf 3/7 (43 %) stark erhöht werden. Der Frauenanteil in der operativen Geschäftsleitung ist konstant auf 1/4 (25 %) geblieben. In der Gesamtbelegschaft liegt dieser Anteil bei 53 Prozent.

Die Vertretung der Minderheitssprachen im obersten Kader bleibt mangelhaft. Die Vertretung der Sprachgemeinschaft im Verwaltungsrat soll im Rahmen der nächsten Erneuerungswahlen angegangen werden. Die Geschäftsleitung besteht aus einer Frau und drei Männern mit deutscher Muttersprache.

Identitas AG bildet fünf Lernende aus (4 Informatiker, 1 KV) und bietet eine Praktikantenstelle für Auszubildende im kaufmännischen Bereich mit einem körperlichen Handicap.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Identitas AG hält an der Barto AG unverändert eine Beteiligung von 34,5 Prozent. Der Umfang dieser Beteiligung steht zurzeit im Rahmen einer Kapitalaufstockung zur Diskussion.

B. Bericht der Revisionsstelle

Jahresrechnung nach Handelsrecht

Nach Beurteilung der Revisionsstelle entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2020 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

Jahresrechnung nach Swiss GAAP FER

Beim Review (keine Prüfung) sind die Wirtschaftsprüfer nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen sie schliessen müssten, dass die Jahresrechnung kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER vermittelt.

C. Anträge an die Aktionärsversammlung

Anträge des Verwaltungsrats an die ordentliche Aktionärsversammlung (AV) vom 26. Mai 2021:

- Genehmigung des Geschäftsberichts 2020
- Genehmigung der Jahresrechnung 2020 nach Handelsrecht inklusive Bericht der Revisionsstelle sowie Kenntnisnahme der finanziellen Berichterstattung 2020
- Verwendung des Bilanzgewinns 2020 (TCHF):
  - Bilanzgewinn zur Verfügung der AV 4’453
  - Dividende 0 % 0
  - Vortrag auf die neue Rechnung 4’453
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats
- Wahlen. Der Verwaltungsrat beantragt die Wahl der Revisionsstelle T+R, Gümligen
- Festlegung der Obergrenze der Gesamtvergütung für den Verwaltungsrat (Honorar, Nebenleistungen und berufliche Vorsorge) und die Geschäftsleitung (Entlöhnung, Nebenleistungen, Arbeitsgeberbeiträge an die Sozialversicherungen und berufliche Vorsorge) für das Jahr 2022:
  - 40'000 CHF für den Verwaltungsratspräsidenten
  - 50'000 CHF für die übrigen Verwaltungsräte (exkl. Verwaltungsratspräsident sowie Bundesvertreterinnen)
  - 0 CHF für die Bundesvertreterinnen
  - 15'000 CHF für die Beiräte
  - 1'050'000 CHF für die Geschäftsleitung.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 28. April 2021 das WBF ermächtigt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Aktionärsversammlung der Identitas AG vom 26. Mai 2021 zuzustimmen.

Innosuisse (Schweizerische Agentur für Innovationsförderung)

Internet: www.innosuisse.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: André Kudelski (Präsident), Luciana Vaccaro (Vizepräsidentin), Edouard Bugnion, Thierry Calame, Trudi Haemmerli, Marco Illy, Nicola Thibaudeau

Direktorin: Annalise Eggimann

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse in Kürze

Innosuisse ist die Agentur des Bundes zur Förderung wissenschaftsbasierter Innovation im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft. Aus Sicht des Bundesrates hat die Innosuisse ihre strategischen Ziele im Geschäftsjahr 2020 sowie über die gesamte Periode 2018 – 2020* sehr gut erreicht.

- Der Übergang von der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) zur öffentlich-rechtlichen Anstalt Innosuisse hat zu grundlegenden Anpassungen bei der Governance und den Prozessen geführt. Die anfangs spürbare Verunsicherung bei den Akteuren gegenüber der neu aufgestellten Förderorganisation hat sich im Verlaufe der Förderperiode gelegt. Im Geschäftsjahr 2020 verzeichnet die Innosuisse in allen Förderbereichen ein Nachfragewachstum sowie hohe Kundenzufriedenheit.
- Innosuisse hat ihre Instrumente rasch an die veränderten Bedingungen aufgrund der Pandemie angepasst, die Kantone über ein Expertengremium bei der Beurteilung der Bürgschaftsanträge aussichtsreicher Start-ups mit Corona-bedingten Liquiditätsengpässen unterstützt und im Auftrag des Bundesrates im Geschäftsjahr ein Impulsprogramm konzipiert, das ab 1.1.2021 umgesetzt wird.
- Die Funktionskosten 2018-2020 liegen mit 52,7 Millionen Franken unter dem Maximalwert von 72.4 Millionen Franken, was insbesondere auf den verzögerten Ressourcenaufbau während der Startphase der Organisation zurückzuführen ist.
- Die zur Verfügung stehenden Bundesbeiträge 2018-2020 wurden um rund 35 Millionen Franken nicht ausgeschöpft, was auf den Nachfrageeinbruch in der Projektförderung im Jahr 2018 zurückzuführen ist.
- Per 31. Dezember 2020 weist Innosuisse einen Bilanzverlust von 21 Millionen Franken aus (inklusive Verlust im Geschäftsjahr 2020 von 18.8 Mio.), der mit den freien Reserven verrechnet werden soll.

Kennzahlen	2020	2019
Finanzen und Personal		
Ertrag (Mio. CHF)	**251.5**	223
Fördermittel (Mio. CHF)	**252**	212
Jahresergebnis (Mio. CHF)	**-18.8**	-7.4
Reserven am 1.1. (Mio. CHF)	**25.6**	23
Bilanzsumme in %	**30.4**	58.6
Eigenkapitalquote (in %)	**34**	44
Personalbestand (Vollzeitstellen)	**66**	58
Unternehmens-/Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Innovationsprojekte (Anzahl bewilligter Gesuche)	**472**	391
Bewilligungsquote (Prozent)	**55**	60
Startup-Coachings (Anzahl bewilligte Gesuche)	**347**	355
Unternehmertum (Anzahl Kurs-Teilnehmende)	**4346**	3576
NTN (bewilligte Innovationsprojekte via NTN)	**130**	92
Bewilligungsquote (in Prozenten)	**58**	70
Mentoring (Anzahl bewilligte Gesuche)	**540**	545
Förderprogramm Energie (SCCER) (bewilligte Gesuche)	**57**	50
Technischer Deckungsgrad PK in %	**105.9**	103,6
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	**86.5**	84,9
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**249.8**	221.1
Mietbeitrag (Mio. CHF)	**0.6**	0.6
Funktionskosten	**18.3**	18.2

* Strategische Ziele des Bundesrates für die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse) 2018–2020

A. Zielerreichung 2020

1. Strategische Schwerpunkte

Förderung von Innovationsprojekten

Die Projektförderung – das wichtigste Förderinstrument der Innosuisse – hat sich nach dem Einbruch im Jahr 2018 wieder normalisiert und im Berichtsjahr betragsmässig einen neuen Höchststand erreicht. Insgesamt wurden 472 Gesuche im Umfang von 175,2 Millionen Franken (ohne Overhead) bewilligt, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 22 Prozent entspricht.

Innosuisse hat im Kontext der Wirkungsmessung durch die Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich eine Erhebung bei Unternehmen durchführen lassen, die von Innosuisse geförderte nationale Innovationsprojekte durchgeführt hatten. Diese hat unter anderem gezeigt, dass die von Innosuisse geförderten Unternehmen überdurchschnittlich innovationsstark, risikofreudig und produktiv sind und die Förderangebote der Innosuisse sehr gut auf deren Bedürfnisse ausgerichtet sind.

Um die Weiterführung der über 1000 laufenden Innovationsprojekte aufgrund des Pandemie-bedingten Lockdowns, der Kurzarbeit und des Gewinneinbruchs bei zahlreichen KMU nicht zu gefährden, hat Innosuisse rasch und unbürokratisch Projektverlängerungen, Projektänderungen und die Reduktion oder den Erlass von noch nicht geleisteten Cash-Beiträgen der Umsetzungspartner bewilligt. Mit diesen Massnahmen wurden 547 Projekte und 114 Innovationschecks unterstützt. Dies hat zu Mehrkosten im Umfang von rund 20 Millionen Franken geführt. Zudem hat Innosuisse im Auftrag des Bundesrates ein Impulsprogramm konzipiert, dass ab 1. Januar 2021 umgesetzt wird.

Aus Sicht des Bundesrates ist der Stand der Zielerreichung bei der Projektförderung erfreulich. Der Bundesrat beurteilt dabei insbesondere auch die Massnahmen zur Wirkungsmessung und das Engagement zugunsten der Unternehmen in der schwierigen wirtschaftlichen Situation aufgrund der Pandemie positiv. Um das Potenzial für innovative Projekte noch besser auszuschöpfen, wurde der Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus den nichttechnischen Disziplinen fortgesetzt. Der Bundesrat begrüsst diese Bemühungen und erwartet, dass der Zugang zur Innovationsförderung für nichttechnische Disziplinen verbessert wird.

Start-up und Unterstützung Unternehmertum

Die Start-up-Förderung hat über die ganze Periode eine grosse Dynamik entwickelt. Mit den Sensibilisierungs- und Trainingsmodulen wurden 2020 insgesamt 4346 Teilnehmende erreicht (2019: 3576). Mit 570 aktiv unterstützten Start-ups in den verschiedenen Coaching-Programmen (2019: 430) wurde ein neuer Rekordwert erreicht.

Zur Ermutigung und Förderung von Frauen im Unternehmertum wurden verschiedene Massnahmen umgesetzt. Der Anteil Frauen hat sich sowohl bei Sensibilisierungs- und Trainingskursen wie auch in Managementteams von Start-ups erhöht (insgesamt 43%, + 8% gegenüber 2019).

Die Sensibilisierungs- und Coaching-Angebote wurden Pandemie-bedingt auf ein digitales Format umgestellt und konnten mit wenigen Ausnahmen ohne Unterbruch weitergeführt werden.

Der Bundesrat hat im April entschieden, aussichtsreiche Start-ups mit Corona-bedingten Liquiditätsengpässen über das Bürgschaftswesen zu unterstützen. Sie sollen so in Zusammenarbeit mit den Kantonen vor der Insolvenz bewahrt werden. Die Kantone konnten bei der Beurteilung der Bürgschaftsanträge auf ein von Innosuisse koordiniertes Expertengremium zurückgreifen. Bis zur Eingabefrist am 31. August hat das Gremium 122 Einschätzungen zu Start-ups abgegeben.

Aus Sicht des Bundesrates sind die strategischen Ziele erreicht. Zudem beurteilt er das Engagement der Innosuisse im Rahmen der Corona-Bürgschaftskredite als wertvollen Beitrag.

Wissens- und Technologietransfer

Dank des Innovationsmentorings konnten in der laufenden Periode über 1100 KMU in den Genuss von Beratungsleistungen kommen (2020: rund 400). Sie werden bei der Konkretisierung ihrer Innovationsidee, der Partnersuche und der Erstellung von Fördergesuchen unterstützt. Rund 90 Prozent der befragten KMU waren mit der Beratungsleistung zufrieden oder sehr zufrieden.

Die Instrumente wurden einer kritischen Prüfung unterzogen und neu ausgerichtet. Die neu konzipierten «NTN Innovation Booster» stiessen auf grosses Interesse. Aus 63 eingereichten Gesuchen wurden in einem kompetitiven Evaluationsverfahren zwölf Vorhaben zur Förderung ausgewählt.

Der Bereich war aufgrund der grossen Bedeutung physischer Vernetzungsanlässe von den pandemiebedingten Restriktionen besonders betroffen. Die Tätigkeiten wurden trotzdem aufrechterhalten. Aus Sicht des Bundesrates sind die Ziele auch in diesem Bereich erfüllt.

Förderprogramm «Energie»

Nach achtjähriger Förderung endet das Förderprogramm «Energie». Mit der Förderung sollten Kompetenzen aufgebaut werden, die über 2020 hinaus aufrechterhalten werden, um langfristig Lösungen für die Energiezukunft zu entwickeln. Bei den involvierten Hochschulen hat die Energieforschung heute einen höheren Stellenwert. Bis Ende 2020 waren 1300 Forschende in diesem Bereich tätig (800 FTE). Zudem wurde in Nachwuchsförderung und Lehre investiert. Durch eigene Mittel der involvierten Hochschulen, neue Innovationsprojekte sowie insbesondere wegen des neuen Förderprogramms SWEET des BFE wird davon ausgegangen, dass die geschaffenen Stellen grossmehrheitlich erhalten bleiben und zur Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2050 beitragen.

Aus Sicht des Bundesrates ist der Stand der Zielerreichung erfreulich.

Zusammenarbeit mit dem SNF

Um den Transfer von Forschungsergebnissen und deren Anwendung zu beschleunigen, führen SNF und Innosuisse im Auftrag des Bundes gemeinsam das Sonderprogramm BRIDGE durch. Es unterstützt Forschende, die in ihrer Forschung ein Anwendungspotential in Form eines Produktes oder einer Dienstleistung erkennen, aber bis zur Marktreife noch weitere Arbeiten durchführen müssen. Aus den bisherigen Ausschreibungen für Proof of Concept-Vorhaben gingen 122 Projekte hervor, aus denen 65 Start-ups entstanden sind. Hinzu kommen 31 Discovery-Projekte.

Die Zusammenarbeit mit dem SNF wurde über das gemeinsame Programm BRIDGE hinaus vertieft. So hat Innosuisse beispielsweise ihr Knowhow im Bereich WTT in das neu lancierte Nationale Forschungsprogramm Covid-19 (NFP 78) eingebracht, um die rasche Umsetzung der erzielten Forschungsresultate zu gewährleisten.

Aus Sicht des Bundesrates sind die gesetzten Ziele erreicht.

Nachwuchsförderung

Die Konzeption und Umsetzung einer neuen Förderlinie für hochqualifizierten Nachwuchs im Innovationsbereich wurde mit Blick auf die angestrebte Revision der hierfür relevanten Gesetzesbestimmungen zurückgestellt. Der Bundesrat hat am 24.4.2020 die Streichung des Ziels beschlossen.

Unterstützung KMU im Zuge der «Digitalisierung»

Die Innosuisse lancierte im Rahmen des Aktionsplans Digitalisierung im BFI-Bereich 2019 und 2020 das Impulsprogramm «Fertigungstechnologie». Von insgesamt 73 eingereichten Projekten konnten 44 genehmigt werden. Die bewilligten Projekte umfassen alle Förderbereiche. Dies bestätigt den Bedarf und die Dynamik der KMU in Bezug auf Digitalisierung. Pandemiebedingt kam es in vielen Projekten zu Verzögerungen. Im Jahresabschluss 2020 wird für entsprechende Auszahlungen, die erst im 2021 erfolgen, eine zweckgebundene Reserve im Umfang von 4,6 Millionen Franken gebildet.

Aus Sicht des Bundesrates ist der Stand der Zielerreichung erfreulich. Er erwartet, dass die verspäteten Projekte aus dem Impulsprogramm «Fertigungstechnologie» bis Ende 2021 abgeschlossen werden.

Strategieentwicklung

Innosuisse hat in der laufenden Periode ihre Instrumente kritisch überprüft und gewisse Anpassungen vorgenommen.

Im Hinblick auf die geplante Revision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG, SR 420.1) hat sie Vorschläge für Anpassungen an den rechtlichen Grundlagen eingebracht, die in der Botschaft des Bundesrats zur FIFG-Revision (BBl 2021 480) berücksichtigt wurden.

Aus Sicht des Bundesrates ist Innosuisse auch auf strategischer Ebene gut auf Kurs. Ihr Konzept zur Wirkungsprüfung, das das WBF am 28.2.2020 zur Kenntnis genommen hat, wird ihr noch systematischer erlauben, ihrer Angebote bedürfnis- und wirkungsorientiert auszugestalten.

2. Kooperationen und Beteiligungen

Integration ins nationale Fördersystem

Auf nationaler Ebene hat die Innosuisse die institutionelle Zusammenarbeit mit Organisationen des schweizerischen Innovationsökosystems auf strategischer und operativer Ebene verstärkt und ausgebaut. Bewährte Zusammenarbeitspartner stellen nicht nur der SNF und das SECO dar, sondern auch die Akteure des Regionalen Innovationssystems (RIS) oder des Startup-Ökosystems. Der Wert dieser Zusammenarbeit zeigte sich im Jahr 2020 nicht zuletzt auch bei der Aufgleisung der Massnahmen zur Bewältigung der durch die Covid-19-Pandemie verursachten Verwerfungen.

Aus Sicht des Bundesrates hat sich die Zusammenarbeit im nationalen Fördersystem weiter verbessert.

Internationaler Bereich

Im Rahmen multilateralen internationalen Initiativen konnten 88 Innovationsprojekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 78 Millionen Franken unterstützt werden (35 % Innosuisse-Finanzierung, 15 % EU-Finanzierung, 50 % Eigenleistungen). Diese Zahlen sind die höchsten seit der Beteiligung der Schweiz an diesen Initiativen.

Die bilaterale Zusammenarbeit wurde auf operativer Ebene gezielt vorangetrieben (u.a. mit der brasilianischen Förderagentur EMBRAPPII und der koreanischen Förderagentur KIAT).

Das EEN-Konsortium erzielte im Jahr 2020 trotz pandemiebedingter Einschränkungen sehr gute Ergebnisse. Die Nachfrage stieg im Vergleich zum Vorjahr. Mehr als 90 Prozent der KMU waren mit den Beratungsleistungen durch Innosuisse sehr zufrieden.

Aus Sicht des Bundesrates ist die Übertragung der internationalen Innovationsinitiativen in den Verantwortungsbereich der Innosuisse geglückt. Die Strategie für die internationale Zusammenarbeit konnte verabschiedet werden. Damit ist die Grundlage für die weitere erfolgreiche internationale Zusammenarbeit gelegt.

Beteiligungsstrategie

Der Bundesrat hat am 24.4.2020 die Streichung des Ziels beschlossen, nachdem der Verwaltungsrat der Innosuisse aufgezeigt hat, weshalb er in der laufenden Beitragsperiode keine entsprechenden Beteiligungen anstrebt.

3. Unternehmensbezogene Ziele

Die vom WBF in der zweiten Jahreshälfte 2019 in Auftrag gegebene Studie hat gezeigt, dass die Innosuisse mit den ihr vom Gesetzgeber vorgegebenen Strukturen richtig aufgestellt ist, um ihre Aufgaben effizient und wirkungsvoll zu erfüllen. Das Optimierungspotenzial, das in den Empfehlungen enthalten ist, wurde von der Innosuisse zu einem grossen Teil bereits vorgängig erkannt. Entsprechende Massnahmen wurden umgesetzt oder befinden sich in Realisierung.

4. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Innosuisse beschäftigt per Ende 2020 78 Personen im Umfang von 65.9 Vollzeitstellen (FTE) (2019: 58 FTE). Die Arbeitsverhältnisse des Personals richten sich nach dem Bundespersonalgesetz (BPG) und den Ausführungsbestimmungen zum BPG sowie nach der Personalverordnung Innosuisse.

Der Anteil weiblicher Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle liegt bei 62 Prozent, jener der männlicher Mitarbeitenden bei 38 Prozent. Stellenausschreibungen werden mehrheitlich auf Kanälen des inländischen Arbeitsmarktes veröffentlicht, um das inländische Arbeitskräftepotenzial auszuschöpfen. Der Anteil der nicht deutschsprachigen Mitarbeitenden liegt trotz Bemühungen nach wie vor unter den Zielwerten. Die Innosuisse bildet seit 1. August 2020 eine Lernende im kaufmännischen Bereich (EFZ) aus. Die Innosuisse beschäftigt aktuell keine Menschen mit Behinderungen. Die Ferien-, Gleitzeit- und Sabbatical-Guthaben weisen weiterhin eine Tendenz zur Steigerung auf, insbesondere was das Guthaben der Sabbatical-Konto betrifft.

Aus Sicht des Bundesrates ist der Stand der Zielerreichung gut mit Blick auf die umfassende Neuorganisation per 1.1.2018.

5. Finanzielle Ziele

Die Innosuisse erhält für die Erfüllung ihrer Förderaufgaben jährliche Beiträge vom Bund zur Abgeltung ihrer Aufwendungen. Der vom Parlament bewilligte Kredit für 2020 wurde ausgeschöpft (rund 250 Mio.). Darüber hinaus wurden freie Reserven in der Höhe von 21 Millionen Franken aufgelöst und zweckgebundene Reserven für verschobene Projekte aus dem Aktionsplan Digitalisierung von 4,6 Millionen Franken gebildet. Per 31. Dezember 2020 weist Innosuisse einen Bilanzverlust von 21 Millionen Franken aus (inklusive dem Jahresverlust im Umfang von 18,8 Mio.), der mit den freien Reserven verrechnet werden soll.

Die 2018-2020 zur Verfügung stehenden Bundesbeiträge wurden um rund 35 Millionen Franken nicht ausgeschöpft, was auf den Nachfrageeinbruch in der Projektförderung im Jahr 2018 zurückzuführen ist. Über die gesamte Periode 2018-2020 betrachtet, bildete die Innosuisse freie Reserven in der Höhe von 4,6 Millionen Franken und zweckgebundene Reserven von 4,7 Millionen Franken. Der Maximalwert von 10 Prozent des jeweiligen Jahresbudgets wird damit unterschritten. Die in den Jahren 2019 und 2020 zu verzeichnenden überdurchschnittlichen Zusprachen wirken sich jedoch ihrerseits wegen den erst später zur Ausführung kommenden Beitragszahlungen auf die Folgejahre aus.

Die Aufwände für den Betrieb (Funktionskosten) beliefen sich im 2020 auf 18,3 Millionen Franken (2019: 18,2 Mio.). In der Periode 2018-2020 betrugen sie insgesamt 52,7 Millionen Franken. Damit lagen die Funktionskosten 27 Prozent unter dem in den strategischen Zielen vorgegebenen Maximalwert von 72,4 Millionen Franken für die genannte Periode. Dies resultierte insbesondere aus einem verzögerten Ressourcenaufbau während der Startphase.

Die Arbeiten am Drittmittelkonzept konnten aufgrund der sich zahlreich stellenden Grundsatzfragen noch nicht abgeschlossen werden. Das WBF nimmt im Hinblick auf einen Grundsatzentscheid des Eigners weitere rechtliche Abklärungen vor.

Aus Sicht des Bundesrates sind die vorgegebenen Ziele grundsätzlich erreicht. Der Bundesrat erwartet, dass die Innosuisse dem hohen Verpflichtungsüberhang in der neuen Periode besondere Beachtung schenkt und diesen Umstand bei der Planung der Zusprachen in den kommenden Jahren berücksichtigt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidg. Finanzkontrolle, EFK) hat die Jahresrechnung der Innosuisse für das Geschäftsjahr 2020 geprüft und empfiehlt mit Bericht vom 26. Februar 2021 diese zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat der Innosuisse beantragt dem Bundesrat, den Bericht der Innosuisse über die Erreichung der strategischen Ziele im Jahr 2020 zur Kenntnis zu nehmen und den Geschäftsbericht (Lagebericht und Jahresrechnung) zu genehmigen. Er beantragt ferner, den Bilanzverlust per 31. Dezember 2020 von 21 Millionen Franken (inklusive dem Jahresverlust von 18,8 Mio.) mit den freien Reserven zu verrechnen und dem Verwaltungsrat Entlastung zu erteilen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 21.4.2021 den Anträgen des Verwaltungsrates der Innosuisse entsprochen.

Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI

Internet: www.ensi.ch

Sitz: Brugg

Rechtsform: Anstalt des Bundes

ENSI-Rat: Martin Zimmermann (Präs. bis 30.6.2020), Tanja Manser (Vizepräs. bis 31.10.2020 und Präs. a. i. vom 1.7.2020 bis 31.10.2020), Andreas Abegg (Präs. seit 1.11.2020), Cornelia Spitzer (Vizepräs. seit 1.11.2020), Jacques Giovanola, Oskar Grözinger, Lisa Martinenghi (seit 1.8.2020), Catherine Pralong Fauchère (seit 1.1.2020)

Direktor: Hans Wanner (bis 30.6.2020), Marc Kenzelmann (seit 1.7.2020)

Ext. Revisionsstelle: KPMG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2020 in Kürze

Das ENSI ist verantwortlich für die Aufsicht über die Sicherheit der Kernanlagen in der Schweiz. Es erfüllt diese Aufgabe selbstständig und unabhängig. Der ENSI-Rat legt als internes Strategie- und Aufsichtsorgan die strategischen Ziele für das ENSI in einem Leistungsauftrag für die jeweilige Legislaturperiode fest.

Nach der Beurteilung des ENSI-Rates hat das ENSI die in der Leistungsvereinbarung 2020 gesetzten Ziele erreicht. Diese betrafen die folgenden Tätigkeiten: Anlagenbegutachtung und Betriebsüberwachung; Strahlenschutz und Notfallorganisation; Stilllegung des Kernkraftwerks Mühleberg; Sachplan geologische Tiefenlager (SGT); internationale Tätigkeiten; Forschung; Information der Öffentlichkeit; Personalpolitik; Finanzpolitik und Qualitätssicherung.

Das ENSI erzielte ein positives Betriebsergebnis und verfügte über ausreichende finanzielle Reserven. Es erbrachte seine Leistungen auf wirtschaftliche Weise. Im Tätigkeits- und Geschäftsbericht 2020 (TGB) hält der ENSI-Rat fest, dass im Berichtsjahr die nukleare Sicherheit der Schweizer Kernanlagen jederzeit gewährleistet war.

Das Jahr 2020 war von der Covid-19-Pandemie geprägt. Trotz pandemiebedingter Erschwernisse nahm das ENSI seine Aufsichtspflichten sowohl im Normalbetrieb als auch während der Revisionsarbeiten in den Anlagen umfassend und angemessen wahr. Die Notfallbereitschaft des ENSI war in der Pandemielage jederzeit gewährleistet.

Die im Zusammenhang mit den Massnahmen für die Etablierung des technischen Nachbetriebs und den Rückbau des Kernkraftwerks Mühleberg von der Betreiberin gestellten Anträge wurden vom ENSI sorgfältig sowie termingerecht bearbeitet. Das ENSI identifizierte öffentlichkeitsrelevante Themenfelder rechtzeitig, um die Kommunikation entsprechend auszurichten. Im Berichtsjahr überwachte das ENSI im Rahmen des SGT schwerpunktmässig die Sondierungsbohrungen der Nagra zur Vervollständigung der standortspezifischen geologischen Kenntnisse über die potenziellen Standortgebiete. Die Betreuung der Sachplan-Gremien in Bezug auf sicherheitstechnische Aspekte wurde in Absprache mit der verfahrensleitenden Behörde, dem Bundesamt für Energie, kompetent wahrgenommen.

Der Bundesrat ist, gestützt auf den TGB des ENSI-Rates und auf die unabhängige Expertenmeinung der Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS), zum Schluss gelangt, dass das ENSI im Jahr 2020 seinem gesetzlichen Auftrag in korrekter und wirksamer Weise nachgekommen ist.

Der Bundesrat hat den TGB genehmigt und den Mitgliedern des ENSI-Rates Entlastung erteilt.

Kennzahlen	2020	2019
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	**60,9**	59,3
Reingewinn/-verlust (Mio. CHF)	**5,5**	4,4
Bilanzsumme (Mio. CHF)	**43,6**	40,7
Eigenkapitalquote in % [1]	**12,1**	-10,6
Personalbestand (Vollzeitstellen) [2]	**141,5**	138,4
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Inspektionen in Kernanlagen	**412**	469
Radioaktivitätsmessungen	**193**	164
Wissenschaftliche Publikationen	**8**	26
Kostendeckungsgrad in %	**105,2**	103,5
Gemeinkostenanteil in % [3]	**24,1**	23,2
Technischer Deckungsgrad PUBLICA in %	**108,0**	105,9
Ökonomischer Deckungsgrad PUBLICA in %	**88,0**	88,2
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	**2,2**	**2,3**
Gebühren (Mio. CHF)	**58,7**	**57**

[1] Als Folge der Veränderung der Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen resultiert im Jahr 2020 ein positives Eigenkapital von 5,3 Mio. CHF (Vorjahr: -4,3 Mio. CHF).

[2] Im Jahresdurchschnitt.

[3] Anteil der internen Stunden im Verhältnis zu den geleisteten Stunden.

A. Zielerreichung 2020

1. Strategische Schwerpunkte des Leistungsauftrags 2020 – 2023

Das ENSI wacht darüber, dass sich die Sicherheit in den schweizerischen Kernanlagen auch während des Langzeitbetriebs auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau bewegt.

Im Berichtsjahr wurde der Betrieb der Schweizer Kernanlagen mit 412 Inspektionen (Vorjahr: 469) überwacht, davon betrafen 404 Inspektionen die Kernkraftwerke. Die Zahl der meldepflichtigen Vorkommnisse liegt mit 30 Meldungen etwas unter dem Durchschnitt der Vorjahre. Ein meldepflichtiges Vorkommnis in den beiden Blöcken des Kernkraftwerks (KKW) Beznau wurde vorläufig der INES-Stufe 1 (Anomalie) zugeordnet. Hier wurden Montageabweichungen bei den Schwingungsdämpfern zweier Notstanddieselgeneratoren identifiziert. Allerdings stand zum Zeitpunkt des Abschlusses des Berichtzeitraums die definitive Bewertung noch aus. Die übrigen Vorkommnisse wurden der INES-Stufe 0 (Ereignis mit geringer sicherheitstechnischer Bedeutung) zugeordnet.

Im Jahr 2020 wurden die Schweizer KKW sicher betrieben.

Die Abgaben radioaktiver Stoffe an die Umwelt via Abwasser und Abluft aus den Kernanlagen in der Schweiz lagen 2020 wieder weit unter den zulässigen Werten. Die durch den Betrieb der Kernanlagen zusätzlich verursachte Dosis für die Bevölkerung in der Umgebung von Kernanlagen blieb auch im Berichtsjahr auf einem sehr tiefen Niveau. Das ENSI hat im Jahr 2020 keine unerlaubten Abgaben radioaktiver Stoffe aus den Anlagen festgestellt.

Beim beruflich strahlenexponierten Personal bewegte sich die mittlere Individualdosis im Berichtsjahr mit 0,5 mSv im tiefen Bereich. Zum Vergleich dazu: Die mittlere jährliche Strahlendosis der Schweizer Bevölkerung beträgt 5,8 mSv. Die höchste Individualdosis lag bei 10 mSv, womit der entsprechende Grenzwert für beruflich strahlenexponierte Personen von 20 mSv pro Jahr eingehalten wurde.
In den KKW Beznau, Gösgen und Leibstadt wurden im Jahr 2020 die Überwachungs- und Strahlenschutzmassnahmen korrekt umgesetzt. Pandemiebedingt verzichtete man bei den Jahresrevisionen 2020 auf gewisse sicherheitstechnisch nicht notwendige Arbeiten. Dies führte unter anderem zu einer entsprechend geringen Kollektivdosis. Die Covid-19-Schutzmassnahmen wurden in den Werken konsequent umgesetzt und mit den Anforderungen an den Strahlenschutz in den Kernanlagen in Einklang gebracht.

Die Notfallbereitschaft der Kernanlagen wurde vom ENSI mit Notfallübungen inspiziert. Aufgrund der Pandemielage wurden die Notfallübungen so angepasst, dass diese unter Einhaltung der Schutzmassnahmen durchgeführt werden konnten. Auch die Notfallbereitschaft des ENSI war während der Pandemie sichergestellt. Dazu stellte das ENSI pandemiespezifische Regeln für die Nutzung seiner geschützten Notfallräumlichkeiten auf.

Die Aufsicht über die erste Stilllegung eines Kernkraftwerkes in der Schweiz wird vom ENSI proaktiv wahrgenommen.

Im Rahmen seiner Aufsichtstätigkeit begleitet das ENSI die Stilllegung des KKW Mühleberg. Am 15. September 2020 stellte das ENSI die endgültige Ausserbetriebnahme des KKW Mühleberg fest. Damit wurde die Betriebsbewilligung von der Stilllegungsverfügung des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation abgelöst. Das KKW Mühleberg wird in Phase 1 der Stilllegung zurückgebaut.

Im Jahr 2020 wurden alle Brennelemente aus dem Reaktordruckbehälter in das Brennelementbecken transferiert und die für die Etablierung des sicheren technischen Nachbetriebs erforderlichen Massnahmen umgesetzt. Die Etablierung des technischen Nachbetriebs war für das ENSI eine mit der Aufsicht über Anlageänderungen während der Betriebszeit vergleichbare Tätigkeit. Das ENSI hat die korrekte Umsetzung der Etablierung des technischen Nachbetriebs und die Vorbereitungsmassnahmen des Rückbaus mit zahlreichen Inspektionen vor Ort und anhand von Fachgesprächen eng begleitet und überprüft.

Das ENSI stärkt seine Position als kompetenter und vertrauenswürdiger Ansprechpartner für Fragen des Strahlen- und Notfallschutzes und gestaltet neue Regelungen aktiv mit.

Im Rahmen der IAEA Conference on Radiation Safety im November 2020 konnte das ENSI ein breites Fachpublikum von seiner Expertise und Erfahrung überzeugen. Das ENSI ist im Lenkungsausschuss Planungselement sowie in der Direktorenkonferenz des Bundesstabs Bevölkerungsschutz (BSTB) vertreten. Bei der Erarbeitung der neuen Bevölkerungsschutzverordnung (BevSV) war das ENSI involviert und leistete einen Beitrag zur Auslegeordnung ABC-Schutz Schweiz. Der Direktor des ENSI, Dr. Marc Kenzelmann, wurde als Mitglied der Steuerungsgruppe ABC-Schutz Schweiz nominiert. Schulungen im Bereich Notfallschutz wurden den Kantonen angeboten. Pandemiebedingt verzögerte sich allerdings deren Durchführung.

Das ENSI nimmt die Aufsicht über die Entsorgung der radioaktiven Abfälle sowohl mit hoher als auch thematisch breiter Fachkompetenz proaktiv wahr.

Die Sicherheitsnachweise für die in Etappe 3 des Sachplans gewählten Standorte werden nach den Vorgaben in der Richtlinie ENSI-G03 «Geologische Tiefenlager» geprüft. Das ENSI hat die Überarbeitung der Richtlinie im Berichtsjahr abgeschlossen und die Richtlinie per 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt. Die revidierte Richtlinie ENSI-G03/d statuiert unter anderem die Anforderungen an den Nachweis der Betriebs- und Langzeitsicherheit. Somit ist das ENSI, auch was die Prüfung der Gesuche für die Rahmen-, Bau- und Betriebsbewilligungen für geologische Tiefenlager betrifft, gut aufgestellt.

Das ENSI stärkt die Öffentlichkeitsarbeit. Es identifiziert öffentlichkeitsrelevante Themen frühzeitig und kommuniziert entsprechend kompetent, differenziert und zeitnah.

Die Informationspflicht des ENSI ist im Kernenergiegesetz verankert. Den gesetzlichen Anforderungen sowie den im Leistungsauftrag 2020 – 2023 festgelegten Vorgaben entsprechend kam das ENSI im Jahr 2020 insbesondere mit der frühzeitigen Information zur Aufsichtstätigkeit während der Covid-19-Pandemie, der regelmässigen Berichterstattung über die erste Stilllegungsphase des KKW Mühleberg sowie einer fundierten Öffentlichkeitsarbeit zum Thema «Tiefenlager und Schutz des Grundwassers» nach. Das ENSI ist gemäss Leitbild ein zuverlässiger Ansprechpartner für Bevölkerung, Behörden und Beaufsichtigte. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, ist es entscheidend, die relevanten Anspruchsgruppen mit ihren jeweiligen Informations- und Kommunikationsbedürfnissen zu identifizieren und die Wirksamkeit der Informations- und Kommunikationstätigkeit des ENSI vor diesem Hintergrund kritisch zu reflektieren. Das ENSI erarbeitete im Berichtsjahr die Grundlagen für eine Anspruchsgruppensegmentierung, um die Bedürfnisse der Zielgruppen genau zu eruieren und künftig die Kommunikationsstrategie entsprechend auszurichten und zu stärken. Im Jahr 2020 sah sich das ENSI infolge der Covid-19-Situation mit neuen und erhöhten Anforderungen an die Kommunikation konfrontiert. Einerseits war das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit zur Sicherheit der Kernanlagen während der Pandemie gross. Andererseits war der Bedarf an interner Kommunikation, wie in anderen Organisationen auch, stark erhöht. Diesen besonderen Herausforderungen trug das ENSI insbesondere mit angemessenen innovativen Kommunikationsformaten Rechnung.

2. Finanzielle Ziele

Das ENSI finanziert sich primär über Gebühren, die bei den Betreibern der Kernanlagen erhoben werden. Darüber hinaus erhält das ENSI Abgeltungen des Bundes für Leistungen, die nicht direkt im Zusammenhang mit der Aufsichtstätigkeit stehen (z. B. Information der Öffentlichkeit, Mitwirkung bei Gesetzen und Verordnungen, Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen), sowie einen Beitrag an die regulatorische Sicherheitsforschung. Diese machten im Berichtsjahr 3,6 Prozent des Betriebsertrages (Vorjahr: 4 Prozent) aus. Die Forschungsbeiträge des Bundes (rund 2 Mio. CHF) tragen zu einer unabhängigen und glaubwürdigen Aufsicht des ENSI bei. Ein vom ENSI-Rat eingesetzter Forschungsausschuss verfolgt und evaluiert die Forschungsaktivitäten des ENSI.

Gemäss dem gesetzlichen Auftrag wird das ENSI nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt, wobei der nuklearen Sicherheit bei der Aufgabenerfüllung gegenüber finanziellen Aspekten Vorrang einzuräumen ist. Entsprechend des im Leistungsauftrag 2020 – 2023 festgelegten Ziels, «*seine Prozesse laufend mit Blick auf betriebswirtschaftliche Grundsätze zu überprüfen und Massnahmen zu deren Optimierung zu ergreifen*», erstellte das ENSI im Berichtszeitraum ein Konzept zur Einhaltung der betriebswirtschaftlichen Grundsätze. Das Konzept beschreibt, was das ENSI unter der Einhaltung der betriebswirtschaftlichen Grundsätze im Bereich Finanzen versteht, wie diese eingehalten, sichergestellt, überwacht und, wo nötig, Massnahmen ergriffen werden.

Der verrechnete Stundensatz der ENSI-Mitarbeitenden wurde 2020 von 134 auf 135 Franken angehoben, um die Lohnerhöhungen der Vorjahre auszugleichen. Mit 105,2 Prozent hat der Kostendeckungsgrad die interne Zielvorgabe von 105 Prozent leicht übertroffen. Der Anteil der Gemeinkosten-Stunden ist gegenüber dem Vorjahr etwas angestiegen, auf 23,2 Prozent (Vorjahr: 24,1 Prozent). Damit liegt er unter der vom ENSI-Rat gesetzten oberen Limite von 25 Prozent.

Die Jahresrechnung des ENSI wird nach den International Financial Reporting Standards for Small and Medium-sized Entities (IFRS for SMEs) erstellt. Für die Jahresrechnung 2019 wurde vom ENSI-Rat eine Anpassung der Rechnungslegungsmethode in Anlehnung an den Standard des Bundes beschlossen. Eine derartige Anpassung ist gemäss IFRS for SMEs explizit erlaubt. Sie gestattet einen Ausweis der Reserven. Diese Darstellung wurde in der Jahresrechnung 2020 fortgeführt.

Die Jahresrechnung 2020 des ENSI schloss – bei einem Umsatz von 60,9 Millionen Franken – mit einem Gewinn von 5,5 Millionen Franken (Vorjahr: CHF 4,4 Mio.) und einem Gesamtergebnis von 9,6 Millionen Franken (Vorjahr: CHF -14,4 Mio.) ab. Die starke Schwankung des Gesamtergebnisses ist auf die Auflösung der Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen zurückzuführen. Der Rückstellungsbedarf sank insbesondere dank der guten Performance des Vorsorgewerks bei der PUBLICA.

Die Reserven des ENSI beliefen sich Ende 2020 auf 38,2 Millionen Franken (Vorjahr: CHF 33,8 Mio.). Das ENSI verfügt über die zur Aufgabenerfüllung notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen finanziellen Reserven.

Gemäss der Beurteilung des ENSI-Rates erbrachte das ENSI auch im Jahr 2020 seine Leistungen auf wirtschaftliche Weise.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das ENSI verfügt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen personellen Ressourcen. Im Berichtsjahr ist der Personalbestand mit durchschnittlich 141,5 Vollzeitstellen gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen (+3,1 Vollzeitstellen), was sich durch die Besetzung von Vakanzen und die überlappende Besetzung bei anstehenden pensionsbedingten Abgängen erklärt. 36 Prozent der Beschäftigten stammt aus dem Ausland. Die Anstellungsbedingungen des ENSI sind fortschrittlich und wettbewerbsfähig. Im Rahmen der Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts wurden im Jahr 2020 bereits Leadership-Programme durchgeführt und der ENSI-Rat hat das Konzept zu einem «Development Center» genehmigt. Des Weiteren wurde für die Positionierung des ENSI als attraktiver Arbeitgeber ein Konzept («Employer Branding») erstellt.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Als unabhängige Anstalt steht das ENSI in keinem Bindungsverhältnis zu anderen Organisationen oder Körperschaften. Es pflegt aber einen intensiven Wissens- und Erfahrungsaustausch mit anderen Akteuren auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit, sowohl im Inland (z. B. Paul Scherrer Institut, KNS, Universitäten) als auch im Ausland (andere Aufsichtsbehörden, WENRA, IAEA, CNS, Nuklearenergieagentur der OECD, u. v. m.). Die Covid-19-Pandemie hatte im Berichtsjahr allerdings grossen Einfluss auf die nationale und internationale Zusammenarbeit des ENSI. Insbesondere wurden zahlreiche Konferenzen internationaler Organisationen abgesagt oder auf virtuelle Plattformen verlagert. Nichtsdestotrotz konnte das ENSI auch im Jahr 2020 seine Rolle in internationalen Organisationen wahrnehmen. Pandemiebedingt fanden beispielsweise die 38. Hauptsitzung der Deutsch-Schweizerischen Kommission für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen und das bilaterale Treffen der Commissione Italo-Svizzera als virtuelle Meetings statt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Nach der Beurteilung der Revisionsstelle (KPMG AG) vermittelt die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2020 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den IFRS for SMEs und entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Revisionsstelle hat dem Bundesrat die Genehmigung der Jahresrechnung empfohlen.

C. Stellungnahme der Kommission für Nukleare Sicherheit KNS

Im Auftrag des UVEK hat die KNS zum Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates 2020 Stellung genommen. Nach Auffassung der KNS hat der ENSI-Rat seine gesetzliche Aufsichtspflicht gegenüber dem ENSI wahrgenommen. Die KNS hat dem Bundesrat die Genehmigung des Tätigkeits- und Geschäftsberichts und die Entlastung der Mitglieder des ENSI-Rates empfohlen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Gestützt auf den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates, den Bericht der Revisionsstelle sowie die Stellungnahme der KNS ist der Bundesrat zum Schluss gekommen, dass das ENSI im Jahr 2020 seine Aufgaben in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Anforderungen erfüllt hat.

Der Bundesrat hat am 18. Juni 2021 den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates genehmigt und den Mitgliedern des ENSI-Rates für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt.